

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Helmut Keim  
Dietrich Urbach

Erwachsenenbildung in  
Deutschland 1933—1945

Henning von Vieregge

Zur politischen Bildungsarbeit  
der parteinahen Stiftungen

B 7/77

19. Februar 1977

Helmut Keim, geb. 1940 in Markertshofen, Studium der Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Geschichte und Betriebswirtschaft; wiss. Mitarbeiter am Erziehungswissenschaftlichen Institut, Sektion Erwachsenenbildung, der Freien Universität Berlin; seit 1970 Referent in der bildungspolitischen Abteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1975 Lehrbeauftragter für Erwachsenenbildung an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg; Redakteur der ‚didaktischen reihe ökonomie‘.

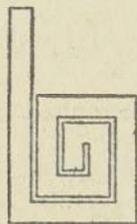
Veröffentlichungen u. a.: Bibliographie zur Volksbildung 1933—1945, 1970 (zus. mit D. Urbach); Sachinformationen und didaktische Entscheidungshilfe, 1972 (zus. mit W. H. Peterßen); Strukturprobleme der Weiterbildung, 1973 (zus. mit J. Olbrich u. H. Siebert); Grundlagen der Weiterbildung, 1974 (Loseblattsammlung, zus. mit K. E. Bungenstab).

Dietrich Urbach, Dr. phil., geb. 1940 in Zwickau; Studium an der Pädagogischen Hochschule Stuttgart; Studium der Erziehungs- und Kulturwissenschaften, Politologie und Geschichte in Frankfurt und Berlin; 1967—1968 Referent im „Institut für Politische Planung und Kybernetik“, 1968—1973 Geschäftsführer des „Arbeitskreises Gesamthochschule Kassel“, seit 1973 Referent für Bildungspolitik beim Deutschen Industrie- und Handelstag, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Hochschulreform und Hochschulselbstverwaltung im demokratischen Rechtsstaat, Bonn 1968; Forschung und Forschungsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Reform ihrer Organisation, Bonn 1969; Bibliographie zur Erwachsenenqualifizierung in der DDR, Braunschweig 1969; Bibliographie zur Volksbildung 1933—1945, Braunschweig 1970 (zus. mit H. Keim); Die Volkshochschule Groß-Berlin 1920—1933, Stuttgart 1971; Volksbildung in Deutschland 1933—1945. Einführung und Dokumente, Braunschweig 1976 (zus. mit H. Keim).

Henning von Vieregge, Dr. phil., geb. 1946; Studium von Politikwissenschaft, Soziologie und Staatsrecht; 1973/74 wissenschaftlicher Angestellter der „Studiengruppe Partizipationsforschung“, 1974—1976 Forschungsstipendiat der Thyssen-Stiftung, 1973—1976 Lehrbeauftragter am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Formen, Bedingungen und Probleme der Partizipation in Bildung und Wissenschaft, in: U. v. Alemann (Hrsg.), Partizipation — Demokratisierung — Mitbestimmung, Düsseldorf 1975; Technostruktur und Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/75; Parteistiftungen, Baden-Baden 1977 (im Erscheinen).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Erwachsenenbildung in Deutschland 1933 — 1945

## I. Totalitäres Herrschaftssystem, Weltanschauung und Erziehung

Das totalitäre Herrschaftssystem des Nationalsozialismus gründete in einer Weltanschauung, die Glaube, Mythos, Legitimation für politische Aktion und Instrument zur Machtausübung und Herrschaftssicherung zugleich bedeutete. Die Machtergreifung war für die Nationalsozialisten die Revolution, durch die ihre Weltanschauung zum Durchbruch gekommen ist. Ihre Inhalte waren u. a. geprägt durch den Rassengedanken, das Gemeinschafts- und Führerprinzip. Gemeinschaft bedeutet Volks- und Blutgemeinschaft, Artgleichheit, Gleichheit in der Gesinnung und charakterlichen Haltung. Blut- und Schicksalsgemeinschaft wurden als Kampf gegen Artfremde (Antisemitismus), politische Gegner, gegen andere weltanschauliche und politische Überzeugungen wie Marxismus, Liberalismus, Sozialismus, Internationalismus und Demokratie verstanden.

Führer, Volk und Rasse waren die Grundelemente der nationalsozialistischen Weltanschauung und Bewegung. Betrachtet man Inhalt, Struktur und Funktion dessen, was die Nationalsozialisten ihre Weltanschauung nannten, so zeigen sich darin Grundformen der Steuerung von Denken, Haltung und Handeln, die unter den Begriffen Propaganda, Erziehung und Schulung zusammengefaßt werden. Das Konglomerat aus Vorurteilen, politischen Ordnungsvorstellungen und pseudo-philosophischen Gedanken, das die Nationalsozialisten als ihre „Weltanschauung“ verkündeten, fand seinen Ausdruck in den Worten „Gemeinschaft“, „Rasse“ und „Führertum“, deren Bedeutungsfelder so ausgeweitet wurden, daß sie ihre klaren Begrenzungen verloren, nicht aber ihre Funktionen. Aus stereotyp wiederkehrenden Begriffskopplungen wie „Blut und Boden“, „Volk und Führer“, „Schulung und Erziehung“ sowie Wortverbindungen wie „Rassewille“, „Führerrasse“, „Gemeinschaftsleben“, „Volksgenosse“, „Arttreue“, „Blutgemeinschaft“ oder „Volks-gemeinschaft“ wurden Zusammenhänge mit

Symbolkraft<sup>1)</sup>. In der totalen Negation des Andersartigen und im totalen Verfügungsanspruch an den Menschen, an das Volk, war das totalitäre Herrschaftssystem des National-

### INHALT

- I. Totalitäres Herrschaftssystem, Weltanschauung und Erziehung
- II. Wissenschaftliche Darstellungen nationalsozialistischer Volksbildung
- III. Selbstverständnis nationalsozialistischer Volksbildung
- IV. Abgrenzung von Volksbildung, politischer Schulung und Propaganda
- V. Die Auseinandersetzung der Weimarer Erwachsenenbildung mit dem Nationalsozialismus
- VI. Autonomie der Erwachsenenbildung und Staat — staatsbürgerliche und politische Bildung
- VII. Der Prozeß der nationalsozialistischen Gleichschaltung
- VIII. „Kraft durch Freude“ — „Deutsches Volksbildungswerk“
- IX. Volksbildungsarbeit im Krieg
- X. „Reichsarbeitsgemeinschaft und Gauarbeitsgemeinschaften für Erwachsenenbildung“
- XI. Berufliche Fortbildung und Volksbildungsarbeit in Betrieben
- XII. Landwirtschaftliche Fortbildung und Bauernhochschulbewegung
- XIII. Zur geistigen Bewältigung der nationalsozialistischen Ära in der Zeit des Wiederaufbaus der Erwachsenenbildung nach 1945

sozialismus begründet. Das Funktionieren eines derartigen Systems setzte einen einheitlichen, einen neuen Menschentypus voraus. Weltanschauung und Erziehung waren deshalb

<sup>1)</sup> Vgl. Johannes Ehrhardt, Erziehungsdanken und Erziehungspraxis des Nationalsozialismus, Phil. Diss., Berlin 1968.

auf den „neuen Menschen“ ausgerichtet. Erziehung wurde zur totalen Menschenformung, Ziel der Erziehung war der „neue deutsche Mensch“<sup>2)</sup>.

Der in Weltanschauung und Erziehung begründete Totalitätsanspruch schloß den Anspruch an die Gestaltung aller Lebensbereiche, an das Denken, Erleben, Wollen, d. h. an den geistigen, intellektuellen, rationalen und emotionalen Bereich mit ein. Der Totalitätsanspruch war auf die Einheit des Volkes, der Weltanschauung, des Denkens und Erlebens gerichtet. „Jede totalitäre Herrschaft geht von einem neuen Menschenbild aus, es ist dies geradezu per definitionem das Merkmal, das sie von den klassischen Formen der Zwangsherrschaft unterscheidet. Ihr revolutionärer Anspruch zielt nicht allein auf den Umbau des Staates; sie schreibt nicht nur neue Gesetze vor, fordert nicht nur neue Ordnungsprinzipien oder neue Formen des Zusammenlebens, sondern: den neuen Menschen. Sie will, anders als die großen Umwälzungen vergangener Epochen, nicht die Sachen, sondern die Personen, nicht die Strukturen, sondern die Existenz selbst verändern — eben dies macht sie totalitär. Nichts bezeugt den in diesem strengen Sinne totalitären Charakter des Dritten Reichs eindeutiger als der auf allen gesellschaftlichen Ebenen konsequent unternommene Griff nach dem Menschen mit dem Ziel, einen neuen Typus zu prägen, dessen Bildung von nationalsozialistischer Seite denn auch als ‚die Aufgabe des 20. Jahrhunderts‘ bezeichnet worden ist.“<sup>3)</sup> Das Regime eines totalitären Herrschaftssystems unterwirft alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens der Kontrolle von Partei und Staat. Es versucht, „den ganzen Menschen, die Substanz und Spontaneität seines Daseins in den Griff zu bekommen, einschließlich seines Gewissens“<sup>4)</sup>.

Neben dem Prinzip der Kontrolle wird die Erziehung zum entscheidenden Instrument für die Herrschaftssicherung. Totale Menschenformung als Prinzip nationalsozialistischer Erziehung umfaßt Erziehung zum Volk, zur nationalsozialistischen Gemeinschaft, zum Rassebewußtsein. Hitler bezeichnete nach der Machtergreifung die Erziehung als die wichtig-

ste Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung.

Die Erziehung wird in den Dienst der „Revolution“ und der Erhaltung nationalsozialistischer Herrschaft gestellt und von Hitler historisch begründet. Das Scheitern aller Revolutionen in der Geschichte sei dadurch begründet, weil versäumt wurde, die Erziehung als eine wichtige Aufgabe politischer Herrschaftssicherung zu begreifen und einzusetzen. Den Übergang von der „Revolution“ zur Erziehung sehen die Nationalsozialisten in den Anfängen ihres Regimes als Fortsetzung des Machtkampfes mit anderen Mitteln und auf einer anderen Ebene. Hitler meinte auf dem „Parteitag der Freiheit“ in Nürnberg 1935, die Partei müsse „den Grundsatz vertreten, daß alle Deutschen weltanschaulich zu Nationalsozialisten zu erziehen sind“<sup>5)</sup>.

Hitlers Erziehungsverständnis in seinem Buch „Mein Kampf“ — welches das Erziehungsdenken und die Erziehungspraxis des Nationalsozialismus während der ganzen Zeit seiner Herrschaft geprägt hat — bedeutete Erziehung zur nationalen Wiedergeburt, zum eigenen Volkstum. Politische Erziehung war für ihn Nationalerziehung und politische Führerbildung, Erziehung zum Kampf gegen politische Gegner und Rassefeinde. Nationalbewußtsein, Nationalstolz, Rassebewußtsein, -instinkt, Vaterlandsliebe und Kampfbereitschaft waren Ziele nationalistischer Erziehung: „Der völkische Staat hat in dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber wieder an der Spitze die Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit, und erst als letzteres die wissenschaftliche Schulung. Der völkische Staat muß dabei von der Voraussetzung ausgehen, daß ein zwar wissenschaftlich wenig gebildeter, aber körperlich gesunder Mensch mit gutem, festem Charakter, erfüllt von Entschlußfreudigkeit und Willenskraft für die Volksgemeinschaft wertvoller ist als ein geistreicher Schwächling.“<sup>6)</sup>

Diese nationalsozialistischen Erziehungsgrundsätze und dieses Erziehungsdenken kenn-

<sup>2)</sup> Otto Gohdes, Der neue deutsche Mensch, in: Der Schulungsbrief, 1934, 7. Folge, S. 7.

<sup>3)</sup> J. C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches — Profile einer totalitären Herrschaft, Frankfurt 1969, S. 341.

<sup>4)</sup> H. Buchheim, Totalitäre Herrschaft — Wesen und Merkmale, München 1962, S. 14 f.

<sup>5)</sup> Die Reden Hitlers auf dem Parteitag der Freiheit 1935, München 1935, S. 80.

<sup>6)</sup> A. Hitler, Mein Kampf, München 1939, S. 452.

zeichneten auch die nationalsozialistische Volksbildung. Das Selbstverständnis nationalsozialistischer Volkssbildung, die Auseinandersetzung der Weimarer Erwachsenenbildung mit dem Nationalsozialismus, Maß-

nahmen der Gleichschaltung und politischen Instrumentalisierung, Denken und Praxis nationalsozialistischer Volksbildung etc. sind Fragen- bzw. Themenkomplexe, die im folgenden untersucht werden.

## II. Wissenschaftliche Darstellungen nationalsozialistischer Volksbildung

Die historisch-andagogische Forschung über die nationalsozialistische Volksbildung weist ein grundlegendes Defizit auf. Bei einer Durchsicht historischer Darstellungen der Erwachsenenbildung fällt auf, daß die Erwachsenenbildung bzw. Volksbildung in der Zeit von 1933 bis 1945 entweder gar nicht oder nur unzureichend erwähnt wird. Die wenigen Aussagen erschöpfen sich zumeist in der allgemeinen Feststellung, daß ein jäher Abbruch der Erwachsenenbildungstradition mit dem nationalsozialistischen Machtwechsel erfolgte und die Erwachsenenbildung zentralisiert, gleichgeschaltet und umgewandelt wurde. Diese Feststellung mögen folgende Beispiele verdeutlichen:

Hellmut Becker schreibt: „Nach 1933 war Bildung als Chance zur Selbstbildung und freien Entscheidung nicht mehr möglich. An ihre Stelle trat die nationalsozialistische Schulung. Die Erwachsenenbildungseinrichtungen wurden entweder aufgelöst oder ‚gleichgeschaltet‘.“<sup>7)</sup>

Fritz Blättner übergeht diese Epoche mit der einfachen Bemerkung: „Das Jahr 1933 beendet das Bemühen, 1945 wurde die Arbeit neu begonnen.“<sup>8)</sup>

Erich Emmerling betont in seinem 1958 in der DDR erschienenen Überblick „50 Jahre Volkshochschule in Deutschland“: „Wir können in unserer Darstellung die nun folgende Periode der faschistischen Ära von 1933 bis 1945 wenn nicht ganz übergehen, so doch wenigstens nur kurz streifen“ und gibt in weiteren wenigen Sätzen einen Kurzüberblick zur Volksbildung im Dritten Reich. Im Unterschied zu Werner Picht findet seiner Meinung nach der Auflösungsprozeß nicht sein Ende mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, sondern erst mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Ver-

antwortlich für den Auflösungsprozeß der freien Erwachsenenbildung in der Weimarer Zeit macht er das kapitalistische System mit den Erscheinungen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. Der deutschen Erwachsenenbildung weist er hier sogar ein Mitverschulden an der Katastrophe zu<sup>9)</sup>.

Nur kurz beschäftigt sich auch Werner Picht mit der Volksbildung im Dritten Reich in seinem 1950 in 2. Auflage erschienenen Buch „Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland“, in dem er sich kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzt. Im Vordergrund steht eine Analyse der Weimarer Erwachsenenbildung und die Suche nach Versäumnissen und Fehlern, die für das Scheitern der Weimarer freien Volksbildungskonzeption verantwortlich gemacht werden können sowie eine Rechtfertigung der geleisteten Arbeit und die Anwendung der aus der Erfahrung resultierenden Konsequenzen für den Neuaufbau der Erwachsenenbildung nach 1945. Die Zeit von 1933 bis 1945 ist für Picht ein zwölfjähriges Vakuum, durch das die volksbildnerische Tradition völlig zerstört wurde, wofür er die Erwachsenenbildung mit verantwortlich macht, wenn er die Situation vor 1933 folgendermaßen kennzeichnet: „Als eine resignierende wurde die deutsche Erwachsenenbildung vom Nationalsozialismus betroffen“. Dem Gesetz: „Es fällt nur, was verfallen ist“ nach urteilend, sieht er die Ursachen in der fehlenden Eigenständigkeit, in der Uneinigkeit und der daraus resultierenden fehlenden Stärke der Erwachsenenbildung, dem Nationalsozialismus Widerstand zu leisten. Das Ziel, durch Volksbildung „Volkbildung“ zu erreichen, erweist sich für ihn als gescheitert<sup>10)</sup>.

Für dieses Vakuum in der Geschichtsschreibung über die Erwachsenenbildung mögen unterschiedliche Gründe verantwortlich sein: Verschiedene Erwachsenenbildner waren in jener Zeit in der Emigration und sind bisher noch

7) H. Becker, Erwachsenenbildung, in: Evangel. Staatslexikon, Stuttgart/Berlin 1966, S. 439.

8) F. Blättner, Volksbildungswesen, in: Evangel. Kirchenlexikon, Göttingen 1959, S. 1686.

9) Vgl. Erich Emmerling, 50 Jahre Volkshochschule in Deutschland, Berlin 1958, S. 66.

10) Vgl. W. Picht, Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland, Braunschweig 1950<sup>2</sup>.

zu keinem abschließenden Urteil über Verlauf und Verhältnis von Erwachsenenbildung zu den politischen Kräften etc. gekommen. Barrieren vermögen auch in — heute unangenehm — damaligen Äußerungen einiger Erziehungswissenschaftler liegen, die daher nicht besonders daran interessiert sind, Grundlagen, Ursachen und Voraussetzungen ihrer ehemaligen Position zu klären. Vielleicht mag es auch sein, daß man die wissenschaftliche Erarbei-

tung der Erwachsenenbildung in der NS-Zeit für die Lösung aktueller Probleme und für die Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung für unwichtig gehalten hat, d. h. eine retrospektive Analyse der Ansätze und Probleme dieser Epoche für die aktuelle Diskussion als irrelevant erschien. Dies alles führte zu einer fehlenden Zusammenstellung von Grundlagen, die eine Erarbeitung und Beurteilung dieser Epoche möglich machen <sup>11)</sup>.

### III. Selbstverständnis nationalsozialistischer Volksbildung

Die nationalsozialistische Volksbildung hatte kein eigenes Selbstverständnis, sie ist nur aus dem nationalsozialistischen Erziehungsdenken insgesamt zu begreifen. Ziel des Erziehungswesens im nationalsozialistischen Staat war der „neue Deutsche Mensch“, die „geistige Umstellung jedes einzelnen Volksgenossen und damit ein neues Denken der gesamten Nation“ <sup>12)</sup>. Die Bemühungen, dieses Ziel im Bereich des Bildungswesens durchzusetzen, galten zuerst dem Pflichtschulwesen, dem Hochschulbereich und der außerschulischen Jugend-erziehung. Lediglich vom politischen Gewicht, das der Volksbildung zugemessen wurde, und von der Organisation ihrer praktischen Arbeit her unterschied sie sich von anderen Bildungsbereichen. Für ein spezifisches Selbstverständnis und ein abgegrenztes, inhaltlich bestimmtes Aufgabenfeld wurde ihr im nationalsozialistischen Systemgeflecht von Propaganda, Schulung und weltanschaulicher Erziehung wenig Platz eingeräumt. Außer einer allgemeinen Kompensationsfunktion für abgeschnittene Bildungschancen, nicht erfüllte wirtschaftliche Hoffnungen und politische Erwartungen — insbesondere nach dem Ausbruch des Krieges — kam der nationalsozialistischen Volksbildung die Aufgabe der kulturellen, politischen und weltanschaulichen Unterweisung und Integration der durch Schulung und Propaganda nicht erfaßten „Volksgenossen“ zu: „Volksbildungsarbeit ist weltanschauliche Erziehung der von der Schulung nicht erfaßten Volksgenossen.“ <sup>13)</sup>

Die Funktion der Volksbildung ergab sich auch aus ihrer organisatorischen Zuordnung. Mit der Eingliederung der Volksbildung als Amt „Deutsches Volksbildungswerk“ in die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (NSG „KdF“) in der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) erhielt sie einen neuen Auftrag: „Das hohe Ziel der Arbeitsfront ist die Erziehung aller im Arbeitsleben stehenden Deutschen zum nationalsozialistischen Staat und zur nationalsozialistischen Gesinnung.“ <sup>14)</sup> Die NSG „KdF“ innerhalb der DAF sah ihren Auftrag folgendermaßen: „Die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude will mehr, als nur denen Erholung von schwerer Arbeit bringen, die dazu nicht die Mittel haben. Sie sieht ihre Aufgabe noch viel mehr darin, die neue Arbeitsmoral zu untermauern und mit Auffassungen einer vergangenen Gesellschaftsordnung rücksichtslos aufzuräumen.“ <sup>15)</sup>

Robert Ley, Reichsorganisationsleiter und Führer der DAF, wies dem Deutschen Volksbildungswerk die Aufgabe einer Vermittlung nationalsozialistischer Weltanschauung, Anlagenentwicklung und Vermittlung der Volkskultur zu. Fritz Leutloff, Amtsleiter des Deutschen Volksbildungswerkes, bestimmte die Aufgabe der Volksbildung als zweckmäßige Anwendung der Freizeit; sie sollte zu Erlebnis, Erbauung und Freude führen. Volksbildung wurde von Leutloff auch als Erziehung zur Gemeinschaft im folgenden Sinne verstanden: „Das Bildungsideal unserer Zeit ist in seinem Kern völkisch.“ <sup>16)</sup> Für Erhard Fritzsche „(Leiter einer wichtigen Volksbildungs-

<sup>11)</sup> Vgl. Helmut Keim/Dietrich Urbach, *Volksbildung in Deutschland 1933—1945. Einführung und Dokumente*, Braunschweig 1976.

<sup>12)</sup> Reichsschulungsleiter Max Frauendorfer, *Grundsätze des Nationalsozialismus*, in: *Der Schulungsbrief* 1935, Heft 7, S. 4.

<sup>13)</sup> Otto Marrenbach, *Fundamente des Sieges. Die Gesamtarbeit der DAF von 1933 bis 1940*, Berlin 1940, S. 339.

<sup>14)</sup> Zit. nach Martin Broszat, *Der Staat Hitlers* (dtv-Weltgeschichte, Bd. 9), München 1969, S. 192.

<sup>15)</sup> Gerd Rühle, *Das Dritte Reich — Das erste Jahr*, Berlin 1933, S. 334 f.

<sup>16)</sup> Fritz Leutloff, *Deutsche Volksbildungsarbeit*, in: *Bericht. Weltkongreß für Freizeit und Erholung*, Hamburg 1935, S. 586.

stätte) war die Volksbildung eingeordnet in die höhere Aufgabe der Volkserziehung im Sinne der Erziehung zur nationalsozialistischen „Tatgemeinschaft“. Erwachsenenbildung bedeutete für ihn „Erwachsene zu Nationalsozialisten (zu) erziehen“<sup>17)</sup>.

Das Selbstverständnis der nationalsozialistischen Volksbildung manifestierte sich auch in einer bewußten Abgrenzung von der Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit. Ebenso wie im nationalsozialistischen Erziehungsdenken die Bildungsgeschichte der letzten 2000 Jahre global abgelehnt und die Bildungskonzeption und Bildungspolitik der Weimarer Republik verworfen wurde, so wurde auch die Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit als ein Über-

bleibsel aus der „Systemzeit“, das von „marxistischem, liberalistischem und konfessionellem Bildungsverständnis“ geprägt sei, abgelehnt. In Unkenntnis, vorsätzlicher Fehlinterpretation und bewußter Mißachtung wurde von den nationalsozialistischen Ideologen und Volksbildungsfunktionären in ihrer propagandistischen Ablehnung der Weimarer Erwachsenenbildungstradition nicht zwischen deren verschiedenen Volksbildungsrichtungen unterschieden. Damit wurde die freie Volksbildung mit den gleichen — für sie weitgehend unzutreffenden — Argumenten abgelehnt wie die übrigen Gruppen und Richtungen, voran die verbreitende Volksbildung mit ihren vielfältigen Institutionen.

#### IV. Abgrenzung von Volksbildung, politischer Schulung und Propaganda

Auf dem gesamten Gebiet der Erziehung, Schulung, Propaganda und Volksbildung kam es in der Ära nationalsozialistischer Herrschaft zu keiner klaren Funktionsabgrenzung, inhaltlichen Aufgabenverteilung und institutionellen Zuordnung. Die rivalisierende politische Führungsschicht versuchte, durch ständige Kompetenzveränderungen und Veränderung der Organisationsstrukturen ihre Macht im Partei- und Staatsapparat durchzusetzen und zu vergrößern. Die zahlreichen Institutionen, die auf dem Gebiet der Erziehung, Propaganda, Schulung und Volksbildung tätig waren, bemühten sich hartnäckig um ihre ideologische Rechtfertigung und um eine exzessive Aufgabenabgrenzung.

Für die Gleichschaltung des Volkshochschulwesens nach nationalsozialistischen Grundsätzen gab das Amt für Ausbildung der NSG „KdF“ im August 1934 neue Durchführungsbestimmungen für die weltanschauliche Schulungs- und Bildungsarbeit heraus — unterzeichnet vom Reichsschulungsleiter der NSDAP und der DAF, Otto Gohdes —, die den Anschluß des Volkshochschulwesens an das Reichsschulungsamt der NSDAP und der DAF vorsahen. Die Volkshochschulen sollten nach dem Führerprinzip gestaltet werden. Die Lehrpläne sollten dem Amt für Ausbildung im KdF vorgelegt und in Zusammenarbeit mit dem Reichsschulungsamt überprüft werden. Zwischen der Zentrale in Berlin und den ein-

zelnen Volkshochschulen wurden die Gauschulungsleiter eingeschaltet, die die Bildungsorganisation durchzuführen und zu überwachen hatten. Weitere Bestimmungen sahen vor, daß als „Herzstücke“ der deutschen Volksbildung „zwei bis drei Schulungsburgen, in hervorragend schöner, für unser Volkstum charakteristisch gelegener Gegend, nach Art der Gauschulen einzurichten sind“. Dort sollte in vier- bis sechswöchigen Kursen ein zuverlässiger Stab von nationalsozialistischen Lehrkräften ausgebildet werden<sup>18)</sup>.

In den ersten Jahren nach 1933 wurde der Begriff „Schulung“ noch sehr weit gefaßt; so sollte die nationalpolitische Schulung in allen Bereichen des Bildungswesens und der Freizeitgestaltung durchgeführt werden. Schulung und Volksbildung waren Teil der „Erziehung des Volkes“. Je weiter sich das nationalsozialistische Schulungswesen ausdehnte und je mehr die Volksbildung an Bedeutung für die nationalsozialistische Herrschaft gewann, desto dringender bedurfte es einer bürokratisch brauchbaren Unterscheidung von Schulung und Volksbildung. Die Bestimmung von Schulung als „Menschenformung“ und Volksbildung als „weltanschauliche Erziehung“ reichte nicht mehr aus.

Am 26. 10. 1936 gab Reichsorganisationsleiter Ley eine Anordnung für die Verwendung des Begriffes „Schulung“ heraus, derzufolge dieser Begriff nur als weltanschauliche Schulung der NSDAP und ihrer Gliederungen verwendet

<sup>17)</sup> Erhard Fritzsche, Die deutsche Volkshochschule, in: Die höhere Schule, 1933, S. 268.

<sup>18)</sup> Vgl. Völkischer Beobachter, Berlin, 7. 8. 1934.

werden durfte. Die Schulungsämter der NSDAP wurden angewiesen, gegen eine ‚mißbräuchliche‘ Verwendung der Bezeichnung ‚Schulung‘ einzuschreiten<sup>19)</sup>.

Alfred Rosenberg gab 1938 folgende Definition des Begriffs ‚Schulung‘: „Die Schulung hat nicht die Aufgabe, die 70 oder 80 Millionen unmittelbar aufklären und erziehen zu wollen, sondern die Schulung hat die große Mittlertaufgabe, das Führerkorps, das eingesetzt werden soll, die deutsche Nation zu disziplinieren und aufzuklären, vorher innerlich durchzubilden und zu festigen.“<sup>20)</sup>

Es ging im Bereich der *Schulung* um den totalen Führungsanspruch der Partei. Schulung sollte allein Aufgabe der Partei sein, deren Ziel die Heranbildung einer politischen Führerschaft auf den verschiedensten Lebensgebieten war. Die *Volksbildung* hingegen konnte auch von anderen Institutionen wahrgenommen werden; sie sollte jedoch auf der weltanschaulichen Grundlage des Nationalsozialismus erfolgen. Volksbildung wurde also ideologisch wie institutionell von der Propaganda und Schulung getrennt.

Nach eingehender Beratung zwischen dem Hauptschulungsamt und der Reichspropagandaleitung der NSDAP wurde 1936 eine klare Abgrenzung zwischen Propaganda und Schulung vorgenommen. Danach sollte allein Aufgabe der Propaganda sein, die „breiten Schichten unseres Volkes mit den großen weltanschaulich-politischen Problemen vertraut zu machen und eine einheitliche Stellungnahme zu ihnen im gesamten Volk zu erzeugen“. Schulung wurde als „Ausrichtung“, als „Vertiefung“ und „Erziehung“ unter bestimmten, mehr pädagogischen Gesichtspunkten verstanden. Mit dieser Unterscheidung wurden auch unterschiedliche Adressatengruppen angesprochen: Aufgabe der Propaganda war „die weltanschaulich-politische Ausrichtung der Mitglieder der Partei, der Gliederungen und aller angeschlossenen Verbände“, „die Schulung beschränkt sich deshalb auf die politischen Leiter der NSDAP, auf die Führer und Unterführer der Gliederungen, sowie auf die (Amts-)Walter der angeschlossenen Verbände“<sup>21)</sup>.

<sup>19)</sup> Vgl. Walther Wallowitz, *Geformtes Volk. Gestaltung staatsbürgerlicher Erziehung*, Leipzig o. J.

<sup>20)</sup> Alfred Rosenberg, *Die Schulung hat sich die höchsten Ziele zu stellen, in: Freiheit und Persönlichkeit. Reden und Vorträge anlässlich der Tagung der Gau- und Kreisschulungsleiter der NSDAP auf der Ordensburg Krossinsee vom 16. bis 24. Oktober 1938*, München o. J., S. 8.

<sup>21)</sup> Werner Klaus, *Schulung und Propaganda, in: Unser Wille und Weg*, 1936, Nr. 10, S. 325—329.

Durch die Volksbildung sollte hingegen die von Schulung und Propaganda nicht zu erreichende breite Schicht des Volkes erfaßt werden.

*Beispiel: Zur Schulungsarbeit des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes (NSRB)*

Dem Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB), der Zwangskörperschaft für alle freiberuflichen und im öffentlichen Dienst beschäftigten Juristen, war die Aufgabe zugewiesen worden, diesen traditionell konservativen Berufsstand den Zielen des Nationalsozialismus nahezubringen. Ein Bericht über die Tagung der Gaubeauftragten für die Rechtswahrerschulung vom 26. 9. bis 4. 10. 1943 auf der Wartburg erläutert eindrucksvoll deren Zielsetzung: „Das Kernstück der Arbeit des NSRB ist die Schulung seiner Mitglieder. Um der Schulung willen ist der NSRB in seiner Organisation, wenn auch in stark beschränktem Umfange, aufrechterhalten worden. Erste und wichtigste Aufgabe der Gauwälder und aller Amtswälder ist es, die Schulungsarbeit des NSRB in den Gauen zu beleben und zu erhalten — trotz aller äußeren Schwierigkeiten; denn der NSRB erfüllt damit einen Führerauftrag, der durchgeführt werden muß und dessen Durchführung kriegswichtig ist. Der Auftrag geht unmittelbar auf den Führer selbst zurück. Auf Anordnung des Führers ist der NSRB als angeschlossener Verband der Partei am 20. August 1942 aufrechterhalten und als Organ der Menschenführung in die Hände des Reichsjustizministers gelegt worden. Auf Anordnung des Führers wurde im Frühjahr 1943 von der Stilllegung des NSRB abgesehen und der Schulungsauftrag erneuert. Wer also für die Rechtswahrerschulung wirkt, wer für sie arbeitet und wirbt, dient damit einer Aufgabe von höchster politischer Bedeutung . . . Aufgaben und Zweck der Rechtswahrerschulung ergeben sich unmittelbar aus der Tatsache, daß der NSRB angeschlossener Verband der NSDAP ist und daß hier infolgedessen Parteiarbeit geleistet wird: Arbeit im NSRB ist Arbeit in der Partei. Arbeit an der Schulung dient unmittelbar der Bewegung: Führung, Ausrichtung und Erziehung der im angeschlossenen Verband der Partei zusammengeschlossenen Menschen. Ziel der Rechtswahrerschulung ist deshalb nicht der hervorragende Fachmann oder Spezialist, sondern der vom Ideengut der Bewegung durchdrungene und sich kämpferisch dafür einsetzende volksnahe nationalsozialistische Rechtswahrer . . .

Als Formen der Schulung, mit denen diese Aufgaben erfüllt werden können, haben sich die Wochenendgemeinschaft, die Arbeitsgemein-

schaft und der Tagesgemeinschaft herausgebildet . . . Die Schulung des NSRB ist fachliche Schulung auf weltanschaulicher Grundlage . . . Daraus folgt, daß niemals ein Rechtsgebiet, sondern immer nur ein Lebensgebiet Ausgangspunkt der Programmgestaltung sein darf,

nicht ein bestimmtes Gesetz, sondern Lebens-tatbestände, die von vielen Gesetzen und Res-sorts erfaßt werden können. So auch läßt sich nur der Grundsatz einer horizontalen Schu-lung, die gleichzeitig mehrere Berufsgruppen ergreift, verwirklichen.“<sup>22)</sup>

## V. Die Auseinandersetzung der Weimarer Erwachsenenbildung mit dem Nationalsozialismus

Die Zerstrittenheit der Erwachsenenbildung in der Weimarer Zeit schwächte ihre Position in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage vieler Einrichtungen setzte einen Prozeß der Selbstauflösung in Gang, der bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme begonnen hatte und der mit der Machtergreifung voll in Erscheinung trat: Führende Persönlichkeiten der Weimarer Erwachsenenbildung konnten ihre Arbeit im Dritten Reich nicht fortführen; die Basis ihrer Arbeit wurde ihnen entzogen: Viele wurden aus ihren Ämtern entfernt, einige haben resigniert, sich freiwillig zurückgezogen und anderen Aufgaben zugewandt, andere waren zur Emigration gezwungen. Unter dem Deckmantel anderer Bezeichnungen konnte in einer Reihe von Einrichtungen die Volksbildungsarbeit jedoch weitergeführt werden: Die geistige Verbundenheit von Volksbildungsgruppen schuf noch über längere Zeit hin einen engen Zusammenhalt.

Heinrich Becker beschreibt wenige Wochen nach der Machtergreifung in sicherer Vorahnung die Situation, in die die freie Volksbildung kommen sollte: „Man wird diesen Kampf um die freie Volksbildung auch bald einordnen müssen in den kulturpolitischen Großkampf, in den wir langsam hineingleiten, der wie alle geistigen Kämpfe nicht weniger erbittert geführt wird als Kriege der Staatsmänner. Die Fronten in diesem Kampf beginnen sich zu ordnen, und man glaubt zu ahnen, wo die einzelnen Gruppen ihren Stoß ansetzen. Mit Schmerz und Enttäuschung wird mancher in diesem Kampf Gruppen als Feind erleben, denen er sich tief verbunden geglaubt hat. Und vielleicht wird die Kampflinie nicht selten durch die einzelnen Gruppen mitten hindurchgehen.“<sup>23)</sup>

Die Reaktion im Lager der Erziehungswissenschaft und Erwachsenenbildung auf die Veränderung der politischen Machtstruktur war unterschiedlich. Einige frühere Vertreter der Erziehungswissenschaft und Erwachsenenbildung begrüßten in den Jahren 1933 und 1934 die ‚neue Ära im Bildungswesen‘, bot sie doch ihrer Meinung nach die Hoffnung auf eine verbesserte Ausgangssituation für die gesamte Erziehungsarbeit. Neben nationaler Begeisterung machte sich aber auch Beklommenheit gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft und ihren Aktionen breit. Mit Besorgnis, Furcht und Hoffnung zugleich reagierten führende Vertreter der freien Volksbildung auf den politischen Machtwechsel. Für Theodor Bäuerle beispielsweise war mit der nationalsozialistischen „Revolution“ wahre Volksbildung wieder möglich geworden<sup>24)</sup>. Fritz Seefeldt von der christlich-völkischen Volkshochschulrichtung, die in harter Auseinandersetzung mit der freien Volksbildung stand, begrüßte den Nationalsozialismus als „reinigendes Gewitter“<sup>25)</sup>. Laack und Weitsch, führende Erwachsenenbildner der freien Volksbildung in der Weimarer Zeit und der Zeit nach 1945, konstatierten das politische Faktum: „Die nationale Revolution hat gesiegt, sie hat auf legalem Wege gesiegt und Neuorientierung, Umschaltung sind die Losungen des Tages.“ Sie fürchteten aber gleichzeitig, daß die „langjährige mühevollte Aufbauarbeit der Volksbildung zusammenbricht“<sup>26)</sup>.

Die wirtschaftliche Notlage und die gegenseitige Bekämpfung hatte die Erwachsenenbildung vor 1933 erheblich geschwächt. Die politischen Veränderungen stürzten sie numehr in eine

<sup>22)</sup> Mitteilungsblatt des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, 1943, Nr. 3, S. 1—14.

<sup>23)</sup> Heinrich Becker, Kampf um freie Volksbildung, in: Freie Volksbildung, 1933, Nr. 1, S. 1 ff.

<sup>24)</sup> Theodor Bäuerle, Erwachsenenbildung in Dorf und Kleinstadt, in: Thüringer Volksbildungsarbeit, 1933, Heft 4/5, S. 78.

<sup>25)</sup> Fritz Seefeldt, Volksbildung im neuen Deutschland, in: Deutsche Monatshefte in Polen, 1934, Heft 3, S. 122.

<sup>26)</sup> Fritz Laack/Eduard Weitsch, Die Lage der Volksbildung nach der nationalen Revolution, in: Freie Volksbildung, 1933, Heft 4, S. 121 f.

neue Krise, die das Ende der freien Volksbildung bedeutete.

Mit allen Kräften wehrten sich die Vertreter der freien Volksbildung gegen die Vorwürfe, ihre Bildungsarbeit sei demokratisch-liberalistisch und marxistisch, der Hohenrodter Bund sei eine Gruppe intellektualistischer Aufklärer, und die Deutsche Schule für Volksforschung eine demokratische Institution, ihr Geist vom Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts ‚verseucht‘.

Die neue politische Situation zwang die Volksbildner zur kritischen Reflexion von Sinn, Ziel und Weg der bisherigen Volksbildungsarbeit. Sie suchten nach den Ursachen, das Ziel ihrer Volksbildungsarbeit — die Schaffung einer Volksordnung — nicht erreicht zu haben. Einig war man sich in der Beurteilung der ungünstigen Ausgangsbasis für die gesamte Volksbildungsarbeit in der Weimarer Republik. Laack meinte: „Die Geißel der Zeit war der Pluralismus, die verstehensvolle Nebeneinanderreihung partikularer Bewegungen. So stellte die jüngste Vergangenheit eine kultur-

politische Vielfalt dar, in der die integrierenden Kräfte verschüttet sind, in dem der Kampf um die Vordergründe und die finanzielle Anteilnahme am großen Topf des Staates mit der hintergründigsten Ideologie ausgefochten wurde.“<sup>27)</sup>

Bei der kritischen Überprüfung ihrer bisherigen Arbeit mußten die Vertreter der freien Volksbildung die Wirkungslosigkeit ihrer Bemühungen erkennen, die im irrigen Glauben an die pädagogische Kraft, eine neue Volksordnung zu schaffen, begründet war. Laack bezeichnete dies als „Illusion eines erzieherischen Wirkens ohne Bund mit den politischen Mächten“. Die Erkenntnis setzte sich durch, daß die freie Volksbildung nicht den erstrebten Ausgleich zwischen den verschiedenen Kräften des staatlichen und politischen Lebens schaffen konnte. Wilhelm Flitner urteilte: „Die Machtübernahme hat einer geistigen Auseinandersetzung ein Ende gemacht, deren Aussichtslosigkeit in der Volksbildungsbe-  
wegung wohl seit langem am deutlichsten erfahren war.“<sup>28)</sup>

## VI. Die Autonomie der Erwachsenenbildung und der Staat — staatsbürgerliche und politische Bildung

Staat und Erziehung bzw. Erwachsenenbildung standen sich in der Weimarer Republik relativ autonom gegenüber. Die Ursachen lagen im Erziehungs- und Volksbildungsverständnis sowie im Verständnis von Staat und Demokratie einerseits und in der demokratischen Herrschaftsstruktur bzw. der politischen Macht des Staates gegenüber den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen andererseits. Wilhelm Flitner sah den Grund, daß „eine Erneuerung des Erziehungswesens nicht gelingen konnte“ darin: „Die pluralistische Aufteilung der Staatsmacht erlaubte keine staatliche Führung da, wo geführt werden muß; und die innere Schwächung des Staates erlaubte darum auch kein pädagogisches Eigenleben da, wo wesensgemäß nicht der Staat, sondern andere Erziehungsmächte ihre selbstverantwortliche Mitgestaltung des Erziehungswerkes durchführen müssen. Einerseits war der Staat von den partikularen Interessen zu abhängig, um

Erziehungsansprüche der Nation gegen sie durchzusetzen, andererseits hat er wahre Selbstständigkeit, ohne bürokratische Formalisierung bis auf wenige Ausnahmen nicht geduldet.“<sup>29)</sup>

Die freie Erwachsenenbildung der Weimarer Epoche verstand sich losgelöst von weltanschaulichen und politischen Bindungen und wehrte sich gegen politische Einflußnahmen auch auf dem Wege finanzieller Unterstützung der Erwachsenenbildungsarbeit durch parteigebundene Institutionen. Erwachsenenbildung wurde als Persönlichkeitsbildung und Volksbildung im Sinne „der Schaffung der Voraussetzungen einer Volksneubildung mit einer positiven Volksordnung und Gestaltung der Menschen auf dieses Zusammenleben hin“<sup>30)</sup> begriffen.

Die Volksbildung entbehrte eines politisch-gesetzlichen Rahmens, der die Existenz und Kontinuität der Arbeit sicherte und das Verhältnis von Staat und Erwachsenenbildung regelte. Sie war belastet durch die ständige Aus-

<sup>27)</sup> Fritz Laack, Illusion und Wirklichkeit der Volksbildung, in: Freie Volksbildung, 1933, Heft 5/6, S. 261.

<sup>28)</sup> Wilhelm Flitner, Die deutsche Erziehungslage nach dem 5. März 1933, in: Die Erziehung, 1933, S. 409 f.

<sup>29)</sup> Wilhelm Flitner, a. a. O.

<sup>30)</sup> Fritz Laack, Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland, in: Das Deutsche Wort, 1936, S. 586.

einandersetzung mit einem schwachen Staat, der aber politischen Einfluß auf die Erwachsenenbildung gewinnen wollte, ferner durch die weltanschaulich-ideologischen Machtkämpfe mit den einzelnen Volksbildungsgruppen und Parteigruppierungen: „Im Zuge der weltanschaulichen und parteipolitischen Zergliederung des Volks- und Staatskörpers wurden aus der Einheitlichkeit der Bildungsidee Stücke herausgeschnitten, es gab sehr bald eine katholische und evangelische, eine sozialpolitische, nationalpolitische, eine reine bauernstandsorganisationspolitische Volkshochschule, während man die Volksbildungsbewegung verengte und ihr mit Gewalt den Stempel einer sich nicht entscheiden wollenden Neutralität aufdrückte; in Wirklichkeit wollte sie nicht parteipolitisch oder klassenkämpferisch gebunden werden, weil sie das für unvereinbar mit dem Ziel der Volksneuordnung auf der Grundlage eines bewußten deutschen Lebens hielt und verdammt.“<sup>31)</sup>

Der Soziologe Hans Freyer warf der Volksbildung vor, sie habe durch ihr unpolitisches Erziehungsverständnis versagt. Die freie Volksbildung habe sich einer zweifachen Illusion hingegeben; einmal der, durch Bildung politische Veränderungen bewirken zu wollen, die nur durch politische Führung hätte geschaffen werden können; zum anderen, daß die Volksbildung die „ganze Schwere unserer politischen Krise“ nicht erkannt habe. Die Illusion bestand nach Freyer in einer Fehleinschätzung der Situation, im Optimismus, mit pädagogischen Kräften eine neue Volksordnung gestalten zu können. Dem Bildungsverständnis der freien Volksbildung stellte Freyer den der politischen *Schulung* gegenüber: „Einen Menschen erziehen heißt: sein Leben in das politische Leben des Staates einfügen, so daß es nun ganz in diesem, in seinem Geist und in seinem Dienst geschieht.“ „Aufgabe der Erziehung (ist), die Menschen in den Staat hineinzuziehen, in die politische Bewegung, die auf den neuen Staat gerichtet ist.“ An die Stelle des statischen Begriffs „Staatsbürger“ tritt bei ihm der dynamische Begriff des „politischen Menschen“. An die Stelle der staatsbürgerlichen Bildung tritt die politische Schulung<sup>32)</sup>. Freyers Begriff der „politischen Schulung“ weist den Weg einer Instrumentalisierung der Erziehung und Bildung für politische Zielsetzungen. Der

Erziehung wird der Anspruch auf kritische Auseinandersetzung mit politischen Strukturen abgesprochen. Gegenüber Freyers Unterordnung der Pädagogik unter die Politik verteidigte Flitner die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Politik und Erziehung. Zur Rechtfertigung der Haltung der freien Volksbildung führt er an: „Eine erfüllte Pädagogik konnte sich nicht einer entleerten Politik unterordnen.“<sup>33)</sup>

Trotz der Sorge um den Weiterbestand der freien Volksbildungsarbeit knüpfte man doch in der Hoffnung an die Glaubwürdigkeit des nationalsozialistischen Staates, eine neue Volksordnung zu schaffen, die Erwartung, „daß die Grundhaltung der echten freien Volksbildung“ auch „im neuen Deutschland ihren Platz hat“. Mit Überzeugung vertreten Laack und Weitsch sogar die Meinung: „So wird der neue Staat die echte und freie Volksbildung benutzen wollen, können und müssen, will er jene Tiefenwirkung erreichen, die nötig ist, wenn der Staat nicht bloße Herrschaftsordnung erstrebt.“ Sie beschworen den neuen Staat und forderten die nationalsozialistischen Machthaber auf, die autonome und freie Volksbildungsarbeit zu respektieren und ihre Arbeit zu garantieren. Aber ebensowenig wie sie diese Forderungen durchsetzten, erfüllte sich die Hoffnung auf ein neues Volkshochschulgesetz, in dem der „autoritäre Staat“ die äußere Seite der Arbeit regelt, während die innere „ihren eigenen Gesetzen folgt und sich im Rahmen einer selbstverständlich zum Staate stehenden Gebundenheit frei entfaltet“<sup>34)</sup>.

Mit ähnlichen Erwartungen trat Wilhelm Flitner an den neuen Staat heran: „Alte Hoffnungen der pädagogischen Bewegung werden aufgewühlt. Der Augenblick richtet an die neuen Machthaber die Frage, ob sie die Aufgaben deutscher Erziehung wirklichkeitsgetreu sehen, an die Pädagogen, ob sie die Situation erkennen... Die mächtige Strömung im freien Volksbildungswesen hat er (der Staat von 1919) in ihrer volkserneuernden Tendenz nie verstehen und einbauen können, so daß diese ganze Aktion vertan ist... Das neue deutsche Erziehungssystem wird überall unmittelbar auf Volkstum, Staat, Nation, deutsch-christliche Gesittung zurückkehren und von da her 'auf das Leben vorbereitet'... Die neue Vereinigung des Staatswillens kann die politische Basis für ein solches Ganzes der Nationaler-

<sup>31)</sup> Vgl. F. Laack, in: Das Deutsche Wort, 1936, S. 586.

<sup>32)</sup> Hans Freyer, Von der Volksbildung zur politischen Schulung, in: Die Erziehung, 1934, Heft 1, S. 1 f.

<sup>33)</sup> Wilhelm Flitner, Rückblick und Vorblick auf die Volksbildungsarbeit, in: Die Erziehung, 1934, S. 107.

<sup>34)</sup> Laack/Weitsch, vgl. Anm. 26.

ziehung bieten.“ Das neue Erziehungssystem, so Flitner, sollte also „von allen Seiten her auf die Erfahrung der hinter uns liegenden Jahrzehnte begründet sein“.

Die neue Regierung sollte das System der Nationalbildung aus der „Machtgrundlage für eine neue Erziehungspolitik“ heraus aufbauen — eine Möglichkeit, die zuvor wegen der „pluralistischen Aufteilung der Staatsmacht“ nicht wahrgenommen werden konnte —<sup>35)</sup>.

Die freie Volksbildung ist einer fatalen Täuschung erlegen. Sie mußte erkennen, daß das nationalsozialistische Ziel einer neuen Volks-

ordnung nichts gemein hatte mit dem ihrigen. Ohnmächtig mußten viele Volksbildungsgruppen, soweit sie sich nicht dem Nationalsozialismus anschlossen, erfahren, wie die Nationalsozialisten die Tradition mißachteten und nationalsozialistische Weltanschauung und Ideologie zur Sicherung ihrer Herrschaft benutzten. Auch Theodor Bäuerle ist einer solchen falschen Hoffnung erlegen, wenn für ihn „durch die nationalsozialistische Revolution auch für die Erwachsenenbildung eine radikale Wandlung vor sich gegangen ist“ und „an die Stelle des Kampfes aller gegen alle die Volksgemeinschaft trat“<sup>36)</sup>.

## VII. Der Prozeß der nationalsozialistischen Gleichschaltung

Die Gleichschaltung und Zentralisierung der Erwachsenenbildung ist nicht als isolierter Prozeß zu begreifen. Maßnahmen, Aktionen und Ablauf waren eingebettet in einem umfassenden Prozeß der Eingliederung, Unterordnung und Liquidation, der sich auf allen Gebieten und auf allen Ebenen vollzog. Betroffen waren die verschiedensten Organisationen und Institutionen. Im folgenden seien einige wenige Daten und Beispiele angeführt, die dies verdeutlichen.

Nach der Reichstagswahl wurde bereits am 5. März 1933 das erste Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und der Neubildung der Länderparlamente und Kommunalvertretungen außerhalb Preußens unter Ausschaltung der Kommunistischen Partei erlassen. Am 7. April folgte, von Reichskanzler Hitler und Reichsinnenminister Frick unterzeichnet, das Zweite Gesetz zur weiteren Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Angenommen wurde am 30. Januar das verfassungsändernde Gesetz über den Neubau des Reiches im Reichstag und Reichsrat und die endgültige Beseitigung der Landtage. Die Hoheitsrechte der Länder wurden auf das Reich übertragen. Am 21. 4. 1933 leitete Ley durch das Rundschreiben Nr. 6/33 die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften ein. Am 14. Juli erließen Hitler, Frick und Reichsjustizminister Gürtner ein Gesetz gegen die Neubildung von Parteien und sicherten sich damit den Totalitätsanspruch der Nationalsozialistischen Partei. Am 1. April wurde ein Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte, Rechts-

anwälte und Unternehmen in ganz Deutschland durchgeführt, und am 2. Mai wurden Gewerkschaftshäuser im ganzen Reichsgebiet besetzt und gewaltsam in die NSBO übergeführt. Der Beschlagnahme des Vermögens der SPD und des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ folgte am 22. Juni das Verbot der SPD. Am 27. Juni wurde die Deutschnationale Volkspartei, am 4. Juli die Deutsche und Bayerische Volkspartei, am 28. Juni die Deutsche Staatspartei aufgelöst. Mit dem 1. Dezember 1933 trat das Gesetz zur Sicherung und Einheit von Partei und Staat in Kraft. Am 24. Januar 1934 wurde Alfred Rosenberg von Hitler mit der Überwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP und der gleichgeschalteten Verbände beauftragt. In den zwei Jahren bis 1935 erfolgte parallel eine Welle freiwilliger und erzwungener Auflösungen kirchlicher, gesellschaftlicher und politischer Organisationen.

Daß der Prozeß der Gleichschaltung und Integration der Erwachsenenbildung sich mehrere Jahre hinzog, hing im wesentlichen damit zusammen, daß eine Vielzahl von nationalsozialistischen Institutionen sich um die Zuständigkeit für diesen Bereich bemühte. Fast jede volks- und nationalpolitisch interessierte Organisation hatte ihre eigene Schulungs- und Erziehungsarbeit aufgebaut, in den meisten Fällen ohne jede Fühlung mit anderen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Macht, die sich die Führer im Partei- und Staatsapparat zu sichern wußten. Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung zwischen Alfred Rosenberg

<sup>35)</sup> Flitner, vgl. Anm. 28.

<sup>36)</sup> Bäuerle, vgl. Anm. 24.

und Robert Ley um die Zuständigkeiten für Kultur- und Volksbildungsaufgaben. Ergebnis war die Liquidation der NS-Kulturgemeinde und die Übernahme in die NSG „KdF“ innerhalb der DAF. Ähnlich erging es auch dem „Kampfbund für Volkstum und Heimat“.

Als erste neue Institution im Bereich der Erwachsenenbildung wurde nach der Macht ergreifung am „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ in Berlin durch das Reichsinnen-, das Reichspropaganda- und das Reichsernährungsministerium zusammen mit dem Preußischen Kultusministerium eine „Hauptstelle für Volkshochschulen“ errichtet, die auch die Aufgabe der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Volkshochschulen nach deren Auflösung übernahm.

Außerdem wurden dieser Hauptstelle das „Archiv für Volksbildung“ im Reichsministerium des Innern und andere Volksbildungsinstitutionen angegliedert. Alle Einrichtungen der freien Volksbildung wurden aufgefordert, mit der Hauptstelle Verbindung aufzunehmen. Der neue Leiter der Hauptstelle, Pudelski, versicherte, daß nicht beabsichtigt sei, „eine überspannte ‚Zentralisation‘ der Volksbildung durchzuführen. Vielmehr wird größter Wert auf selbständige Arbeit der Ständeverbände und Gemeinden gelegt.“ Gefordert wurde vom nationalsozialistischen Staat eine klare Einordnung der freien Volksbildung in den Gesamtaufbau der Bildung<sup>37)</sup>.

Die Erwachsenenbildung fand in den ersten Jahren weder einen institutionellen Rahmen noch eine für den Nationalsozialismus akzeptable ideologische Legitimation. Die von den Volkshochschulen angebotene ‚Allgemeinbildung auf wissenschaftlicher Grundlage‘ paßte weder in das Konzept der ‚Führerbildung‘ noch in das der ‚Volksgemeinschaftsbildung‘. Die Zuordnung der Erwachsenenbildung zu ‚Kraft durch Freude‘ war mehr als eine Flucht vor der Entscheidung über ihren Standort im allgemeinen Bildungssystem zu sehen.

In einem am 19. September 1933 herausgegebenen Erlaß des Reichsministers des Innern an die Unterrichtsverwaltung „betr. Volkshochschulen“ wurde die für die weitere Entwicklung maßgebliche programmatische Ausrichtung aufgezeigt: „Der neue Staat betrachtet das Volkshochschulwesen unter anderen Gesichtspunkten als der alte. Während im liberalen Staat die Volkshochschule als eine Einrichtung angesehen wurde, die das Wissen

um des Wissens willen möglichst breiten Volksschichten in aufklärender Weise nahebringen sollte, muß die Aufgabe des nationalsozialistischen Staates sein, seine Ideenwelt durch die Volkshochschulen den breitesten Schichten des deutschen Volkes zugänglich zu machen. Dabei besteht die Hauptaufgabe nicht darin, das nationalsozialistische Gedankengut verstandesmäßig zu übermitteln, sondern die Willenshaltung des deutschen Volkes zu fördern. Dies geschieht dadurch, daß der Wille zur Wehrhaftigkeit, zur völkischen Selbstbehauptung, zum Bekenntnis von Blut und Boden und zur Einordnung in die Volksgemeinschaft verstärkt wird. Träger der Volkshochschularbeit werden auch in Zukunft die Länder, Provinzen und Gemeinden bleiben.“

Noch im Oktober 1933 wurde vom Reichsministerium des Innern der erste Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung von Unterrichtsunternehmen als Volkshochschulen den Unterrichtsministerien der Länder, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegt. Ziel der Volkshochschule sollte nach diesem Entwurf die Einordnung des Menschen in Volk und Staat, Erziehung zum Volksgenossen und sinnvolle Gestaltung der Freizeit sein. Volkshochschularbeit wurde darin als „Ehrenpflicht der Stände, Verbände und Gemeinden“ angesehen. Der in den Richtlinien enthaltene Arbeitsplan wies bereits Konturen der später als *sogen.* ‚Musterarbeitspläne‘ vorgelegten Entwürfe auf. Richtlinien wie Gesetzentwurf waren gemäßigt, traditionsorientiert und ließen noch wenig von der radikalen Ideologie der Nationalsozialisten spüren.

Mit der Zuweisung der Volksbildung aus der Zuständigkeit des Reichsministeriums des Innern in die des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung änderten sich dann entscheidend die nationalsozialistische Einflußnahme und weltanschauliche Ausrichtung. Nach der Umwandlung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in ein Reichsministerium wies der Reichskanzler durch einen Erlaß vom 11. Mai 1934 das Reichsministerium des Innern an, seine Zuständigkeit im Bereich von Wissenschaft und Erziehung dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu übergeben. Neben den drei Abteilungen ‚Wissenschaft‘, ‚Erziehung und Unterricht‘ und ‚Jugendverbände‘ ging auch der vierte Bereich ‚Erwachsenenbildung‘ in die Zu-

<sup>37)</sup> Rundschreiben der Hauptstelle v. 7. 8. 1933, in: Ökumenisches Archiv Soest, Akte VH 8.

ständigkeit des Wissenschaftsministeriums über. In diesem Ministerium entstanden in den folgenden Jahren neben dem Ministeramt und dem Zentralamt die Ämter für Wissenschaft, für Erziehung, für Volksbildung und für körperliche Erziehung. Die Erwachsenenbildung hatte ihren Platz im Amt für Volksbildung. Zuständig war die Abteilung VI mit den Bereichen Volksbüchereiwesen und Erwachsenenbildung, Museen, Schlösser und Gärten; bildende Kunst; kunsthistorisches Schrifttum und Bühnenwesen in Volksbildung, Erziehung und Wissenschaft. In dieser organisatorischen Gliederung wird der Standort der Erwachsenenbildung deutlich: die Erwachsenenbildung wurde in den Bereich der allgemeinen Kulturpflege eingeordnet; sie hatte keine Verbindung mehr zum öffentlichen allgemeinen Bildungssystem.

Mit einem Artikel, verfaßt im Jahr 1933, legte Dr. Erhard Fritzsche<sup>38)</sup> den Grundstein für die weitere Entwicklung des Volkshochschulwesens: Fritzsche begrüßte grundsätzlich die gegenwärtige und vergangene Tätigkeit der Volkshochschulen und definierte: „Jeder Volksgenosse, welcher der gesetzlichen Schulpflicht genügt hat oder einer behördlichen Anstalt oder behördlich anerkannten Schule entwachsen ist, sich aber einer mehr oder weniger freiwilligen Schulung und Erziehung weiterhin unterstellt, gehört einer Volkshochschule an.“ Für die Erwachsenenbildner fordert Fritzsche: „Es muß ein Stab von ausgebildeten und ausgewählten Volkshochschullehrern — Erwachsenenenerziehern — entstehen, der das Vertrauen der politischen Organisation genießt, der zu soldatischer Einsatzbereitschaft verpflichtet ist und dieser Verpflichtung auch nachzukommen imstande ist, der aber auch wissenschaftliche Arbeit ohne Preisgabe der jeder Wissenschaft innewohnenden Unbestechlichkeit und Lauterkeit des Denkens und Urteilens ins Volkstümliche umzuformen und zu verlebendigen versteht.“

Aus den Lehrern, den Sturmführern und Sturmbannführern, aus Gau- und Kreisrednern sowie aus Stadtverordneten solle der Kreis bestehen, der für die Erwachsenenenerziehung am Ort verantwortlich sei. Durch deren gemeinsame Arbeit werde eine wirkliche ‚Volks-‘, ‚Hochschule‘ entstehen, in der wissenschaftlich intensiv gearbeitet werde, um eine Volksgemeinschaft zu bilden. Hier liegt einer der wesentlichen Vorschläge vor, „Volkshochschulen“ zu „Hochschulen des Volkes“ bzw. „Hochschulen der Partei“ zu machen.

<sup>38)</sup> E. Fritzsche, Die deutsche Volkshochschule, in: Die Höhere Schule, 1933, Heft 15, S. 267 f.

Im engeren Sinne sei die Volkshochschule „der Teil der Erwachsenenbildung, der in Vorträgen, besonders aber auch in Lehrgängen für freiwillig sich Meldende, nur volksschulvorgebildete Volksgenossen intensive, wissenschaftlich unterbaute kulturpolitische Schulungsarbeit zu leisten hat, um von den so betreuten Volksgenossen nach Auswahl Geeignete zu kulturpolitischem Einsatze zu bringen.“ Ziel der Volkshochschularbeit seien vier Forderungen des Nationalsozialismus:

- a) politische Führung,
- b) Führung in der Gesinnung und im sittlichen Wollen,
- c) Führung im kritischen Denken und Urteilen,
- d) Führung in der Auswahl und Darbietung des geeigneten Stoffes<sup>39)</sup>.

Am 6. August 1934 gab das Amt für Ausbildung der NSG „KdF“ neue Durchführungsbestimmungen für die weltanschauliche Schulungs- und Bildungsarbeit heraus. Dort heißt es u. a.: „Wir werden die vorhandenen Einrichtungen des deutschen Volkshochschulwesens nicht etwa zerschlagen, sondern unserem Kulturwerk in weitestem Maße dienstbar machen. Das gesamte Volkshochschulwesen wird zentral zusammengefaßt und dem Reichsschulungsamt der NSDAP und der DAF als Deutsches Volksbildungswerk angeschlossen. Alle Volkshochschulen in Deutschland werden im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung durchorganisiert. Ähnliche Bildungsanstalten sind, um dem Vielerlei von Instituten endlich ein Ende zu machen, den Volkshochschulen anzugliedern oder als Volkshochschulen auszubauen. Die Anstaltsleiter müssen einerseits gediegene Fachleute, andererseits zuverlässige Nationalsozialisten sein. Andere Leiter können wir nun einmal nicht brauchen.“<sup>40)</sup> Die Volkshochschulen sollten nach dem Führerprinzip gestaltet werden; auf dem Lande sollten die Dorfschullehrer die Verantwortung für die Bildungsarbeit tragen. Diese Durchführungsbestimmungen wirkten sich im einzelnen an der Basis fast nicht aus. Nur selten erhielten Volkshochschulen ein eigenes Gebäude; die Volksbibliotheken blieben meist selbständig, und die geplanten Schulungsburgen für Lehrkräfte in der Volksbildung wurden nicht eingerichtet. Ähnlich blieb die geplante zentrale Steuerung der Lehrpläne weitgehend Fiktion. Trotz der später vom Volksbildungswerk herausgegebenen

<sup>39)</sup> Vgl. Fritzsche, a. a. O.

<sup>40)</sup> Völkischer Beobachter, Berlin, 7. 8. 1934.

Musterlehrpläne stellte fast jede Volkshochschule ihren Lehrplan nach ihren eigenen Bedürfnissen und personellen Möglichkeiten zusammen.

Kurz nach dem Erlaß der Durchführungsbestimmungen wurde in einem fünf Grundsätze umfassenden Programm vom Reichsschulungsleiter der Reichsorganisationsleitung der NSDAP am 5. 12. 1934 eine Umbenennung und einheitliche Namensgebung für alle Volksbildungseinrichtungen in „Volksbildungsstätte“ festgelegt. In diesem Anerkennungsverfahren der Volksbildungseinrichtungen durch den Reichs- bzw. Gauschulungsleiter wurden auch die Fragen der Arbeitsprogrammgestaltung und der Finanzierung geregelt. Diese Maßnahmen führten zu schweren Spannungen zwischen den kommunalen Volksbildungseinrichtungen, die durch den deutschen Städtetag gegenüber der Reichsregierung und der NSDAP vertreten wurden, und dem Deutschen Volksbildungswerk. Zum Teil kam die Bildungsarbeit zum Erliegen, weil die Volksbildungseinrichtungen der Städte sich nicht in das Deutsche Volksbildungswerk eingliedern lassen wollten. Sie leisteten z. T. erheblichen Widerstand und umgingen die Anordnungen der zuständigen Staats- und Parteistellen.

Der Referent im Amt „Ausbildung“ der NSG „KdF“, Dr. Willi Heizmann, hatte Ende Juni 1934 mit einem Artikel im offiziellen „Informationsdienst“ die Gründung eines Volksbildungswerkes propagandistisch vorbereitet. Er verwies auf ein Motiv, das später nicht mehr erwähnt wurde: „Der junge nationalsozialistische Staat hat in richtiger Erkenntnis der verfehlten Bildungspolitik in der Vergangenheit die notwendigen Folgerungen sehr rasch gezogen und die Zulassung zu den Hochschulen gesetzlich eingeschränkt. Durch diese Maßnahme will der Nationalsozialismus nicht etwa bildungsfeindlich wirken, nein, im Gegenteil, der Bildungshunger der übrigen Volksgenossen, denen die Tore der Hochschule verschlossen sind, wird auf eine bessere, fruchtbringendere Weise gestillt werden. In diesem Sinne ist die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘ dazu berufen, durch die Schaffung eines allgemeinen großen *Volksbildungswerks* die Sünden der Vergangenheit gutzumachen und das Bildungsstreben weitester Kreise der Volksgenossen auf einer gesunden Grundlage zu verwirklichen.“<sup>41)</sup>

<sup>41)</sup> Willi Heizmann, *Volksbildung im nationalsozialistischen Staat*, in: *Informationsdienst. Sonderdienst* Nr. 148, 30. 6. 1934.

Ab 1934 vollzog sich immer stärker die Einbeziehung der Erwachsenenbildung in die Deutsche Arbeitsfront. 1934 bestand eine Abteilung „Volksbildung“ im Schulungsamt der NSDAP. Ihre Aufgaben wurden 1935 in die Abteilung „Schulung und Volksbildung“ der NSG „Kraft durch Freude“ übernommen. Daraus entstand das Amt „Deutsches Volksbildungswerk“ der NSG „KdF“ der DAF. Mit der 1935 erfolgten Auflösung des „Reichsbundes für Volkstum und Heimat“ der einen Großteil der Volksbildungsarbeit koordiniert hatte, der Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung 1937 und einem Richtlinienrunderlaß 1939 wurde dann der Schritt vollzogen, die gesamte Erwachsenenbildungsarbeit im Deutschen Volksbildungswerk der von Ley geleiteten Deutschen Arbeitsfront als alleinigem Träger zusammenzufassen.

Dahinter stand mehr als das in den Richtlinien deklarierte Ziel einer engen Zusammenarbeit von Partei, Staat und Gemeinde und einer einheitlichen Ausrichtung. Es war auch mehr als nur der Wunsch nach der „Wiederherstellung einer planmäßigen Zusammenarbeit aller auf dem Gebiet der Volkserziehung arbeitenden Dienststellen und Organisationen“, die unerlässlich schien, „wenn der gegenwärtige Zustand des Neben- und Gegeneinanderarbeitens nicht zu schweren Schädigungen der Staatsautorität führen soll.“<sup>42)</sup> „Die Reichsarbeitsgemeinschaft könnte zu einem ausschlaggebenden Organ der neuen Staatsführung werden, wenn sie sich zur zentralen Mittelstelle der gesamten Volksbildungsarbeit aufwirft. Ihre gleichzeitige Verankerung in den für die Erwachsenenbildung zuständigen Stellen des Staates, der Selbstverwaltung und im Volkserziehungswerk der NSDAP dürfte dafür bürgen, daß sie der Aufgabe einer einheitlichen volkulturellen und nationalpolitischen Ausrichtung und Arbeitsanweisung ungehindert gerecht werden kann.“<sup>43)</sup> Hier wird die politische Instrumentalisierung deutlich, die totale Beschlagnahme der Volksbildung durch die Partei und die Stärkung von Machtpositionen im Herrschaftsapparat von Staat und Partei.

Nach einem ersten Anlauf, der Erwachsenenbildung die Funktion einer Hochschule für Werkstätige zuzuweisen, wurde sie de facto mit der „Feierabendgestaltung“ gleichgestellt. Erst ab 1938, intensiv jedoch nach Kriegs-

<sup>42)</sup> Werner Kindt, *Die Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung*, unveröff. Manuskript v. 19. 11. 1937, in: *Archiv des kommunalwiss. Vereins*, Berlin, Akte 5-8-2-1, Nr. 3.

<sup>43)</sup> Kindt, a. a. O.

beginn, hatte die Erwachsenenbildung besondere Funktionen zu erfüllen. Zu ihren Aufgaben gehörten u. a. der Ausgleich für abgeschrittene Bildungschancen, die außerberufliche Weiterbildung von Funktionsträgern der DAF sowie nach den reichseinheitlichen „Musterlehrplänen für Volksbildungsstätten“ die Unterweisung in der nationalsozialistischen Weltanschauung. Neue Aufgaben in der Erwachsenenbildung in den Kriegsjahren, z. B. Sprachkurse für Ausländer, Bildungsangebote in Lazaretten oder die Weiterbildung von Soldaten durch Fernunterricht, wurden z. T. vom Deutschen Volksbildungswerk als Zentralinstitution der Erwachsenenbildung übernommen. Die Erwachsenenbildung bzw. Volksbildung hatte keinen „starken Mann“ in der Führungsspitze der NSDAP. Zwischen der Vielzahl der Institutionen auf den Gebieten von Erziehung, ländlichem Bildungswesen, Bibliothekswesen, Kulturpolitik, Schulung und Propaganda, die jeweils über ihre Kompetenzen wachten und über deren Kompetenzen es zwischen den entscheidenden Personen in Staat und Partei stets Auseinandersetzungen gab, konnte die Erwachsenenbildung ihren Platz im System des nationalsozialistischen Staates nicht finden.

Mit der Eingliederung der Volksbildung als „Amt Deutsches Volksbildungswerk“ in die NSG „KdF“ in der DAF kam die Volksbildung in den Herrschaftsbereich des Reichsleiters der DAF, Robert Ley, der auch Reichsorganisationsleiter der NSDAP war. Die Stellung, die Ley durch diese Personalunion im Machtgefüge des Nationalsozialismus hatte, kann an diese Stelle nicht geklärt werden. Offensichtlich reichte sie nicht aus, um dem Volksbildungswerk eine starke institutionelle Absicherung zu geben. Er hatte keine Verfügungsgewalt über einen Teil des Staatsapparates, und die DAF war keine Gliederung der Partei.

### Das Schicksal Weimarer Erwachsenenbildner

Meist begnügen sich historische Abhandlungen mit der lapidaren Feststellung, das Volksbildungswesen der Weimarer Zeit sei gleichgeschaltet, Institutionen aufgelöst und in den nationalsozialistischen Partei- und Staatsapparat integriert worden. Monographien darüber, wie sich der Prozeß der Auflösung und Gleichschaltung vollzogen hatte und welches Schicksal den Weimarer Erwachsenenbildnern nach der Machtübernahme widerfuhr, fehlen. Die folgenden Beispiele sollen skizzenhaft verdeutlichen, mit welchen Mitteln Institutionen

umfunktioniert, Erwachsenenbildner ihrer Funktionen entbunden wurden, wie sich Widerstand artikuliert und welche Wirkung ihm gegenüber den nationalsozialistischen Gewaltakten beizumessen ist und wie diese von ihnen selbst eingeschätzt wurden.

Wilhelm Flitners Reaktion beispielsweise gegenüber der Absicht, eine von Oskar Hammelsbeck verfaßte kritische Denkschrift zur Auflösung des „Vereins der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung“ des Hohenrodter Bundes an das Reichserziehungsministerium zu schicken, kennzeichnet die realistische Einschätzung des Widerstandes von Erwachsenenbildungsinstitutionen gegenüber den politischen Willkürakten der Nationalsozialisten. Er meinte: „Daß man einen Protest formuliert, kann ja keinerlei Nutzen haben, sondern nur Nachteile, wer sich Nutzen davon verspricht, der ahnt eigentlich nichts von der Situation.“<sup>44)</sup> Vertreter der Volksbildungseinrichtungen wurden unter falschen Anschuldigungen denunziert, bei der Polizei, den Parteistellen angezeigt, verhaftet und ohne Verhör eingesperrt. Sie wurden zum Teil vor und während ihrer Verhaftung verprügelt und mißhandelt. Willkürlich wurden sie ihrer Ämter enthoben. Wer Widerstand leistete, wurde ins KZ abgeschoben. Einige Erwachsenenbildner konnten sich ihrer Verhaftung durch Emigration rechtzeitig entziehen.

Die erste Welle des nationalsozialistischen Ansturms auf die Weimarer Erwachsenenbildung verlief auf personeller Ebene mit gezielten Kündigungen der Leiter und Mitarbeiter dieser Institutionen unter dem Vorwand, gegen sie liege belastendes Material vor. Oft entpuppte sich dies als bloße Mitgliedschaft zu nichtnationalsozialistischen Parteiorganisationen, als Kooperation mit den von den Nationalsozialisten zu feindlichen Gruppierungen erklärten Richtungen und Organisationen. Die Kündigungen kamen für die Betroffenen meist ohne jegliche Vorzeichen, so daß sich wenige diesen Maßnahmen zu widersetzen imstande waren. Dazu einige Beispiele:

*Eduard Weitsch:* Um seiner Verhaftung zu entgehen, mußte Weitsch am 30. März 1933 das Volkshochschulheim Dreissigacker (Thüringen) fluchtartig verlassen. Das Heim wurde am gleichen Tag von der Meininger SA besetzt. An der Nürnberger Volkshochschule wollte er seine volksbildnerische Tätigkeit

<sup>44)</sup> Vgl. Werner Henningsen, *Der Hohenrodter Bund*, Heidelberg 1958.

fortsetzen. Obwohl ihm der Oberbürgermeister Luppe bei einem vorausgegangenen Gespräch zusammen mit dem Direktor der Volkshochschule, Professor Brenner, noch versichert hatte, daß die nationalsozialistische Welle in Bayern vorbei sei, war Luppe nach Weitschs Ankunft verhaftet und Brenner seines Amtes enthoben worden. Weitsch hatte während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes keine Möglichkeit, in der Volksbildung tätig zu sein<sup>45)</sup>. Der Frankfurter Volksbildner *Carl Tesch* emigrierte nach Frankreich und in die Schweiz.

*Fritz Borinski*, der als Assistent Theodor Litts bis zu seiner Entlassung das Seminar für freies Volksbildungswesen der Leipziger Universität leitete, mußte im April 1934 wegen angeblich illegaler Arbeit mit einem Kreis junger Sozialisten nach England flüchten.

*Heinrich Becker* verlor als Sozialist kurz nach der Machtübernahme seine Stellung im Preußischen Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung, wo er für Volksbildungsfragen zuständig war.

*Theodor Bäuerle*: Bäuerles Schicksal war bis zur Auflösung des „Vereins zur Förderung der Volksbildung“ am 18. 8. 1936 eng mit dessen Entwicklung verknüpft. Nach einer anfänglichen Euphorie über die neuen Chancen für die Volksbildungsarbeit, die ihr durch die nationalsozialistische Ära beschieden sei und den dann sich nüchterner gestaltenden Hoffnungen, durch ein Zusammengehen mit den nationalsozialistischen Organisationen Einfluß auf die weitere Entwicklung der Volksbildungsarbeit geltend machen zu können, war Bäuerle in den Jahren 1936 bis 1945 zwar von allen Funktionen der Volksbildungsarbeit entbunden, konnte jedoch unter dem Schutz von Robert Bosch indirekt Kontakte unter den Volksbildenden bis in den Anfang der 40er Jahre pflegen.

*Fritz Laack*: Während noch am 26. April 1933 zwischen Prof. Bergheer, dem nationalsozialistischen Referenten für Erwachsenenbildung, und Fritz Laack, dem Geschäftsführer der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, ein Gespräch über die Fortsetzung der Arbeit stattfand, wurde Laack überraschend per Erlaß vom 5. Mai 1933 „das Betreten der Räumlichkeiten der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung sowie die Ausführung dienstlicher

Handlungen für dieses Institut untersagt“. Als belastend wurde Laack u. a. vorgeworfen, er habe mit Sozialdemokraten und Juden zusammengearbeitet.

### **Auflösung und Umwandlung traditioneller Erwachsenenbildungsinstitutionen**

Der Vorstand des *Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen* traf sich noch am 16. März 1933 in Berlin zu einer Sitzung, auf der lediglich über interne Auseinandersetzungen gesprochen wurde. Die Eingliederung in den NS-Apparat oder gar eine Auflösung des Verbandes standen nicht zur Debatte; man rechnete damit, daß die Arbeit wie bisher weitergeführt werden könne. In den folgenden Monaten wurde der Verband stillschweigend aufgelöst. Seine Akten wurden von Prof. Dr. Siegmund-Schultze übernommen und sind heute im Ökumenischen Archiv Soest (Westfalen) zu finden.

Opfer der Gleichschaltung und Umwandlung wurde auch die *Gesellschaft für Volksbildung*. Ziel ihrer Arbeit war die Befähigung der Bevölkerung, ihre Aufgaben in Staat und Gesellschaft wahrzunehmen. Zu diesem Zwecke unterstützte sie Volksbildungsinstitutionen mit Lehrmitteln, Filmen, Vortragsveranstaltungen und gründete Büchereien. Nach einem Abkommen mit dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda wurde die Gesellschaft für Volksbildung in den parteiamtlichen Reichsbund „Volkstum und Heimat“ eingegliedert. Innerhalb dieses Bundes bildete sie das Fachamt „Volksbildungsamt“. Nach dem Abkommen sollte die Gesellschaft ihre bisherigen Arbeitsgebiete behalten und völlig selbständig sein. Dr. Castelle, der 1. Vorsitzende der Gesellschaft, wurde zum Reichsleiter des Volksbildungsamtes im Reichsbund „Volkstum und Heimat“ bestimmt. Die Tätigkeit der Gesellschaft stand damit unter der Kontrolle der Partei. Im Herbst 1933 und Frühjahr 1934 wurde eine gemeinsame Arbeit mit dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ und mit der „Deutschen Bühne“ eingeleitet. Außerdem schloß sich die Gesellschaft verschiedenen Untergliederungen der Reichskulturkammer an sowie der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Trotz dieser Zusammenarbeit mit Dienststellen der Partei und des Staates konnte sich die Gesellschaft inhaltlich wie personell in den ersten beiden Jahren eine gewisse Eigenständigkeit bewahren. Im Sommer 1935 jedoch fand die Eigenständigkeit der Gesellschaft ihr

<sup>45)</sup> Vgl. Josef Olbrich, *Konzeption und Methodik der Erwachsenenbildung bei Eduard Weitsch*, Stuttgart 1972, S. 22 ff.

Ende. In einem Rundschreiben vom 27. Juli 1935 teilte der „Beauftragte des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP“ mit, daß der Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts, Faupel, nunmehr den Vorsitz der Gesellschaft übernommen habe: „Die Gesellschaft für Volksbildung wird unter dem neuen Vorsitzenden künftig in engem Einvernehmen mit der Dienststelle des Beauftragten des Führers arbeiten.“

Der „Hohenrodter Bund“<sup>46)</sup>, ein privater, aber durch seine Mitglieder bildungspolitisch wich-

tiger und sehr einflußreicher Verband, der die „Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung“ (Geschäftsführer: Fritz Laack) unterhielt, wurde ebenfalls von der Gleichschaltung betroffen. Am 5. Mai 1933 wurde Fritz Laack per Erlaß vom Dienst suspendiert. Am 13. Mai wurden unter Hinweis auf „die neue Entwicklung der Kulturpolitik im nationalen Staat“ alle Zuschüsse gestrichen und die „Deutsche Schule“ als Institution dem „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ eingegliedert. Mit schriftlicher Abstimmung beschloß der Hohenrodter Bund die Auflösung der „Deutschen Schule“.

### VIII. „Kraft durch Freude“ — „Deutsches Volksbildungswerk“

Die im November 1933 geschaffene Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ war eines der Instrumente des Nationalsozialismus, welche die gesamte Bevölkerung „erfassen“ sollten. Gegenüber der in der Öffentlichkeit meist vertretenen Feststellung, KdF diene der individuellen Erholung und der Gemeinschaftsbildung, wurde bereits 1936 in vier Thesen festgestellt:

„1. Jeder Schaffende hat nach den nationalsozialistischen Prinzipien ein unveränderliches Recht auf ausreichende Freizeit.

2. Die Arbeitskraft ist ein Stück deutschen Volksvermögens; sie zu fördern ist eine nationale Pflicht.

3. Die bevölkerungspolitische und volksgesundheitliche Arbeit erfordert gesunde und kräftige Menschen. Der neue Typ des Schaffenden ist der sportgestählte und lebensbejahende Mensch. Die Freizeit ist daher für die Erhaltung der Volksgesundheit unerlässlich.

4. Die Sicherstellung einer ausreichenden Freizeit und einer gemeinschaftlichen Freizeitgestaltung entspricht den nationalsozialistischen Grundsätzen einer vernünftigen Volkswirtschaft. Sinn- und zweckvolle Freizeitgestaltung ist nur dort möglich, wo das Prinzip der Gemeinschaft gewahrt ist. Freizeitgestaltung ‚privat‘, die sich beschränkt auf das egoistisch individualistische ‚Ich‘, hat für die Gesamtheit eines Volkes und der Menschheit keinen Sinn und Wert. Sie bleibt fruchtlos für die Allgemeinheit und entbehrt des schöpferisch ge-

staltenden Inhalts für die menschliche Gemeinschaft.“<sup>47)</sup>

In dieser „Volksertüchtigungsorganisation“ hatte auch das Volksbildungswesen seinen Platz gefunden: „Kraft durch Freude‘ ebnet im ‚Volksbildungswerk‘ dem einfachen Volksgenossen die Wege zur Erwerbung und Erweiterung einer gediegenen Allgemeinbildung und Fachbildung. Als Ziel gilt es hier, das umfassende Gebiet von Wissen und Bildung so auszuwerten, daß es zu einer brauchbaren Grundlage deutscher Volksgemeinschaft wird, daß Bildung als Mittel zum Zweck im Dienste am Volk nicht trennt, sondern verbindet. Aus dem teilweise verzettelten Volksbildungsapparat wurden nationalsozialistische Volksbildungsstätten geschaffen, die den wissensdurstigen Volksgenossen nicht unverdauliche Brocken abstrakter Wissenschaft hinwerfen, sondern ihnen ein sie aufwärtsführendes, natur- und volksgebundenes Wissen zu vermitteln haben.“<sup>48)</sup>

Nach dem Jahresbericht des Volksbildungswerkes über sein 2. Arbeitsjahr 1937 umfaßte der Aufgabenbereich des Volksbildungswerkes folgende Abschnitte:

Vorträge, Vortragsreihen, Arbeitsgemeinschaften, Kurse, Arbeitskreise;  
Führungen, Besichtigungen, Lehrwanderungen, Kulturfahrten, Musikarbeit, Musikschulen;  
Ausstellungen;

<sup>47)</sup> Hans Krapfenbauer, Die sozialpolitische Bedeutung der NSG „Kraft durch Freude“, Phil. Diss. Nürnberg v. 18. 12. 1937, S. 15.

<sup>48)</sup> Krapfenbauer, a. a. O., S. 19.

<sup>46)</sup> Vgl. Henningsen, a. a. O.

Büchereiwesen;  
Vortragsdienst;  
Dorfarbeit.

Vielfach gab es zwischen dem Volksbildungswerk und den Gemeinden Übereinkünfte zur personellen Besetzung und Programmgestaltung. Nach 1938 jedoch blieb den meisten Gemeinden eine Mitwirkung an der Volksbildungsstätte versperrt. Beispielhaft dafür war eine Vereinbarung zwischen der Provinzialdienststelle des Deutschen Gemeindetages Schleswig-Holstein und dem Gauobmann der DAF vom Oktober 1943. In dem Vertrag heißt es u. a.:

„Die Volksbildungsstätte führt den Namen ‚Volksbildungsstätte ... — gemeinsame Einrichtung der Stadt und des Deutschen Volksbildungswerkes in der Deutschen Arbeitsfront‘. Der Leiter der Volksbildungsstätte wird auf Vorschlag der DAF von dem Kreisleiter im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister berufen. Die Aufstellung des Jahresplanes, des Haushalts und der Jahresrechnung wird mit dem Oberbürgermeister bzw. seinem Beauftragten abgestimmt. Die Volksbildungsstätte wird im übrigen vom Deutschen Volksbildungswerk verwaltet und unterliegt keinerlei Eingriffen seitens der Stadt.“<sup>49)</sup>

Die Kommunen hatten kaum mehr die Möglichkeit, auf die inhaltliche Arbeit der Volksbildungsstätten einzuwirken; eine Unterstützung anderer Bildungsinstitutionen war nicht möglich.

Vom Deutschen Volksbildungswerk wurden ab 1938 mehrere Modell-Arbeitspläne für anerkannte Volksbildungsstätten herausgegeben. Ein solcher Muster-Arbeitsplan für das Wintersemester 1938/39 enthält folgende Leitthemen:

1. Geschichte und Politik
2. Wehrhaftes Volk
3. Gesundes Volk
4. Volk an der Arbeit
5. Deutsches Kultur- und Geistesleben
6. Volkstum und Heimat
7. Blick in die Welt.

Diese Themen sind jeweils untergliedert in Vorträge mit prominenten Rednern, Vortragsreihen, Arbeitsgemeinschaften und in Arbeitskreise. Ein Beispiel sei aus diesem Muster-Arbeitsplan herausgegriffen, und zwar

<sup>49)</sup> Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages, 20. 12. 1943.

das Thema: „Volk an der Arbeit“. An Vorträgen wurden hier angeboten:

Rasse und Technik

Wissenschaft bricht Monopole

Deutsche Kohle — Deutscher Rohstoff

Walfang und Walverarbeitung (mit Lichtbildern und Filmen)

Die deutsche Devisenbewirtschaftung

Der Berufswettkampf aller Schaffenden.

Als Arbeitsgemeinschaften wurden vorgesehen:

Politische Wirtschaft

Was muß jeder Schaffende vom Arbeitsrecht wissen?

Wie entsteht eine Zeitung?

Aus der Werkstatt großer deutscher Chemiker

Der Freiheitskampf des deutschen Erfinders

Wirtschaftsfragen unseres Gaues

Großdeutschland in der Wirtschaft der Welt

Die Wunder des Rundfunks und Fernsehens

Aus der Arbeit des Siedlers.

Außerdem sollten Besichtigungen in einem Zeitungsbetrieb, einer Kleinsiedlung und Geflügelfarm, in Gas- und Elektrizitätswerken, in einer Brauerei und von Hafenanlagen durchgeführt werden. Lehrwanderungen waren zur Autobahn und zu einem Arbeitsdienstlager vorgesehen, ferner eine Kulturfahrt zu einem Besuch von „Knappen und Winzern“ in der Saarpfalz. Den Höhepunkt des Lehrjahres sollte ein Gemeinschaftsabend mit Reichsarbeitsdienst und Werkscharen „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter“ sein.

Diese Muster-Arbeitspläne waren, soweit aus den vorliegenden Lehrplänen ersichtlich, überwiegend Grundlage der Arbeitspläne von Volksbildungsstätten in Mittelstädten. Großstädtische und ländliche Volksbildungsstätten bzw. Volkshochschulen mit hauptamtlichen Mitarbeitern hielten sich aber nur selten an Muster-Arbeitspläne.

Auf die in den Jahresberichten des Deutschen Volksbildungswerkes veröffentlichten Zahlenangaben ist nur wenig Verlaß, weil z. B. Teilnehmer an einmaligen sowie an langfristigen Veranstaltungen gleichermaßen als „Teilnehmer“ gezählt wurden und zudem Teilnehmer an Bildungsveranstaltungen außerhalb der Volksbildungsstätten, z. B. Besichtigungen und Vortragsabende auf dem Lande, die Zahl der Teilnehmer wesentlich erhöhten. Es können

deshalb, um den Umfang der Arbeit zu verdeutlichen, nur einige Beispiele herausgegriffen werden: Im Jahr 1937 gehörten 218 Volkshochschulbildungsstätten zum Volksbildungswerk. Dort fanden insgesamt 18 573 Veranstaltungen mit 1 220 102 Teilnehmern statt, die von 6 787 Lehrkräften betreut wurden. Von diesen Lehrkräften waren 1,7 % hauptamtlich, 23,5 % nebenamtlich und 74,8 % ehrenamtlich tätig. Ein Jahr später hatte sich die Zahl der Veranstaltungen und der Teilnehmer wesentlich erhöht: an nunmehr 325 Volkshochschulbildungsstätten wurden 41 842 Veranstaltungen mit 3 705 128 Hörern von 7 971 Lehrkräften durchgeführt.

Einen Aufgabenbereich, der zum Teil mit der Arbeit der Volkshochschulen parallel lief, nahmen die „NS-Kulturgemeinden“ wahr. Der „Völkische Beobachter“ urteilte dazu: „Die

Arbeit des Vortragsringes (der NS-Kulturgemeinde) stellt eine Art Volkshochschule dar, bei der aber alle jene Schwierigkeiten, die dort Aufnahme, Semestereinteilung usw. mit sich bringen, in Fortfall gelangen.“<sup>50)</sup>

Die Kulturgemeinden waren eine Fortführung der traditionellen Kulturgemeinden, zu deren Aufgaben besonders Theaterbesuche und Einzelvorträge gehörten. Sie hatten, als eine Untergliederung von „KdF“, folgende Aufgabengebiete zu betreuen: Theater, Konzerte, Kunstabende, Vortragsring, Studentenring und Schallplattenring. Die NS-Kulturgemeinden wurden Ende 1939 durch eine Vereinbarung zwischen Rosenberg und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley aufgelöst. Ihr Aufgabenbereich wurde anderen Gliederungen von „KdF“ übertragen.

## IX. Volksbildungsarbeit im Krieg

Das deutsche Volksbildungswerk war bemüht, nach der Besetzung Österreichs sowie nach der Eroberung weiterer Länder auch dort seine Arbeit durchzuführen. In Österreich wurden bald nach der Besetzung die ersten Volkshochschulbildungsstätten nach deutschem Vorbild errichtet. Am 3. 12. 1939 eröffnete der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, in Anwesenheit des Reichsprotectors v. Neurath und des Gauleiters Henlein das Deutsche Volksbildungswerk für das Protektorat Böhmen und Mähren in Prag.

Auch in den Niederlanden, in Dänemark und Norwegen wurden — soweit es die bisherigen Unterlagen erkennen lassen — Außenstellen des Deutschen Volksbildungswerkes errichtet. Sie sollten zwar vornehmlich deutsche Soldaten betreuen, doch hatten Sie auch der Bevölkerung deutsche Kultur zu vermitteln.

Mit dem Beginn des Krieges wurde die Erwachsenenbildungsarbeit in Deutschland wesentlich intensiviert und auf neue Schwerpunkte hin ausgerichtet. Auch die Wehrmacht wurde nun in den Aufgabenbereich des Volksbildungswerkes einbezogen. Im Kriegsjahr 1943 hatte das Volksbildungswerk in allen Volkshochschulbildungsstätten den ständigen Kursen auch Arbeitskreise für volkstümliches Werkschaffen, Musikunterricht, Photographieren und andere Freizeitbeschäftigungen eingerichtet. An diesen insgesamt 20 345 Arbeitskreisen nahmen über 1 500 000 Interes-

senten teil<sup>51)</sup>. Der Gauvolksbildungswart der DAF für den Gau Magdeburg-Anhalt stellt in einem unveröffentlichten Manuskript fest: „Bei Betrachtung der Statistiken der vergangenen Jahre stellen wir als hervorstechendstes Merkmal ein auffallendes Anwachsen der Teilnehmer gegenüber dem letzten Friedensjahr fest. Im Arbeitsjahr 1938/39 (—jeweils auf den Gau bezogen—) wurden insgesamt 169 671 Teilnehmer durch die Veranstaltungen des Deutschen Volksbildungswerkes erfaßt. Im Arbeitsjahr 1940/41 betrug die Teilnehmerzahl 386 812, um im Arbeitsjahr 1941/42 auf 926 410 anzusteigen. Dieses Ergebnis verdient im 4. Kriegsjahr eine besondere Bewertung. Es läßt den Schluß zu, daß die durch den Krieg bedingte stärkere Inanspruchnahme des einzelnen Volksgenossen keinen Einfluß auf das Bedürfnis nach einer geistigen Weiterentwicklung und nach einer Vertiefung des Wissens gehabt hat. Diese Zahlen beweisen vielmehr, daß die Auffassung der Pessimisten, die da glauben, Krieg und Bildungsarbeit stünden sich wie Wasser und Feuer gegenüber, falsch ist.“<sup>52)</sup>

Über die Motive der Teilnehmer für den verstärkten Besuch der Bildungsveranstaltungen gibt es keine Untersuchung. Aus Teilnehmerberichten der Berliner Volkshochschu-

<sup>50)</sup> Völkischer Beobachter, Berlin, 15. 9. 1936.

<sup>51)</sup> Vgl. Arbeitertum, 1944, Heft 14, S. 4.

<sup>52)</sup> Hans-Wolfgang Simon, Volksbildung — eine kriegswichtige Aufgabe. Die Arbeit im Gau Magdeburg-Anhalt, unveröff. Manuskript.

le, die jedoch eine Sonderstellung einnahm, läßt sich erkennen, daß die unabhängige Volkshochschule mit ihrem von der Partei nicht beeinflussten Bildungsprogramm anderen Bildungsangeboten vorgezogen wurde.

Das Interesse der Bevölkerung an neutraler Information wird durch einen der geheimen SD-Berichte zu Inlandsfragen bekräftigt, in denen über die Stimmung der deutschen Bevölkerung berichtet wurde. Am 8. November 1943 heißt es dort, im gesamten Reich bestehe eine Ablehnung rein parteipolitischer Vorträge oder Bildungsveranstaltungen mit propagandistischer Tendenz, da die Hörer sich sachlich zu wenig unterrichtet fühlten. Zwar würden die Veranstaltungen des Deutschen Volksbildungswerkes vor allem von Hörern mit höheren geistigen Interessen besucht, die häufig aus der Mittelschicht oder der „sogenannten

Intelligenz“ stammten, doch bestehe darüber hinaus kaum eine Möglichkeit, intelligente Volksgenossen anzusprechen.

Beim Beispiel der „Volkshochschule Groß-Berlin“ wirkte sich die Eigenständigkeit dahin aus, daß nach verschiedenen Berichten Dozenten dieser Volkshochschule eng mit dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ zusammenarbeiteten<sup>53)</sup>.

Einige Volkshochschulen wurden Stätten des Widerstandes gegen das NS-Regime. Dozenten, Hörer und Mitarbeiter der Verwaltung blieben in den Jahren vor 1933, zwischen 1933 und 1945 und nach Kriegsende in stetem Kontakt, so daß bereits im Sommer 1945 einzelne Volkshochschulen sowohl in Berlin wie in anderen Städten ihre Arbeit wiederaufnehmen konnten.

## X. „Reichsarbeitsgemeinschaft und Gauarbeitsgemeinschaften für Erwachsenenbildung“

Zur Vorbereitung der Vereinheitlichung und Konzentration in der Erwachsenenbildung fand am 1. Juli 1937 eine vom Deutschen Städtetag einberufene Tagung statt. Wichtigstes Thema waren die Bestrebungen von KdF, kommunale Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen zu übernehmen. Die Vertreter der Städte waren der Auffassung, daß durch Vereinbarungen mit Staats- und Parteidienststellen endlich Klarheit über die Zuständigkeit im Volksbildungswesen geschaffen werden müsse. In dieser Zeit waren etwa ebensoviele kommunale Volksbildungsstätten wie Bildungsstätten des Volksbildungswerkes aktiv.

Mit der Gründung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung“ wurde im November 1937 ein erster Versuch unternommen, die Erwachsenenbildung zu koordinieren. An erster Stelle sollten Richtlinien für die Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen von Partei, Staat und Gemeinden ausgearbeitet werden. Der Arbeitsgemeinschaft gehörten Vertreter des Reichserziehungsministeriums und des deutschen Gemeindetages sowie der Leiter des Amtes Volksbildungswerk in der NSG „KdF“ an.

In einer Ausarbeitung für den Deutschen Gemeindetag heißt es: „Die Wiederherstellung einer planmäßigen Zusammenarbeit aller auf dem Gebiete der Volkserziehung arbeitenden

Dienststellen und Organisationen ist unerlässlich, wenn der gegenwärtige Zustand des Neben- und Gegeneinanderarbeitens nicht zu schweren Schädigungen der Staatsautorität führen soll. Dabei ist mit allem Nachdruck zu betonen, daß es sich hierbei keineswegs nur um eine lediglich organisatorische Arbeitsaufgabe handelt, sondern um eine wesentliche Möglichkeit, breite Schichten des Volkes auf eine neue, verpflichtende Weise anzusprechen und ihren brach liegenden Einsatzwillen in den freudigen Dienst an der deutschen Volkwerdung zu stellen.“<sup>54)</sup>

Dieser Kooperationsbeschluß war eine erste Antwort auf die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen öffentlichen Trägern der Erwachsenenbildung, insbesondere zwischen Parteigliederungen, DAF und einzelnen Kommunen. Im Archiv des Deutschen Gemeindetages dokumentiert ein umfangreicher Briefwechsel das Bestreben einzelner Gemeinden, die von ihnen getragenen Volkshochschulen zu erhalten und den Einfluß von Partei und DAF abzuwehren. So standen in mehreren Städten, z. B. in Halle, Düsseldorf, Berlin, Hamburg und Lübeck, eigene städtische Volkshochschulen in Konkurrenz zu den Volksbildungsstätten des Deutschen Volksbil-

<sup>53)</sup> Vgl. Gerhard Rossman, Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin 1963, S. 217.

<sup>54)</sup> Vgl. Anm. 42.

dungswerkes und zu den Vortragsämtern der Parteigliederungen.

Die gemeinsame Arbeit der Vertreter der drei Institutionen in der „Arbeitsgemeinschaft“ führte zu einem Runderlaß des Reichsinnenministeriums vom 18. 4. 1939 über die Neugestaltung der Erwachsenenbildung, in dem es u. a. hieß: „Die weltanschauliche Schulung ist allein Aufgabe der Partei. Gemeinsame Aufgabe von Partei, Staat und Gemeinden ist es, durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung die geistigen und politisch-weltanschaulichen Erkenntnisse der deutschen Volksgenossen zu erweitern und zu vertiefen und sie zu eigenem geistigen und künstlerischen Schaffen in ihrer Freizeit anzuleiten und zu fördern.“<sup>55)</sup>

## XI. Berufliche Fortbildung und Volksbildungsarbeit in den Betrieben

Mit der zunehmenden Konsolidierung des Nationalsozialismus wurden auch die Betriebe in die Volksbildungsarbeit einbezogen. In größeren Betrieben gehörte zum „Stab“ eines „Betriebsobmannes“ neben dem Berufs- und Gesundheitswarter, der Frauenwarterin und dem Feierabendwart auch der „Volksbildungswart“. Aus den zugänglichen Unterlagen ist jedoch nicht zu erkennen, ob durch diese „Volksbildungswarte“ die Erwachsenenbildung wesentlich beeinflusst wurde.

Der Reichswirtschaftsminister hatte der Reichswirtschaftskammer unter dem 13. Februar 1939 nachstehenden Erlaß zugehen lassen:

„Durch Anordnung des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring vom 14. Dezember 1938 bin ich beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Leistungsertüchtigung geeignet sind. Die betriebliche Leistungsertüchtigung hängt wesentlich davon ab, wieweit Betriebsführer und Unternehmer die ihnen obliegende Verpflichtung zur Ausbildung und Fortbildung ihrer Gefolgschaftsmitglieder erfüllen. Um verschiedentlich aufgetretenen Irrtümern über den Umfang der ihnen obliegenden Ausbildungsverpflichtung zu begegnen, stelle ich fest, daß Unternehmer und Betriebsführer die volle Verantwortung für alle Maß-

<sup>55)</sup> Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1939, S. 298; vgl. ferner H. Keim, Neugestaltung der Erwachsenenbildung. Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 1970, Heft 4, S. 312—321.

Durch diese Richtlinien wurde die gesamte Erwachsenenbildung zusammengefaßt und dem „Deutschen Volksbildungswerk“ unterstellt. Zumindest sollte eine enge Zusammenarbeit gesichert werden. Dennoch blieben zahlreiche kommunale Volkshochschulen und Volksbildungsorganisationen in ihrer Arbeit selbständig. So hatte die „Volkshochschule Groß-Berlin“ bis 1945 keine Kooperation mit dem Volksbildungswerk eingeleitet. Um jedoch die gewünschte Einordnung in das Volksbildungswerk herzustellen, wurden z. B. Volksbildungsorganisationen in Baden und im Elsaß angewiesen, „sich unbeschadet ihrer finanziellen und organisatorischen Selbständigkeit dem Deutschen Volksbildungswerk anzuschließen, da dieses als alleiniger Träger der Erwachsenenbildung von der Partei anerkannt wird“<sup>56)</sup>.

nahmen der Ausbildung und Fortbildung tragen, die betriebsbedingt sind.

Diese Maßnahmen umfassen im wesentlichen folgende drei Gruppen:

...

2. Die weitere systematische Ausbildung zum beruflichen Aufstieg (z. B. Vorarbeiter, Maschinenführer, Handwerksmeister, Lehrmeister, Werkmeister).

3. Die wirtschaftspolitisch notwendige Umschulung von Hilfskräften zu Fachkräften sowie die Umschulung auf neue Werkstoffe, neue Arbeits- und Fabrikationsmethoden, Buchführungsrichtlinien, Verteilungsmethoden usw., ohne deren Kenntnisse die Entwicklung des Betriebes gehemmt würde. Dabei ist es gleichgültig, ob die Umschulung von einzelnen Betrieben oder von Arbeitsgemeinschaften veranstaltet wird.

Wesentlich bei den Maßnahmen zu Ziffer 1 bis 3 ist die unmittelbare Anwendungsmöglichkeit und -notwendigkeit des Erlernten im Betrieb (Betriebsbedingtheit). Daher müssen diese Maßnahmen durchgeführt werden entweder von den Betrieben, oder von solchen Organisationen, die meiner Aufsicht oder der Aufsicht der mir nachgeordneten Stellen unmittelbar unterstehen und in engstem Zusam-

<sup>56)</sup> Anordnung über die Volksbildungsarbeit im Gau Baden und Elsaß, in: Badischer Staatsanzeiger, 19. 5. 1942.

menhang mit der Betriebspraxis sich befinden. . . " <sup>57)</sup>

Dieser Erlass — nach den noch vorhandenen Unterlagen zu urteilen — hatte nur einen geringen Erfolg. Im Frühjahr 1941 bemühten sich einzelne Betriebsführer in Norddeutschland, mit dem Volksbildungswerk durch Vortragsabende, Führungen und Spielgruppen in engeren Kontakt zu kommen. Da wegen der Kriegseinflüsse den Arbeitern eines Betriebes der Besuch einer ferngelegenen Volksbildungsstätte oftmals nicht möglich war, wurde geplant, Bildungsveranstaltungen im Anschluß an die Arbeit im Betrieb oder in Betriebsnähe durchzuführen. Diese Bestrebungen wurden von Berlin aus begrüßt: „Es kann sich bei dieser betriebsnahen Volksbildungsarbeit nicht darum handeln, der Volksbildungsarbeit in all ihren Disziplinen Eingang zu verschaffen. Vielmehr wird es darum gehen, Möglichkeiten zur Erarbeitung und Auffrischung des Elementarwissens zu geben und das ganz allgemein infolge des Krieges und der Zukunftsaussich-

ten gestiegene Interesse an der geschichtlichen Entwicklung und an den geopolitischen Tatsachen zu befriedigen.“ <sup>58)</sup>

Nach einem Bericht vom Oktober 1941 hatte das Volksbildungswerk etwa 300 Betriebs-Volksbildungsstätten errichtet. Die Volksbildungsarbeit im Betrieb wurde damit begründet, daß der Betriebsführer nicht nur für den Arbeitsprozeß, sondern für den „schaffenden Menschen in seiner Gesamtheit“ verantwortlich sei: „Aus diesem Wissen heraus räumt der deutsche Betriebsführer dem deutschen Volksbildungswerk immer mehr Raum ein. Wie das Berufserziehungswerk mit allen seinen Maßnahmen dem schaffenden Menschen hilft, seine beruflichen Kenntnisse zu erweitern und zu vertiefen, so ist das Deutsche Volksbildungswerk berufen, die Lücken des allgemeinen Wissens aufzufüllen und Einblick in Gebiete zu geben, die sich der einzelne von sich aus nicht erschließen kann.“ <sup>59)</sup> Als Beispiele für eine arbeitsplatzorientierte Allgemeinbildung wurden Sprachkurse und Kurse über berufsbezogene Probleme angeführt.

## XII. Landwirtschaftliche Fortbildung und Bauernhochschulbewegung

Mit der nationalsozialistischen „Revolution“ vollzog sich auch eine ideologische Aufwertung des deutschen Bauerntums. Der deutsche Bauer und die deutsche Bäuerin wurden zu „Trägern und Treuhändern der heiligsten Güter“ der deutschen Nation, der Rasse und des Bodens stilisiert. Als einzige gesunde und dauerhafte Grundlage des staatlichen und volklichen Lebens sah man „Blut und Boden“ und die Verwurzelung des Menschen in der „Scholle“. „Der deutsche Mensch, gesund an Körper, Seele und Geist, muß sich in dem deutschen Bauerntum in höchster Vollendung widerspiegeln. Echtes deutsches Bauerntum bedeutet also: Gesundheit, Kraft, Mut, Treue, Ehrliche, Kameradschaft, Volksverbundenheit, Vaterlandsliebe, Pflichtbewußtsein, Ehrfurcht, Sittenreinheit, Stolz und Lebensfreude, verbunden mit beruflichem Können und geistiger Regsamkeit.“ <sup>60)</sup> Uralte Sinnbilder wie Pflug und Schwert, Sonnenrad, das nordische Hakenkreuz prägten die nationalsozialistische Weltanschauung.

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung begann auch die Bauernhochschulbewegung unter Walther Darré, dem damaligen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie Reichsbauernführer, eine Renaissance zu erleben. Vorbild war die nordische Bauernhochschulbewegung, die von Christian Frederik Grundt wig (1783—1872) in Dänemark ausging <sup>61)</sup>. Die nationalsozialistische Bauernhochschulbewegung betrieb ständische Schulung im Sinne ihrer Weltanschauung; sie orientierte sich nicht am „Intellektualismus“, sondern am Bauernhaus und am Familienleben als Bildungsorten. Erhaltung des Bauerntums und seines Brauchtums sowie hausfrauliche Tüchtigkeit gehörten zu den vorrangigen Zielen.

Im Bereich des landwirtschaftlichen Bildungswesens vollzog sich in den Jahren 1933 bis 1935 eine generelle Neuordnung. Durch das Gesetz zur Neuordnung über die Zuständigkeiten innerhalb des Staatsministeriums gingen die Aufgaben und Zuständigkeiten im bäuerlichen Schulwesen vom Preußischen

<sup>57)</sup> Vgl. Deutsche Wirtschaftszeitung, 16. 3. 1942.

<sup>58)</sup> Wirtschaftspolitischer Pressedienst, 17. 6. 1941.

<sup>59)</sup> Wirtschaftspolitischer Pressedienst, 20. 10. 1941.

<sup>60)</sup> Karl Scheda (Hrsg.), Deutsches Bauerntum, Konstanz 1935, S. 309.

<sup>61)</sup> Paul Tonscheidt, Die Bauernhochschulbewegung, in: Odal (Monatshefte für Blut und Boden, Goslar), 1942, Heft 10, S. 471.

Landwirtschaftsministerium auf das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über. Dies bezog sich auf die Höheren Lehranstalten für praktische Landwirte, Ackerbauschulen, Landwirtschaftsschulen einschließlich Mädchenklassen, Kulturbauschulen, Fachschulen für Wein-, Obst- und Gartenbau, Gärtnerische Fortbildungsschulen, Wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande, Haushaltspflegerinnen-Lehrgänge und Maidenlehrgänge sowie Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen. Mit dieser Zuständigkeitsregelung wurden auch die ländlichen Fortbildungsschulen in die Abteilung „Bäuerliches Ausbildungswesen“ übernommen. Dem „Reichsnährstand“, dem in den ersten Jahren Walter Darré vorstand, wurde die praktische Ausbildung übertragen. Die Neuordnung des ländlichen (bäuerlichen, landwirtschaftlichen) Berufs- und Fachschulwesens führte zu einer

Vereinheitlichung und Vereinfachung der Schultypen und der Lehrpläne.

Die Berufserziehung der bäuerlichen Jugend erfolgte auf zwei verschiedenen Wegen: einmal der politisch-weltanschaulichen und ständisch orientierten „Bauernschulung“, die der Heranbildung und Auslese der künftigen Bauernführer diente; und zum anderen der bäuerlichen Fach- oder Werksausbildung auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Der Arbeitsplan der Bauernschulen vor der Neuordnung sollte nach Darré umfassen: Leibesübungen, Wehrsport, Pflege bäuerlicher Sitte und Geselligkeit (Lieder, Spiel, Tanz), Volks- und Rassenkunde, Vererbungslehre, Geschichte und Geopolitik einschließlich Auslandsdeutschtum, Wirtschafts- und Agrarpolitik, Lebensführung und Weltanschauung, Dorfkultur und Volkskunst.

### XIII. Zur geistigen Bewältigung der nationalsozialistischen Ära in der Zeit des Wiederaufbaus der Erwachsenenbildung nach 1945

Als gültig wird heute die These angesehen, daß durch die Herrschaft der Nationalsozialisten in den Jahren 1933 bis 1945 die Kontinuität der deutschen Erwachsenenbildung unterbrochen worden sei. Werner Picht, einer der führenden Erwachsenenbildner der Weimarer Zeit und der Nachkriegszeit, charakterisierte die Zeit von 1933 bis 1945 als ein zwölfjähriges Vakuum in der Geschichte der demokratischen Erwachsenenbildung, durch das die volksbildnerische Tradition zerstört worden sei. Die nationalsozialistische Volksbildung bezeichnete er als „Schauspiel der gigantischen Parodie einer Bildungsbewegung, die je auf dem Welttheater gespielt wurde“. Radikale „Entbildung“ ist für ihn das Ergebnis dieses Abschnittes deutscher Geistesgeschichte<sup>62)</sup>.

Wenngleich von vielen Erwachsenenbildnern und Politikern die Auffassung vertreten wurde, das Ende des nationalsozialistischen Herrschaftssystems habe für den Aufbau der Erwachsenenbildung nach 1945 die „Stunde Null“ bedeutet, den völligen Neubeginn, so läßt sich bei einer genauen Analyse der Quellen feststellen, daß der Aufbau und die Entwicklung

der Erwachsenenbildung nach dem Zweiten Weltkrieg durch drei Faktoren geprägt war:

1. die geistige und organisatorische Anknüpfung an die Weimarer Tradition,
2. der politische Einfluß der Besatzungsmächte durch ihre reeducation-Bemühungen und
3. die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Nationalsozialismus sowie die Bewältigung der organisatorischen und politischen Folgen nationalsozialistischer Veränderungen.

Die Erwachsenenbildung konnte jedoch nach 1945 nicht wieder dort einsetzen, wo die freie Erwachsenenbildung 1933 ihre Arbeit hatte einstellen müssen: „Ein entscheidender Wandel, wenn nicht gar ein Traditionsbruch, manifestiert sich in der Tatsache, daß die historische Kategorie ‚Volk‘ als die verbindende Klammer der geistesgeschichtlichen Motive und Ansätze ‚fragwürdig‘ geworden war.“<sup>63)</sup> Volk und Staat waren zu problematischen und umstrittenen Größen in der Auseinandersetzung um den politischen, kulturellen, geistigen und erzieherischen Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg geworden.

Den oktroyierten Umerziehungsmaßnahmen der Besatzungsmächte stand das Bemühen der

<sup>62)</sup> Werner Picht, Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland, Braunschweig 1950, S. 221 f.

<sup>63)</sup> Vgl. Olbrich, a. a. O., S. 24.

Erwachsenenbildner (z. B. Fritz Borinski, Theodor Wilhelm alias Friedrich Oetinger) gegenüber, durch eine „demokratisch-mitbürgerliche“, „partnerschaftliche“ Volksbildung Vertrauen für ein neu zu errichtendes Gemeinwesen bzw. demokratisches System zu schaffen.

Die Entnazifizierungs- und Kontrollmaßnahmen der Besatzungsmächte belasteten diese Aufbauarbeit. Auseinandersetzungen zwischen den verantwortlichen Erziehungsoffizieren der Besatzungsmächte und den deutschen Erwachsenenbildnern artikulierten sich in der unterschiedlichen Auffassung um die politische Umerziehung (re-education) und die politisch-demokratische, mitbürgerliche Bildung des deutschen Volkes. Die Reeducation-Maßnahmen der Besatzungsmächte wurden als politisch-autoritäre, pauschale und undemokratische Herrschaftsansprüche abgelehnt<sup>64</sup>).

Die geistige Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde von den Erwachsenenbildnern für lange Jahre als zentrale Aufgabe erachtet, wenngleich sie nicht übersahen, daß eine Analyse des nationalsozialistischen ‚Ungeistes‘ die Gefahr beinhaltete, sich in Anklagen und Selbstvorwür-

<sup>64</sup>) Vgl. Karl-Ernst Bungenstab, Umerziehung zur Demokratie? Re-educations-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945—1949, Düsseldorf 1970, S. 130.

fen zu verlieren. Man suchte eine Antwort auf die Frage, was die Erwachsenenbildung tun könne, um dem deutschen Volk künftig ein Fehlverhalten — wie in der NS-Zeit — zu ersparen. Die begrenzte Wirkung der Erwachsenenbildung im Gesamtrahmen von Bildung, Umerziehung und Verhaltensweisen der Deutschen wurde bald erkannt. Wissensvermittlung, Vermittlung sittlicher Werte und demokratischen Verhaltens und vor allem mitbürgerlich-demokratische Bildung wurden als zwar wichtige, aber unzureichende Voraussetzungen gesehen. Eine Übereinstimmung und gemeinsame zielorientierte Arbeit aller Erwachsenenbildner kam nicht zustande. Entscheidende Hemmnisse beim Aufbau der deutschen Nachkriegs-Erwachsenenbildung lagen auch in der finanziellen und technischen Notsituation nach Kriegsende.

Nach 1945 begann der Prozeß des Wiederaufbaus der Erwachsenenbildung ohne Illusionen, realitätsbewußt und mit größtem Engagement, das insbesondere durch den starken Nachholbedarf an Informationen gefördert wurde. Für die Erwachsenenbildner galt es in einer Zeit politischer und geistiger Verunsicherung, alle Kräfte zu mobilisieren, um ein neues, demokratisches und pluralistisches Weiterbildungssystem, um eine neue geistig-weltanschauliche und politische Wertorientierung zu schaffen.

## Daten zur Erwachsenenbildung 1933 bis 1945

### 1933

- Auflösung zahlreicher Volksbildungsverbände und -institutionen; z. T. Übergang in die „NS-Kulturgemeinde“;
- März 1933 Mit der Nr. 6/7 stellen die Nachrichten des Archivs für Volksbildung ihr Erscheinen ein.
1. 4. 1933 Das Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern wird aufgelöst. Die Archivbestände gehen an die Deutsche Schule für Volksforschung und Volksbildung.
1. 4. 1933 Errichtung der Hauptstelle für Volkshochschulen beim Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Leiter: O. L. Pudelko); Auflösung der Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Volkshochschulen mit der Unterabteilung Deutsche Bauernschulen.
26. 8. 1933 Verordnung über das nicht-staatliche Erziehungs- und Unterrichtswesen.
19. 9. 1933 Erlaß des Reichsministers des Innern betr. Volkshochschulen.
- Okt. 1933 Entwurf eines Gesetzes (RMdI) über die Anerkennung von Unterrichtsunternehmen als Volkshochschulen.
28. 10. 1933 Gründung der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF).

### 1934

1. 5. 1934 Errichtung der Abteilung Volksbildung im Reichs-Schulungsamt der NSDAP. Erlaß über die Errichtung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.
11. 5. 1934 Erlaß über die Aufgaben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (u. a. Erwachsenenbildung, Büchereiwesen).
6. 6. 1934 Vereinigung des Reichsverbandes „Deutsche Bühne“ und des „Kampfbundes für die deutsche Kultur“ zur „NS-Kulturgemeinde“.
6. 8. 1934 Durchführungsbestimmungen für die weltanschauliche Schulungs- und Bildungsarbeit des Amtes für Ausbildung der NSG KdF. Das gesamte Volkshochschulwesen wird zentral zusammengefaßt und dem Reichsschulungsamt der NSDAP und der DAF als „Deutsches Volksbildungswerk“ angeschlossen.
5. 12. 1934 Programm des Reichsschulungsleiters zur Umbenennung in „Volksbildungsstätte“.

### 1935

- Auflösung des Reichsbundes „Volkstum und Heimat“. Übernahme der Abteilung „Volksbildung“ vom Reichsschulungsamt der NSDAP in die Abteilung „Schulung und Volksbildung“ der NSG KdF; Errichtung des Amtes „Deutsches Volksbildungswerk“ in der NSG KdF.
29. 6. 1935 Auflösung des Hohenrodter Bundes.
27. 7. 1935 Umbenennung und Gleichschaltung der „Gesellschaft für Volksbildung“.

### 1936

- Juni 1936 1. Tagung des Amtes Deutsches Volksbildungswerk in Hirschberg/Riesengebirge.
26. 10. 1936 Anordnung von Ley über die Verwendung des Begriffs „Schulung“.

### 1937

218 Volksbildungsstätten im Deutschen Volksbildungswerk; Die „NS-Kulturgemeinde“ wird aufgelöst und dem Amt Feierabend der NSG KdF eingegliedert.

- Okt. 1937 2. Reichsarbeitstagung des Deutschen Volksbildungswerks in Bayreuth.  
1. 11. 1937 Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung.

### 1938

325 Volksbildungsstätten im Volksbildungswerk; engere Zusammenarbeit des Deutschen Volksbildungswerks mit dem Hauptschulungsamt der NSDAP; Herausgabe von Musterarbeitsplänen für anerkannte Volksbildungsstätten.

- Okt. 1938 3. Reichsarbeitstagung des Deutschen Volksbildungswerks in Hannover.

### 1939

18. 4. 1939 Runderlaß des RMdI: Richtlinien der Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung über die organisatorische Neugestaltung der Erwachsenenbildung.  
26. 6. 1939 1. Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Berlin.  
7. 7. 1939 Erlaß des Thüringischen Ministers für Volksbildung über den Fortbestand des Landesverbandes Heimatschule Thüringen und der örtlichen Heimatschulen.  
3. 12. 1939 Eröffnung des Deutschen Volksbildungswerkes in Böhmen und Mähren.

### 1940

Herausgabe der „Soldatenbriefe zur Berufsförderung“ vom Berufsförderungswerk der Wehrmacht.

1. 12. 1940 Eröffnung der Volksbildungsstätte in Krakau (Generalgouvernement).

### 1941

300 Betriebs-Volksbildungsstätten im Deutschen Volksbildungswerk.

9. 5. 1941 Anordnung des Gauleiters Lohse über die Gründung der Gauarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein.

### 1942

- Juni 1942 Gründung des Ostinstituts für Volksbildung und Freizeitgestaltung in der NSG KdF im Warthegau (Posen; Leitung: Gauvolksbildungswart Ludwig Caps).  
23. 4. 1942 Anordnung über die Volksbildungsarbeit im Gau Baden und Elsaß.

### 1943

- Juni 1943 Das Amt Deutsches Volksbildungswerk wird aus der NSG KdF ausgegliedert und direkt vom Führungsamt der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übernommen.

## Zur politischen Bildungsarbeit der parteinahen Stiftungen

### I. Relative Selbständigkeit der parteinahen Stiftungen

„In der Tat müßte man die politischen Stiftungen gründen, gäbe es sie nicht schon.“<sup>1)</sup> Karl-Heinz Sohn, ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), meint hier die parteinahen Stiftungen, die nach Politikern benannt sind, die die Wertvorstellungen der jeweiligen Partei entscheidend mitgeprägt bzw. ihre politischen Zielsetzungen vertreten haben. Den vier Bundestags-Parteien stehen vier bundesweit und international tätige Institutionen zur Seite. Es sind: die christdemokratische Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die liberale Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) und die christlich-soziale Hanns-Seidel-Stiftung (HSS). Daneben gibt es noch einige regional tätige Stiftungen, von denen hier eingegangen wird auf die christdemokratische Hermann-Ehlers-Stiftung (Kiel) und die liberale Wolfgang-Döring-Stiftung (Düsseldorf), nicht aber auf weitere, wie z. B. das Ernst-Lemmer-Institut<sup>2)</sup> und das Thomas-Dehler-Institut<sup>3)</sup>.

Sohns Einschätzung bezieht sich auf nur *einen* Arbeitsbereich der Stiftungen, nämlich deren Aktivitäten in Ländern der Dritten Welt, vorrangig die sogenannte gesellschaftspolitische Bildung. Sie „umfaßt in der Regel mehrjährige Ausbildungs- und Bildungsmaßnahmen zur Heran- und Fortbildung von Führungskräften in gesellschaftspolitisch bedeutsamen Institutionen der Entwicklungsländer

<sup>1)</sup> Karl-Heinz Sohn, *Entwicklungspolitik, Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe*, München 1972, S. 206.

<sup>2)</sup> Dabei handelt es sich um eine Gründung innerhalb des CDU-Landesverbandes Berlin seitens des Bundestagsabgeordneten Jürgen Wohlrabe. Beteiligt ist auch Gerhard Löwenthal als Schwiegersohn Lemmers. Die im Herbst 1975 (vgl. dpa-Meldung im Berliner „Tagesspiegel“ vom 27. Sept. 1975) erfolgte Gründung tangiert die Interessen der in Berlin tätigen Hermann-Ehlers-Stiftung.

<sup>3)</sup> Ähnlich wie bei der sozialdemokratischen Georg-von-Vollmar-Akademie handelt es sich um eine formal unabhängige Dependence der Bundestiftung in Bayern

im Sinne freiheitlich-demokratischer Ordnung.“<sup>4)</sup>

Diese „Förderung der gesellschaftspolitischen Bildung in Entwicklungsländern“ (Einzelplan 23, Titel 686 04) stand am Anfang des Engage-

#### INHALT

- I. Relative Selbständigkeit der parteinahen Stiftungen
- II. Entstehung und Entwicklung der bundesweit tätigen parteinahen Stiftungen
- III. Überblick über die personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung der Stiftungen  
„Globalzuschüsse“  
Finanzierungsanteil der Bundeszentrale für politische Bildung  
Gesamtüberblick über die personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung der parteinahen Stiftungen
- IV. Inhalte und Methoden der politischen Bildungsarbeit parteinaher Stiftungen  
Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)  
Hermann-Ehlers-Stiftung (HES)  
Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)  
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)  
Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)  
Wolfgang-Döring-Stiftung (WDS)
- V. „Flankierende“ Maßnahmen zum Bildungsangebot: Forschung und Publikationswesen
- VI. Die parteinahen Stiftungen: ein relevanter Gegenstand der Parteienforschung

ments der Stiftungen (ab 1962/63) in Entwicklungsländern. Der Titel ist im Proporz von 2 : 2 : 1 zwischen KAS, FES und FNS aufgeteilt (die HSS will nun dazustoßen und hat

<sup>4)</sup> Aus den Erläuterungen zum Titel, hier zit. nach Entwurf Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1976, Einzelplan 23, Anlage zur Drucksache 7/4100, S. 29.

bereits vom BMZ einen positiven Grundsatzbescheid erhalten) und macht den überwiegenden Teil der über 100 Mio. DM aus, die den Stiftungen für ihre Auslandsarbeit jährlich zur Verfügung stehen. Für 1976 waren für diesen Bereich Ausgaben in Höhe von 59 Mio. DM geplant, was eine Kürzung um 2 Mio. DM gegenüber 1975 bedeutet. Hierzu sollte man wissen, daß die Gesamtausgaben des Einzelplans 23 für das laufende Jahr gegenüber 1975 um über 500 Mio. DM auf knapp über 3 Mrd. DM gesenkt worden sind. Der Stiftungsanteil an den Gesamtaufwendungen im Bereich der Entwicklungshilfe liegt unter 3 Prozent. Aber die Arbeit der Stiftungen ist nicht ohne politische Brisanz, wie das Interesse der DDR zeigt, das sich noch sinnfälliger als in Publikationen (Autoren: Horst Hanke, Karl Pagel, Manfred Teresiak)<sup>5)</sup> darin offenbarte, daß die DDR im Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung den dortigen Afrika-Referenten als Spion anwarb. *Hierzulande* kennt man die Stiftungen als Veranstalter politischer Weiterbildung, als Herausgeber von Büchern, Zeitschriften und Broschüren und als Konkurrenten unter den sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten.

Bei allen diesen Aktivitäten<sup>6)</sup> treten die Stiftungen als eigenständige und eigenverantwortliche, aber doch mit der nahestehenden Partei verknüpfte Institutionen auf. Es wird also, bei den verschiedenen Stiftungen mit unterschiedlichem Nachdruck, auf eine *relative Selbständigkeit* verwiesen. Hierbei dürfte

---

<sup>5)</sup> Vgl. Karl Pagel, Die Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine staatsmonopolistische Organisation im Dienste des westdeutschen Neokolonialismus, in: Dokumentation der Zeit, 1967, Nr. 394; Manfred Teresiak, Die Friedrich-Ebert-Stiftung. Zentrum zur Verfälschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1969, S. 1008—1016; Horst Hanke, Bonns Stoßtrupp in Lateinamerika, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Nr. 9/Sept. 1971.

<sup>6)</sup> Ich habe mich in meiner Dissertation, aus der der vorliegende Aufsatz einen Teilaspekt herausnimmt, überwiegend mit den inländischen Aktivitäten beschäftigt, wobei besondere Aufmerksamkeit der Friedrich-Naumann-Stiftung, vor allem deren Verhältnis zur FDP und deren stationärer und regionaler Bildungsarbeit, gewidmet wurde. Die Arbeit wurde im Sommer 1976 als politikwissenschaftliche Dissertation an der Bonner Univer-

es sich nicht lediglich um einen „Trick“ handeln, dienlich, um „Kunden“ zu gewinnen, die sich (noch) scheuen würden, direkt mit der betreffenden Partei zusammenzugehen. Denn dieses Spannungsverhältnis zwischen Parteilichkeit (hier im engeren Sinne: Angebundenheit an eine Partei, institutionell und gefühlsmäßig) und „Offenheit“ ist ein strukturelles, weil die Stiftungen überwiegend aus staatlichen Mitteln finanziert werden und also die damit verbundenen Auflagen erfüllen müssen. So kann zum Beispiel kein Bürger, der eines der umfangreichen Bildungsangebote wahrnehmen will oder der — häufig kostenlose — Publikationen anfordert, mit der Begründung abgewiesen werden, er sei Mitglied der „falschen“ Partei, oder: er solle zunächst einmal Parteimitglied werden<sup>7)</sup>.

Die Stiftungen können also nur bedingt lediglich parteiöffentlich tätig sein.

Mittlerweile will sich aber auch keine dieser Organisationen mehr nur auf das Parteipublikum beschränken. Ich gehe hierauf zunächst ein, die Frage stellend, wodurch die angedeutete Sonderentwicklung im hiesigen Parteiensystem eigentlich eingeleitet wurde und wie sich die Stiftungen dann im einzelnen entwickelt haben.

Es folgt ein Überblick über die personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung der Stiftungen.

Das Herzstück der inländischen Aktivitäten, nämlich die politische Bildungsarbeit, wird daran anschließend beschrieben. Methoden und Inhalte variieren von Stiftung zu Stiftung. Im Schlußabschnitt soll die Bedeutung dieser Institutionen für das politische System der Bundesrepublik Deutschland eingeschätzt werden.

---

sität (Betreuer: Prof. Karl Dietrich Bracher) angenommen und erscheint unter dem Titel „Parteistiftungen“ in der Schriftenreihe zum Stiftungswesen Nr. 11 im Nomos-Verlag Baden-Baden 1977.

<sup>7)</sup> Adressen: KAS, Zentrale und Pressereferat: 5205 St. Augustin, Rathausstr. Politische Akademie Eichholz: Postfach, 5047 Wesseling/Eichholz, FES: Kölner Straße 149, 5300 Bonn-Bad Godesberg, FNS: Thomas-Dehler-Haus, Baunscheidtstr. 15, 5300 Bonn, Theodor-Heuss-Akademie: Postfach 340 129, 5270 Gummersbach, HSS: Lazarettstr. 19, 8000 München 19, HES: Gurlittstr. 3, 2300 Kiel, WDS: Sternstr. 44, 4000 Düsseldorf.

## II. Entstehung und Entwicklung der bundesweit tätigen parteinahen Stiftungen

### Friedrich-Ebert-Stiftung

Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* als die älteste Stiftung begann mit den Grabspenden Eberts 1925<sup>8)</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie wiedergegründet und vom Staat für das verlorengegangene Vermögen entschädigt. Mit der Berufung von Günter Grunwald 1956 zum Geschäftsführer der Stiftung begann die eigentliche expansive Phase, wobei die FES in fast allen Bereichen der Entwicklung ihren Konkurrenten vorgriff.

Sicher liegt die Bedeutsamkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht zuletzt in ihrer Einflechtung in das Gefüge parteilicher und gewerkschaftlicher Institutionen begründet. Ämterverschränkungen von Alfred Nau, dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Wilhelm Dröscher, Holger Börner, Bruno Friedrich, Günter Grunwald, Heinz Oskar Vetter, Walter Hesselbach u. a. sichern diesen Zusammenhang, über den es freilich keine verlässliche wissenschaftliche Untersuchung gibt. Wie schwierig eine solche Arbeit wäre, mag daran zu illustrieren sein, daß man sich trotz großer Hilfsbereitschaft im Archiv der SPD beim Parteivorstand nicht in der Lage sah, eine verbindliche Auflistung der außerparteilichen Ämter Alfred Naus zur Verfügung zu stellen. Dabei wäre eine Zusammenstellung der wechselseitigen personellen Verflechtungen ja nur ein sehr bescheidener Anfang einer solchen Arbeit. Alfred Nau war seit 1946 Schatzmeister der SPD und Mitglied des Parteivorstandes, seit 1958 Mitglied des Präsidiums. Auf dem Mannheimer Parteitag hat er im November 1975 diese Ämter zur Verfügung gestellt und wurde — als erster in der SPD überhaupt — ehrenamtliches Mitglied des Parteivorstandes. Er ist auch weiterhin stellvertr. Vorsitzender der „Kommission für Politische Bildung“, zusammen mit Bruno Friedrich; Vorsitzender ist Peter von Oertzen. Auf diese Weise ist, neben der Mitgliedschaft Holger Börners, des früheren Bundesgeschäftsführers im Vorstand der FES, sowie auch Heinz Kühns Vorstandstätigkeit, die personelle Verschränkung zwischen FES und SPD auf

<sup>8)</sup> Zur Gründung vgl. die von der FES herausgegebene Broschüre „Friedrich-Ebert-Stiftung, 1925 bis 1975“, Bonn-Bad Godesberg 1975.

der Spitzenebene gewährleistet. Ähnliches gilt für die „Konzentration GmbH“, der die Vermögens- und Grundstücksverwaltung obliegt. Deren langjähriger Geschäftsführer Fritz Heine steht der FES auch nach seiner Pensionierung Ende 1974 als Schatzmeister weiter zur Verfügung. Bei der der „Konzentration“ Ende 1971 ausgegliederten „Deutsche Druck- und Verlagsanstalten GmbH“ ist Alfred Nau Gesellschafter. Die Leitung ist mittlerweile auf seinen Nachfolger im Parteischatzamt, Wilhelm Dröscher, übergegangen, der als Mitglied des Vereins auch schon offiziell für die Stiftung tätig war<sup>9)</sup>.

Vielfältig sind auch die personellen Verzahnungen mit der Bank für Gemeinwirtschaft, deren Aufsichtsrat Alfred Nau früher vorsaß. Deren jetziger Vorstandsvorsitzender Walter Hesselbach ist zugleich Vorsitzender des Kuratoriums der FES. Stiftungsgeschäftsführer Günter Grunwald, von der internationalen Abteilung des DGB herkommend, ist gleichzeitig Geschäftsführer des Verbandes der Gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken (VGG), zu denen die BfG gehört.

Aufsichtsratsvorsitzender der BfG ist der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, dessen Berufung in den Vorstand der FES nun auch in personeller Hinsicht die engen Beziehungen zwischen DGB und FES dokumentiert. Willy Brandt würdigte in der Festgabe zum 65. Geburtstag Alfred Naus dessen Verdienste in diesem Bereich: „Unter denen, die innerhalb der Partei eine enge Verbindung zu den Gewerkschaften hatten, steht Alfred Nau an hervorragender Stelle.“<sup>10)</sup> Ludwig Rosenberg präziserte im gleichen Band in seinem Beitrag für den internationalen Bereich: „In der Bundesrepublik ist insoweit ein Anfang gemacht, als der Deutsche Gewerkschaftsbund die Entwicklungshilfe der Gewerkschaften mit einer

<sup>9)</sup> Vgl. die FES-Broschüre zum 50jährigen Bestehen der Stiftung, a. a. O., S. 57.

<sup>10)</sup> Willy Brandt, Alfred Nau zum 65. Geburtstag, in: Willy Brandt u. a., Solidarität, Alfred Nau zum 65. Geburtstag, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 12. Siehe auch Friedrich Heine (Hrsg.), Alfred Nau, Politische Willensbildung, Reden und Aufsätze. Mit Würdigungen zum 60. Geburtstag von Alfred Nau, Bad Godesberg 1966 sowie Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie, Bibliographie, Alfred Nau zum 60. Geburtstag, Bad Godesberg 1966.

Organisation koordiniert hat, die wie keine andere in der Bundesrepublik über Erfahrung, Organisation und Mitarbeiter verfügt, die für diese Aufgabe geeignet und vorbereitet sind: die Friedrich-Ebert-Stiftung."

Rosenberg, Vorgänger Vettters als DGB-Vorsitzender, ist übrigens Mitglied des Kuratoriums, wie auch eine Reihe weiterer Gewerkschaftler.

Meines Erachtens wäre aber die Bedeutung der Stiftung nicht hinreichend verdeutlicht, würde man die besondere inhaltliche Dimension ausblenden, die das Handeln der Hauptakteure, insbesondere Alfred Naus, bestimmt und die bewußtseinsmäßig den Grad der Gebundenheit, aber auch der Selbständigkeit der Stiftung zur Partei charakterisiert.

Es ging und geht um die Einlösung eines „Weimarer Vermächtnisses“, das mit dem Namen Friedrich Ebert genau gekennzeichnet ist<sup>11)</sup>. Die Demokraten sollen bestärkt werden, diesen ihren Staat gegen alle Feinde von links und rechts zu verteidigen. Und die SPD soll ihre Fortentwicklung zu einer staatstragenden Volkspartei sich durch niemanden gefährden lassen, weder von außen, noch von innen. Diese beiden Ziele hilft die FES verwirklichen; darin liegt ihr Auftrag. Dessen Umsetzung ist ablesbar an der personellen Zusammensetzung der Gremien, im Publikations- und Forschungswesen und in der Bildungsarbeit. Gerade weil die Stiftung einen programmatischen Anspruch vertritt, kann sie nicht zutreffend als lediglich formal von der SPD unabhängig beschrieben werden; Differenzen der FES zu Gliederungen, Gruppierungen und Personen in der SPD treten um so schärfer hervor, je stärker diese nicht mehr die Gewähr für einen so definierten Volkspartei-Kurs der SPD bieten.

<sup>11)</sup> Ludwig Rosenberg, Internationale Solidarität als gesellschaftliche Aufgabe, in: Brandt u. a., Solidarität, a. a. O., S. 33.

<sup>12)</sup> Vgl. Alfred Nau, Kämpfer für soziale Demokratie, Zum 50. Todestag des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, in: SPD-Pressedienst vom 26. 2. 1971. Der Schlußsatz des Artikels lautet: „Sie (die FES-H.V.) versteht ihre Arbeit nicht zuletzt als ein Bekenntnis zu den Idealen und Vorstellungen Friedrich Eberts, dem unser Volk unendlich viel verdankt.“ Daß Nau in besonderem Maße berufen ist, als Sachwalter Eberts aufzutreten, ist unbestreitbar. Denn Nau wurde schon 1928 Mitarbeiter beim Parteivorstand, stieg rasch zum „Meisterschüler“ des damaligen Parteischatzmeisters Konrad Ludwig auf und betreute schon seinerzeit die Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Friedrich-Naumann-Stiftung

Was den Kreis der Honoratioren angeht, so kann die zweitälteste Stiftung, die *Friedrich-Naumann-Stiftung*, mit der FES konkurrieren, wenn auch das Kuratorium mittlerweile ein wenig „entprofessoralisiert“ wurde und dafür nun stärker mit FDP-Mandatsträgern besetzt ist.

Die FNS wurde 1958 im Bundespräsidialamt unter der Führung von Theodor Heuss gegründet<sup>13)</sup>, der auch dafür sorgte, daß die neue Institution als Stiftung des privaten Rechts verfaßt wurde, während man bei den Konkurrenten die Form des eingetragenen Vereins vorzog, sich aber gleichwohl mit der imageförderlichen Bezeichnung „Stiftung“ schmückt. Heuss stellte auch die Gruppe der 15 Stifter zusammen, unter ihnen sieben Professoren.

Von der Parteiführung war, sieht man von dem damaligen Übergangsvorsitzenden Reinhold Maier ab (zwischen Thomas Dehler und Erich Mende), lediglich Hans Wolfgang Rubin dabei, von 1952 bis 1974 Schatzmeister seiner Partei. Er wurde nach den Professoren Erbe und Luchtenberg der bisher dritte Vorstandsvorsitzende. Er blieb dies auch, nachdem er auf dem Hamburger Parteitag der FDP 1974 durch H. H. Karry als Parteischatzmeister abgelöst wurde und somit auch aus dem Parteipräsidium ausschied. Vertreter der Führungsspitze sind zur Zeit im Vorstand der Stiftung (Hans Wolfgang Rubin, Martin Bangemann, Emil Frey, Georg Letz, Konrad Loew, Peter Mencke-Glückert und Werner Stephan) nicht vertreten, nachdem Martin Bangemann als Generalsekretär der FDP abtrat und schon vorher Walter Scheel, der stellvertretende Stiftungsvorsitzende war, sich nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten zurückzog<sup>14)</sup>.

<sup>13)</sup> Auf die Gründung der FNS gehe ich in meiner Dissertation ausführlich ein (vgl. Anm. 6). Einen Überblick geben zwei als Sonderdrucke herausgekommene Beiträge des ersten langjährigen Stiftungsgeschäftsführers, nunmehrigen Vorstandsmitgliedes, Werner Stephan. Vgl. Werner Stephan, Die Friedrich-Naumann-Stiftung, Entstehung und Entwicklung, Sonderdruck, herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung, sowie ders., 10 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung, 8 S., Bad Godesberg o. J. (1968).

<sup>14)</sup> Scheel lehnte es, im Gegensatz zu Heuss, ab, sich ins Kuratorium der Stiftung berufen zu lassen. Dies sei, so teilte er der Kuratoriumsvorsitzenden brieflich mit, „im Hinblick auf die mir durch mein Amt gebotene parteipolitische Zurückhaltung“ nicht möglich.

## Konrad-Adenauer-Stiftung

Mit prominenteren Parteimitgliedern hingegen ist der Vorstand der *Konrad-Adenauer-Stiftung* besetzt, dem Bruno Heck vorsteht<sup>15)</sup>.

Die KAS entstand 1964 aus einer Zusammenfügung der Politischen Akademie Eichholz (die seit 1956 unter maßgeblicher Mitarbeit Arnold Bergstraessers aufgebaut wurde, der — Ungeniertheit jener Jahre — gleichwohl ins Kuratorium der FNS berufen wurde) und dem seit 1962 bestehenden Institut für Internationale Solidarität<sup>16)</sup>.

Bruno Heck, im Juni 1976 für weitere zwei Jahre als Vorsitzender der Stiftung bestätigt, gilt als erfahrener Organisator<sup>17)</sup>. Ein freundschaftliches Verhältnis zu Helmut Kohl, der schon zu Barzels Zeiten mit im Vorstand der Stiftung saß, sichert Hecks Bemühen ab, die KAS mehr als eine bloße Serviceorganisation der CDU sein zu lassen; auch diese Stiftung ist kein Selbstbedienungsladen für Bundes- oder Landesführer der nahestehenden Partei. Ähnlich wie bei der FES sind freilich die Vereinsmitglieder fast sämtlich Mandatsträger der Partei. Dabei verfügt die KAS über kein Kuratorium, das, wie bei der FES und bei der FNS die gesellschaftliche Verankerung der Stiftung dokumentieren könnte.

Die KAS hat überhaupt erst in den letzten Jahren begonnen, sich als Stiftung geschlossen einer breiteren Öffentlichkeit hierzulande als Ansprechpartner zu präsentieren. Diese neuere Entwicklung hängt nun sicher auch

<sup>15)</sup> Weitere Vorstandsmitglieder sind: als stellvertretender Vorsitzender Manfred Wörner; Walther Leisler Kiep als Schatzmeister von Stiftung und Partei (wie Alphons Horten vor ihm), Kai-Uwe von Hassel, der die in Norddeutschland tätige Hermann-Ehlers-Stiftung führt; Konrad Kraske; Günter Rinsche.

<sup>16)</sup> Über die Konrad-Adenauer-Stiftung informiert verlässlich Giso Deussen, *Konrad-Adenauer-Stiftung, Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland* Nr. 47, Düsseldorf 1976. (Deussen leitet das Pressereferat der Stiftung.)

<sup>17)</sup> Heck war von 1952—58 Bundesgeschäftsführer, von 1967 bis 1971 Generalsekretär der CDU. Auch an seine Bedeutung als programmatischer Wortführer ist zu erinnern; er stellte sich als einer der ersten in der CDU der Brandtschen Demokratisierungs-Forderung und suchte, etwa auf der Linie von Hennis, hier grundsätzliche Unterschiede zwischen CDU und SPD darzutun. Zur Darlegung und Einschätzung dieser Bemühungen innerhalb der CDU vgl. Warnfried Dettling, *Demokratisierung: Wege und Irrwege*, Köln 1974.

mit der erst unter Kohl/Biedenkopf endgültig angenommenen Rolle der CDU als Oppositionspartei zusammen. Denn mit den hieraus abgeleiteten Aktivitäten (Mitgliederwerbung, Mitgliederaktivierung, „Entdeckung“ der Kommunalpolitik etc.) sind die Dienste der Stiftung gefragt.

## Hanns-Seidel-Stiftung

Da allerdings bei der CSU-nahen *Hanns-Seidel-Stiftung* eine ähnliche Entwicklung in den letzten beiden Jahren zu beobachten ist, könnte man auch auf eine „Konkurrenz-Profilierung“ der beiden Institutionen schließen, die als Reflex politischer Akzentsetzungen auf der Parteien-Ebene zu werten wären.

Die HSS scheint dabei mehr und mehr zum Integrator konservativer Strömungen und Gruppierungen zu werden. Eine wichtige Rolle kommt hierbei Otto von Habsburg zu. Er hat das 1974 gegründete „Institut für internationale Begegnungen und Zusammenarbeit“ (IBZ) der HSS<sup>18)</sup> mit ausgebaut und ist Vorsitzender eines „Beirats für außenpolitische Fragen“, in dem u. a. Alfons Dalma, Richard Jaeger, F. L. Graf Stauffenberg und F. J. Strauß Mitglieder sind<sup>19)</sup>.

Kontakte der Stiftung wurden nach Frankreich (bayerisch-französische Gesellschaft), Österreich, Italien (Vatikan), Belgien (EG), USA (Außenstelle Washington), Griechenland, Spanien und Portugal insbesondere geknüpft. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen, getragen vom IBZ und vom Bildungswerk der Stiftung, stehen Anstrengungen, die christlich-konservativen Parteien der Alpenregion (Bayern, Österreich, Südtirol, Liechtenstein, Schweiz) enger zusammenzuschließen. Ein erster Schritt, unternommen unter zumindestens organisatorischer Führung der HSS, bedeutet der Zusammenschluß „Junge Alpenregion“

<sup>18)</sup> Vgl. Otto von Habsburg, *Der erfolgreiche Start des IBZ*, in: *Hanns-Seidel-Stiftung* (Hrsg.), *Informationen* 1/75, S. 17 ff.

<sup>19)</sup> Vgl. o. Verf., *Fester Punkt*, in: *Der Spiegel* vom 3. 3. 1975. Auf meine Frage, ob v. Habsburg Leiter des IBZ und Vorsitzender jenes vom „Spiegel“ gemeldeten Gremiums sei, antwortete Stiftungsgeschäftsführer Lengl (Brief v. 11. 8. 1976): „Herr Dr. von Habsburg ist Berater der Hanns-Seidel-Stiftung für bestimmte Bereiche in außenpolitischen Fragen. Er befindet sich nicht in einem Angestelltenverhältnis bei der Hanns-Seidel-Stiftung. Die Leitung des Instituts für internationale Begegnung und Zusammenarbeit nehme derzeit noch ich selbst wahr.“

der Jugendorganisationen der christlich-konservativen Parteien jener Länder<sup>20)</sup>.

Von Habsburg — seit Mai 1973 als Nachfolger Coudenhove-Kalergis Präsident der Internationalen Paneuropa-Union — tritt als Mittler zwischen der Stiftung und einer Reihe von Organisationen auf — etwa den Vertriebenenverbänden —, bei denen er kontinuierlich als Referent und Publizist (z. B. der „Sudetendeutschen Zeitung“) tätig ist. Für dieses Zusammenwirken ein Beispiel: Bei der Internationalen Paneuropa-Union ist eine „Stiftung für Europäische Publizistik e. V.“ assoziiertes Mitglied, die als Trägerverein eine Sonderausgabe der monatlich ursprünglich von William S. Schlamm allein verfertigten „Zeitbühne“ herausgibt, so daß neben anderen Otto v. Habsburg als Mitherausgeber dieser 1976 im dritten Jahr erscheinenden „Zeitbühne“-Ausgabe S auftritt.

Von dieser Ausgabe werden laut Werbeprospekt „Monat für Monat (Steter Tropfen höhlt den Stein) Zehntausende von Heften an Einzelanschriften von Schülern“ geschickt, ausgehend von der Erkenntnis: „Man kann den Zeitgeist lenken.“ Die Verlagswerbung steht unter einem Strauß-Zitat: „Davon, ob

wir eine Wende herbeiführen, wird es abhängen, ob die Europäer in der nächsten Generation ihr Leben noch in Freiheit gestalten können.“ Das Angebot, in dem um Patenschaftsabonnements geworben wird, wird durch einen Zeitbühne-Buchdienst ergänzt, in dem Bücher von William S. Schlamm, Franz Josef Strauß, Helmut Schoeck, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Karl Steinbuch, Hans-Georg von Studnitz, Wolfgang Brezinka, Hermann F. A. Achminow und Helmut Schelsky angeboten werden. In seiner Zeitschrift setzt sich Schlamm unermüdlich dafür ein, daß Konservative nicht resignieren mögen, sondern innerhalb der CDU den Kampf aufnehmen sollten. Als Vorbild in taktischer Hinsicht werden die Jungsozialisten in der SPD hingestellt<sup>21)</sup>.

Bei der Hanns-Seidel-Stiftung ist der so sichtbare Wunsch nach bundesweiter und internationaler Wirksamkeit deswegen besonders auffallend, weil diese Stiftung zuvor eher bayerisch-parteiintern gearbeitet hatte und — zumindest außerhalb Bayerns — von den vier bundesweit tätigen Institutionen den geringsten Bekanntheitsgrad haben dürfte.

### III. Überblick über die personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung der Stiftungen

#### „Globalzuschüsse“

Die Gründung des HSS war praktisch eine Angelegenheit der damaligen CSU-Landespitze, wie Alf Mintzel durch Dokumente belegt<sup>22)</sup>. 1966 hatte das Bundesverfassungsgericht die seinerzeitig praktizierte umfassende staatliche Alimentierung der Parteien als verfassungswidrig bezeichnet<sup>23)</sup> und lediglich eine Wahlkampfkosten-Erstattung für zulässig erklärt. Das umstrittene<sup>24)</sup> Urteil brachte die

<sup>20)</sup> Vgl. Ewald Hundrup, Auf dem Wege zu einem vereinigten Europa/Die „Junge Alpenregion“ verabschiedet ihr Statut/Defensive Festung des Bewahrens und der Erhaltung der Werte, in: Münchner Merkur vom 8. 12. 1975.

<sup>21)</sup> So William S. Schlamm zum wiederholten Male in der „Zeitbühne“, Nr. 4/1976.

<sup>22)</sup> Vgl. Alf Mintzel, Die CSU, Anatomie einer konservativen Partei, Opladen 1975.

<sup>23)</sup> Zum Urteil siehe auch den Beitrag: Das Bundesverfassungsgericht zur Parteifinanzierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/66.

<sup>24)</sup> Vgl. z. B. Heinz Laufer, Zur staatlichen Finanzierung der politischen Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/66; Ernst Friesenhahn/Gerhard Jahn, Zur staatlichen Finanzierung der politischen Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/66; Gerhard Leibholz/H. J. Rink,

politischen Parteien in eine schwierige Lage. So erklärte Alfred Nau seinerzeit: „Nachdem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergangen war, mußten alle Parteien bestimmte politische Aktivitäten einschränken, die bei der Mitwirkung an der politischen Willensbildung kaum entbehrlich sind. Ich meine unter anderem die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit und die politische Bildungsarbeit.“<sup>25)</sup> In dieser Situation, als die demokratischen Parteien zudem mit dem Aufkommen der NPD und durch die Infragestellung seitens der außerparlamentarischen Opposition (APO) vor

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, 3. durchgesehene und durch einen Nachtrag erg. Auflg., Köln 1968, insbes. N (= Nachtrag), S. 103.

<sup>25)</sup> Interview im „Vorwärts“ vom 6. Juli 1967 mit Alfred Nau. Die Überschrift „Parteiengesetz mit Spareffekt“, basierend auf der Behauptung Naus, gegenüber der früheren staatlichen Regelung durch den Bundeshaushalt sei nun mit einer Reduzierung der staatlichen Aufwendungen an die Parteien um knapp 40 Prozent zu rechnen, ist vor dem Hintergrund der verstärkten Unterstützung der parteinahen Stiftungen insgesamt irreführend.

wichtigen Herausforderungen standen, fand man den Ausweg über eine verstärkte Finanzierung der Stiftungen. Die CSU beeilte sich deswegen, ebenfalls mit einer parteinahen Stiftung nachzuziehen.

Die Überlegungen, die nun in den Parteizentralen angestellt wurden, lassen sich durch das folgende Zitat aus dem Bereich der CSU/Hanns-Seidel-Stiftung verdeutlichen. „Ich bin der Meinung“, — so führte der damalige Generalsekretär der CSU, Max Streibl, vor seinem Landesvorstand am 30. 6. 1967 aus —<sup>26)</sup>, „wir können noch in diesem Frühjahr mit der Hanns-Seidel-Stiftung zu arbeiten beginnen. Wir haben konkret 1 Mill. DM zur Verfügung. Ich wäre Fritz Pirkl besonders dankbar, wenn wir die Kosten für einige Arbeiten, die wir bisher in der Partei getragen haben und die in die Hanns-Seidel-Stiftung hineinpassen, wie z. B. das gesamte Bildungsprogramm, das Kursprogramm der KPV (= Kommunalpolitische Vereinigung — H. V.) und der Jungen Union, die uns Tausende von Mark gekostet haben, nun über die Hanns-Seidel-Stiftung laufen lassen und zum Teil, so lang es in diesem Jahr erforderlich ist, auf sie übernehmen können. Auch das wäre für die Partei eine große Entlastung.“

Fritz Pirkl war mit der Gründung der Stiftung vom Landesvorstand der CSU beauftragt worden; er ist noch heute der erste Vorsitzende der Stiftung<sup>27)</sup>.

Die eine Million DM, von der Streibl spricht, stammt aus dem 1967 neu aufgemachten Titel „Zuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit“, der beim Bundesinnenminister (Einzelplan 06) untergebracht ist. Seinerzeit begann man mit insgesamt 9 Mio. DM, die auf die vier Stiftungen der im Bundestag vertretenen Fraktionen im Verhältnis 3,5 : 3,5 : 1 : 1 verteilt wurden. Mittlerweile liegt der Titel bei 42,23 Mio. DM für 1976. Eine weitere Erhöhung des Titels um 7,5 Mio. DM ist bereits vom Haushaltsaus-

<sup>26)</sup> Vgl. Mintzel, a. a. O., S. 352.

<sup>27)</sup> Fritz Pirkl ist bayerischer Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Es spricht für die, wie weiter unten dargestellt, erst seit kurzem aufgebene Beschränkung der Stiftungsaktivitäten auf den bayerischen und zudem unmittelbaren CSU-Raum, daß, anders als bei Heck, Rubin und Nau, im neuesten „Wer ist Wer“ (vgl. Walter Habel (Hrsg.), Wer ist wer?, XVIII. Ausgabe, Frankfurt 1975) die Stiftungsfunktion bei Pirkl nicht verzeichnet ist. Neben F. J. Strauß und CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gehören dem Vorstand der HSS noch die Herren Arnold, Althammer, Hort und Grillmeier an.

schuß des Deutschen Bundestags gebilligt worden. Die Freigabe der Gelder kann 1977 erfolgen. Die „Zuschüsse“ werden knapp unter der 50-Mio.-DM-Grenze liegen.

Was sind nun *Globalzuschüsse*? Dazu heißt es in den Erläuterungen zum Titel:

„Durch die Ausgaben sollen die ... (folgen die Namen der vier Stiftungen ohne Verweis auf Parteinähe) ... in die Lage versetzt werden, ihre politische Bildungsarbeit zu erweitern und zu intensivieren. Die Ausgaben werden den Stiftungen zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftlicher Zielsetzung vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung, Personal- und Verwaltungskosten einschließlich Einrichtungs- und Ausstattungskosten, Schaffung und Erweiterung von Bildungsstätten und anderem als Globalzuschüsse nach besonderen Grundsätzen zur Verfügung gestellt. Den Stiftungen können auch projektgebundene Zuschüsse aus anderen Titeln des Bundeshaushalts gewährt werden.“<sup>28)</sup>

Auf die Details dieser „besonderen Grundsätze“, die als „Besondere Bewirtschaftsgrundsätze“ vorliegen<sup>29)</sup>, ist hier nicht näher einzugehen<sup>30)</sup>. Zusammenfassend kann aber festgehalten werden, daß den parteinahen Stiftungen auf diese Weise ein größerer Handlungsraum als „normalen“ Zuwendungsempfängern eingeräumt worden ist. Sie können auf dem Gebiet der politischen Bildungs- und Forschungsarbeit weitgehend autonom tätig sein. Mit den „Globalzuschüssen“ ist der Staat quasi an die Stelle eines privaten Stifters getreten. Denn die Stiftungen können diese Gelder gegenüber anderen staatlichen Stellen als *Eigenmittel* angeben, in der Regel eine Voraussetzung, um zweckgebundene öffentliche Mittel zu erhalten. Es liegt also am Geschick der Finanzexperten der Stiftungen, die „Globalzuschüsse“ um weitere staatliche Gelder zu vermehren.

<sup>28)</sup> Vgl. Entwurf Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1976, Anlage zur Drucksache 7/4100, Einzelplan 06, Titel 68405, S. 34.

<sup>29)</sup> „Bewirtschaftsgrundsätze für Zuschüsse des Bundes aus Kap. 0602 Tit. 684 05 zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit“ (vom 13. August 1975). Sie sind vom Bundesinnenministerium im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesrechnungshof erlassen worden.

<sup>30)</sup> Ich muß hier wieder auf die Gesamtuntersuchung verweisen (Anm. 6).

Tabelle 1

Aufwendungen für die parteinahen Stiftungen aus dem Titel „Zuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit“ (1967—1976, in Mio. DM)

Jahr	KAS	FES	FNS	HSS	Gesamtsumme Mio. DM
1967	3,50	3,50	1,00	1,00	9,00
1971	5,57	5,94	2,89	1,60	16,00
1975	13,68	14,78	7,97	6,07	42,50
1976	13,67	14,71	7,93	5,88	42,23
Gesamtsumme 1967—1976	78,69	84,40	41,35	28,28	232,73
prozentualer Anteil	33,8	36,3	17,8	12,1	100 %
prozentualer Anstieg (Etat der Stiftung Stiftung 1967 = 100 %)	390	421	793	588	%

Quelle: Haushaltspläne des Bundes

Dabei besteht eine Konkurrenz der Stiftungen zueinander, die ihre Quellen deswegen ungern der Öffentlichkeit preisgeben. Hierin sind die Stiftungen aber wohl kaum eine Ausnahme gegenüber allen anderen Institutionen, die sich als „freie Träger“ finanzieren müssen. Weil dies so ist, ist keine einigermaßen abgesicherte Schätzung etwa darüber möglich, wie groß der Anteil bei den parteinahen Stiftungen zu der insgesamt in der Bundesrepublik angebotenen politischen Bildungsarbeit sein könnte. Die Finanzierungsquellen reichen von Bundes-, Landes-<sup>31)</sup> bis zu Kommunehaushalten, von Privatspenden, über Institutionenspenden bis zur Partizipation an „halb-öffentlichen“ Mitteln (Lotto/Toto, Überschufmittel etc.).

#### Finanzierungsanteil der Bundeszentrale für politische Bildung

Von insgesamt 4,56 Mio. DM, die die Bundeszentrale für politische Bildung 1975 für Fördermaßnahmen mit Trägern der politischen Bildung abrechnete, entfielen auf parteinahe Institutionen 1,455 Mio. DM, also nahezu ein

Drittel<sup>32)</sup>. Diese Bildungswerke sind in drei Dachverbänden zusammengeschlossen, nämlich — der christdemokratischen „Vereinigung politischer Bildungswerke e. V.“ mit folgenden Mitgliedern: Politisch-Soziale Bildungsstätte Königswinter; Politische Akademie Eichholz der KAS; Niedersächsisches Bildungswerk, Hannover; Karl-Arnold-Bildungsstätte, Bonn-Bad Godesberg; Hanns-Seidel-Stiftung, München; Robert-Tillmanns-Haus, Berlin; Bildungswerk des HSS, München; Seminar für sozial- und staatspolitische Bildungsarbeit der christlichen Arbeiterschaft in NRW, Köln;

— der sozialdemokratischen „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Bildungswerke e. V.“ mit folgenden Mitgliedern: August-Bebel-Institut, Berlin; Bayerisches Seminar für Politik, München; Bildungs- und Begegnungsstätte Altes Schloß Weidenberg, Bayreuth; Bremische Gesellschaft für Politik und Bildung; Bürgerforum Bayreuth; Demokratische Bildungsgemeinschaft Oberpfalz, Weiden; Demokratisches Bildungswerk Südwürttemberg-Baden, Friedrichshafen; Demokratische Bildungsgemeinschaft Nordniedersachsen, Stade; Die neue Gesellschaft, Hamburg; Gesellschaft

<sup>31)</sup> Hierzu ein Beispiel. 1966 gab es im Haushaltsplan des Landes Baden-Württemberg 48 Positionen für Mittel der politischen Bildung. Beispiel bei Herbert Schneider, Staat und politische Bildung, in: Theodor Pfizer (Hrsg.), Bürger im Staat, Politische Bildung im Wandel, Stuttgart 1971, S. 149.

<sup>32)</sup> Ein weiteres Viertel der Aufwendungen erhalten die konfessionsnahen Träger, während zwischen je 10 und 15 % an die Europa-Einrichtungen, die gewerkschaftlichen Einrichtungen („Arbeit und Leben“ des DGB), sowie an ungebundene Bildungswerke entfallen. Knapp 60 000 DM bekommen Landsmannschaften.

für Politik und Bildung Schleswig-Holstein, Haus Seehof, Malente; Hessische Tribüne, Kassel; Neue Gesellschaft Niederrhein, Düsseldorf; Politische Bildungsgemeinschaft, Braunschweig; Politisch-Wissenschaftliches Bildungszentrum, Haus Neuland, Sennestadt; Sozialistische Bildungsgemeinschaft, Hessen, Frankfurt; Staatsbürgerliche Bildungsgemeinschaft Weser-Ems, Oldenburg; Staatsbürgerliches Bildungszentrum Schloß Schley, Bayreuth; Verein für staatsbürgerliche Bildungsarbeit in der Pfalz, Neustadt; Verein für staatspolitische und jugendpolitische Bildung, Grünstadt; Verein für Volksbildung, Bremen; Verein für Volksbildung, Saarbrücken; Verein für Volksbildung und Jugendpflege, Landau; Zentralausschuß für sozialistische Bildungsgemeinschaften Nordrhein-Westfalen, Bonn.

— der „Vereinigung liberaler Bildungseinrichtungen e. V.“ mit folgenden Mitgliedern: Liberales Bildungswerk (Jungdemokraten) Bonn; Wolfgang-Döring-Stiftung, Düsseldorf; Liberale Internationale, Deutsche Sektion, Bonn; Verband Liberaler Akademiker, Bonn; Katholisch-Liberaler Arbeitskreis, Bonn; Liberale Gesellschaft von 1965, Bremen; Freie Gesellschaft zur Pflege staatsbürgerlichen Bewußtseins, Hamburg; die Gesellschaft der Freunde und Förderer der FNS, Bonn.

Die parteinahen Stiftungen KAS, HSS, FES und FNS treten gegenüber der Bundeszentrale für politische Bildung eigenständig auf.

Innerhalb der parteinahen Institutionen dominieren durchweg die Stiftungen, wie die folgende Übersicht zeigt.

Demnach erhielten 1975 von der Bundeszentrale für Bildungsmaßnahmen

— der christdemokratische Dachverband 100 000, die Konrad-Adenauer- und die Hermann-Ehlers-Stiftung 350 000 DM;

— der sozialdemokratische Dachverband 420 000 DM, die Friedrich-Ebert-Stiftung 465 000 DM;

— der liberale Dachverband 30 000, die Friedrich-Naumann-Stiftung 110 000 DM.

Anzumerken bleibt zu diesem Bereich noch ein Sachverhalt, der die zur Entwicklung der Hanns-Seidel-Stiftung angegebenen Beobachtungen abstützt: Für 1976 hat sich diese Institution erstmalig ebenfalls als Partner beworben. 50 000 DM sind „reserviert“, eine Summe, die sich in den nächsten Jahren erheblich erhöhen dürfte, sofern die Stiftung innerhalb der Richtlinien abrechnen kann. Sie muß demnach in mindestens drei Bundesländern tätig sein oder aber Teilnehmer aus mindestens drei Bundesländern vorweisen können, wobei das Hauptkontingent (in diesem Fall: die Teilnehmer aus Bayern) einen Anteil von 49 % nicht übersteigen darf<sup>33)</sup>. Offensichtlich will sich die Stiftung also, nach der Einweihung ihrer Bildungsstätte in Wildbad Kreuth, stärker um Veranstaltungen mit bundesweiter Resonanz bemühen.

#### Gesamtüberblick über die personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung der parteinahen Stiftungen

Die nachfolgenden beiden Tabellen Nr. 2 und Nr. 3 geben hierzu einige Informationen. Im übrigen ist auf die Gesamtuntersuchung hinzuweisen (vgl. Anm. 6).

<sup>33)</sup> Ich habe Herrn Fronober von der Bundeszentrale für seine freundliche Hilfe zu danken.

Tabelle 2

Überblick über Gesamtetats 1975 (in Mio. DM) und Mitarbeiterzahl (Stand 31. 12. 1975) parteinaher Stiftungen

Institutionen	Sitz	Mitarbeiter	Gesamtetat	davon Inland
Konrad-Adenauer-Stiftung	Bonn	330	66,8	25,8
Friedrich-Ebert-Stiftung	Bonn	441	77,4	36,6
Friedrich-Naumann-Stiftung	Bonn	165	26,4	10,35
Hanns-Seidel-Stiftung	München	63	7,4	6,9
Wolfgang-Döring-Stiftung	Düsseldorf	6	0,73	0,73
Hermann-Ehlers-Stiftung	Kiel	24	1,5	1,5

Quelle: Angaben der Stiftungen

## Zur Bildungsarbeit der parteinahen Stiftungen

Merkmal	KAS	FES	FNS	HSS
Internatsplätze	110	750	70	85
Standort	Eichholz	Ahrensburg, Bad Münster- eifel, Bergneustadt, Herdecke, Freudenberg, Würzburg, Kochel (Bayern), Saarbrücken, Schömberg/ Calw	Gummersbach	Wildbad Kreuth
Außenarbeit	Bildungswerk (im Aufbau)  Außenstellen in Bonn, Dortmund, Freiburg, Mainz, Stuttgart	Abteilung „Gesellschafts- politische Information“ (Bonn)	FNS-Inland (Bonn) und Landes- und Regional- büros	Bildungswerk (München) durch Bayern „wandernd“
Teilnehmer, hausgebunden (jährlich)	3 000	31 000	2 400	3 000
Teilnehmer, haus- ungebunden (jährlich)	20 000	25 000	23 000	15 000

IV. Inhalte und Methoden der politischen Bildungsarbeit  
parteinaher Stiftungen

Nachfolgend werden zunächst die Aktivitäten der christdemokratischen Stiftungen, nämlich der KAS, der Hermann-Ehlers-Stiftung und der HSS, geschildert. Dann gehe ich auf die FES und anschließend auf die liberale Bildungsarbeit der FNS und der Wolfgang-Döring-Stiftung ein.

Die Tabelle 3 zeigt, daß die vier bundesweit tätigen Stiftungen ihre Bildungsangebote sowohl stationär, d. h. in Akademien bzw. Heimvolkshochschulen anbieten, als auch zum „Kunden“ kommen („hausungebundene Bildungsarbeit“).

In der Darstellung wird dieser Unterscheidung, die bei den meisten Stiftungen auch organisatorisch ihren Niederschlag gefunden hat (z. B. durch die Existenz zweier Abteilungen), gefolgt. Dabei wird jeweils zunächst die stationäre Bildungsarbeit präsentiert.

**Konrad-Adenauer-Stiftung**

Innerhalb der *Konrad-Adenauer-Stiftung* agiert die *Politische Akademie Eichholz* unter ihrem Leiter (seit 1966) Bernhard Gebauer recht selbständig. Die Akademie, bei Wesseling nahe der Autobahn Köln/Bonn verkehrs-

günstig gelegen, war auch der historische Ausgangspunkt der Stiftungsentwicklung.

Als Auftrag der Akademie wird herausgestellt, Bürgern, die sich für christlich-demokratische Politik interessieren, möglichst umfangreiche Informationen zu vermitteln, die Voraussetzungen und Begründungen für politisches Entscheiden und politisches Handeln aus christlicher Verantwortung verständlich zu machen und möglichst viele Menschen an die politische Arbeit heranzuführen. „Deshalb steht das Zusammenwirken von politischer Praxis und politischer Bildung im Zentrum ihrer Tätigkeit.“<sup>34)</sup>

Dies geschieht von Eichholz aus im wesentlichen auf dreierlei Weise:

1. Es werden Seminare für den politischen Nachwuchs durchgeführt.
2. Daneben finden auf unterschiedlichem Anspruchsniveau und mit verschiedenen Trägern und Teilnehmerkontingenten Veranstaltungen zur politischen Bildung statt.
3. Darüber hinaus bemüht man sich durch Forschungsvorhaben, Arbeitsgruppen und Publikationen, mit den eigenen Konzeptionen sowohl regional in die Stiftung, als auch in benachbarte Institutionen (z. B. die Hermann-Ehlers- sowie die Hanns-Seidel-Stiftung, vgl. weiter unten) hineinzuwirken und innerhalb der CDU/CSU zur programmatischen Debatte beizutragen.

Verständlicherweise hat bei den konkurrierenden Stiftungen insbesondere das *Programm zur Nachwuchsschulung* lebhaftes Interesse erweckt, dem die Akademie durch eine Publikation entsprochen hat<sup>35)</sup>.

Das Angebot besteht aus mittlerweile drei Themenkomplexen. Seit 1960 gibt es das „Politische Seminar“, seit 1967 das „Wirtschaftspolitische Seminar“ (mit wechselnder Bezeichnung) und seit 1969 das „Kommunalspolitische Seminar“ (mit wechselnder Bezeichnung).

<sup>34)</sup> Jahresbericht der KAS 1975, S. 25.

<sup>35)</sup> Bernhard Gebauer, Ziele der Politischen Bildung der Politischen Akademie Eichholz, in: Norbert Chauvistré u. a., *Moderne Formen politischer Erwachsenenbildung, Drei Curriculum-Ansätze in der Bewährung, Reihe: Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschehen*, Bd. 17, Bonn 1975, S. 11. „Intention der einzelnen Artikel dieses Bandes ist es also nicht nur, einen Einblick in die Seminararbeit der Akademie zu vermitteln, sondern wir wollen uns damit auch an der gegenwärtigen Curriculum-Diskussion beteiligen...“

Die Seminare sind als Curricula angelegt. Sie enthalten jeweils vier Stufen, insgesamt sieben Wochen. Die Teilnehmer schreiben am **Ende** einer jeden Phase Abschlußklausuren, auch Zulassungsarbeiten zur nächsten Stufe sind in der Regel Pflicht. Wer alle Stufen erfolgreich absolviert hat, erhält ein Zertifikat. Das „Grundseminar“ soll für Teilnehmer und Veranstalter ein gegenseitiger Test sein; etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmer kommt zum anschließenden Mittelseminar I, von wo an die Schwundquote zu den nächsten beiden Stufen etwa 10 % beträgt<sup>36)</sup>. 300 Absolventen sind mittlerweile vorhanden, darunter einige, die alle drei Seminarreihen besuchten.

Für die Absolventen werden gesonderte Tagungen abgehalten, auch, um deren Zusammenhang zu stärken. Für kontinuierliche Information aller ehemaligen Teilnehmer an Veranstaltungen der Politischen Akademie Eichholz sorgt der „Eichholz-Brief“.

Zur Herkunft der Teilnehmer an den Seminaren wird angemerkt, es bestehe eine Diskrepanz zwischen Intention und Realität. Man habe nämlich Teilnehmer des unteren Drittels der Beschäftigungspyramide in besonderem Umfang erreichen wollen, aber: „Studenten machen mit etwa einem Drittel der Teilnehmer die größte Gruppe aus, gefolgt von den Angestellten aus Industrie, Handel, Banken und öffentlichem Dienst, mit zusammen etwa 25 %. Die dritte größere Gruppe stellen die Beamten dar, während sich der Rest auf Schüler, Selbständige, freiberuflich Tätige, Soldaten, Auszubildende, Hausfrauen und Arbeiter verteilt.“<sup>37)</sup> Die Seminare sind für Teilnehmer zwischen 15 und 35 Jahre gedacht. Die meisten Teilnehmer sind zwischen Anfang und Mitte zwanzig<sup>38)</sup>.

Zur Zeit ist man bestrebt, die Kapazitäten in Eichholz von den Grundseminaren zu entlasten und diese auszulagern. Nachdem die Hanns-Seidel-Stiftung sich ab 1974 einer Zusammenarbeit in diesem Bereich entzog, hat man nun in der Hermann-Ehlers-Stiftung im norddeutschen Raum und in Berlin sowie in dem eigenen, im Aufbau befindlichen Bil-

<sup>36)</sup> Mdl. Mitteilung Chauvistré.

<sup>37)</sup> Manfred von Krüchten, *Das Wirtschaftspolitische Seminar*, in: Chauvistré u. a., *Moderne Formen der politischen Erwachsenenbildung*, a. a. O., S. 100. Diese Angaben beziehen sich auf einen Seminartyp, nämlich das wirtschaftspolitische Seminar. Sie dürften aber auch auf die anderen übertragbar sein.

<sup>38)</sup> Mdl. Mitteilung Chauvistré.

derungswerk, das im mittleren Raum der Bundesrepublik arbeitet, zwei Institutionen, die begonnen haben, Grundseminare anzubieten. Neben dieser Nachwuchsausbildung bemüht man sich um „Beiträge zur politischen Information und Meinungsbildung zur Verwirklichung der Demokratie auf der Grundlage christlicher Verantwortung“<sup>39)</sup>.

Dies geschieht auf unterschiedliche Weise, von der Veranstaltung mit Zielgruppen, häufig mit einem Co-Veranstalter, bis zur großen wissenschaftlichen Arbeitstagung.

Beispiele aus dem Jahresbericht der Stiftung von 1975 (Mitte 1976 erschienen): Es fanden sechs wissenschaftliche Arbeits- und Expertentagungen statt, ferner 15 Studientagungen, die zielgruppenorientiert erfolgten, z. B. mit Krankenschwesternschülerinnen, Elternbeiräten, Polizeiangehörigen, Lehrern, Jugendoffizieren. 11 Fachtagungen fanden statt, insbesondere zum Nutzen interessen- oder fachspezifischer Gruppierungen innerhalb der CDU. So hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU in Zusammenarbeit mit der Akademie „praxisnahe Seminare zur kommunalen Pressearbeit“<sup>40)</sup> abgehalten. Erwähnenswert sind noch sogenannte europäische internationale Bildungs- und Informationsveranstaltungen, von denen 19 mit insgesamt über 450 Teilnehmern stattfanden, die meisten in Berlin.

Das *Bildungswerk* der Konrad-Adenauer-Stiftung entstand in Zusammenarbeit mit der Akademie Eichholz. Es besteht aus den Außenstellen in Dortmund und in der Karl-Arnold-Bildungsstätte in Bonn-Bad Godesberg, die sich besonders auf Schülerarbeit spezialisiert hat. Daß der Erfolg der Schüler-Union an den bundesdeutschen Schulen nicht von ungefähr kommt, verdeutlicht ein Photo aus dem Jahresbericht der KAS 1975, das zwei Funktionäre der Jungen Union, darüber deren Vorsitzenden Matthias Wissmann, zeigt, flankiert vom Bundessprecher der Schüler-Union, Christoph von Bülow. Im Bildtext dazu heißt es u. a.: „Nachhilfeunterricht“ für die zukünftigen Staatsbürger erteilt die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihren Kursen für Schüler.“<sup>41)</sup>

Zusammen mit der Karl-Arnold-Bildungsstätte wird seit 1974 ein Schülerpressedienst („Schülerpresse aktuell“, monatlich in 4 000 Exem-

pl.) herausgegeben. Seit 1975 wird ein Seminarprogramm für Schüler angeboten. Auf Wochenendveranstaltungen werden politische Grundbegriffe und bildungspolitische Themen referiert. Außerhalb der Bildungsstätte in Bonn-Bad Godesberg fanden zudem 1975 noch 20 Doppelwochenend-Seminare zu, wie es hieß, Themen des Schulalltags statt<sup>42)</sup>.

Hinzu kommen drei 1975 aufgemachte Außenstellen in Freiburg, Stuttgart und Mainz. Das besondere Schwergewicht auf Baden-Württemberg, Schauplatz der letzten Landtagswahlen 1976 vor der Bundestagswahl, muß kein Zufall sein.

Die Stuttgarter Außenstelle wird von Gerd Langguth MdB geleitet, der Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und Vorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg ist.

Weitere Außenstellen sollen in Hessen und im Saarland eröffnet werden.

Ein Tutor, im Zuge einer gewissen Verselbstständigung des Bildungswerks gegenüber der Akademie zum Leiter avanciert, sitzt in Eichholz. Er ist für die Programm- und Finanzkoordination zuständig und rechnet schon für 1976 mit etwa 20 000 Teilnehmern<sup>43)</sup>.

Sowohl über die endgültige Konzeption als auch über die Organisation des Bildungswerkes besteht noch keine Klarheit. Man ist im Stadium der Erprobung.

Sicher ist, daß keine neuen regionalen Stiftungen geschaffen werden sollen. Andererseits macht aber eine stärkere regionale Arbeit auch eine vermehrte Koordination auf Landesebene notwendig; nach regionalen Gesichtspunkten zusammengesetzte Beiräte werden die Außenstellen bei der Aufstellung ihrer Programme unterstützen. Die Zentrale in Eichholz hat für eine Verknüpfung der Außenstellen untereinander zu sorgen. Bei diesen werden wohl auch, dem Vorbild der Hermann-Ehlers-Stiftung folgend, Gesprächskreise eingerichtet.

Im Jahresbericht der KAS 1975 heißt es zum Selbstverständnis des Bildungswerks:

„Das Bildungswerk versucht über seine Außenstellen, in einer Informationsüberflußgesellschaft durch Informationsverarbeitung einen Beitrag zur politischen Integration zu lie-

<sup>39)</sup> Gebauer, Vorwort in: Chauvistré u. a., *Moderne Formen der Erwachsenenbildung*, a. a. O., S. 11.

<sup>40)</sup> Jahresbericht der KAS 1975, S. 32.

<sup>41)</sup> A. a. O., S. 40.

<sup>42)</sup> Ebenda.

<sup>43)</sup> Mdl. Mitteilung Günther Rüter, Tutor/Leiter des Bildungswerkes. (Der Grad der Selbständigkeit des Bildungswerks gegenüber der Politischen Akademie Eichholz scheint noch nicht festzustehen.)

fern und damit das Wechselspiel einer freiheitlichen Gesellschaft zwischen Konsens und Konflikt in der politischen Bildung verständlich zu machen und einzuüben." 44)

Diese Integrationsleistung wird auf drei Ebene angestrebt

— Integration innerhalb der Stiftung (die Außenstellen vertreten die Stiftung gegenüber der Öffentlichkeit als regionale Ansprechpartner)

— Intergration innerhalb der Partei

— Integration des politischen Vorfelds der Partei einschließlich Hereinführung in die Partei (die Werbung von Parteimitgliedern über die Bildungsarbeit wird ausdrücklich genannt) 45).

Im Mittelpunkt der Arbeit soll, so meinte der Stiftungsvorsitzende 46), die kommunalpolitische Ausbildung stehen. „Bildungsarbeit im vopolitischen Raum“, die einen „Weg zur aktiven Öffentlichkeit“ ebne, von anderer Seite als vorrangiges Arbeitsziel propagiert 47), dürfte hingegen weniger im Zentrum der Bemühungen sein.

Tabelle 4

Teilnehmer an Veranstaltungen der KAS (Akademie Eichholz) 1970—1975

Art	Jahr				
	1972	1970	1971	1974	1975
stationär	3 610	3 061		2 239	
flexibel	12 397	11 132		13 629	
Gesamt	16 007	14 193	15 839	15 858	21 594

Quelle: Jahresberichte der KAS

44) Jahresbericht der KAS 1975, S. 37.

45) A. a. O., S. 38.

46) Mdl. Mitteilung von B. Heck.

47) Vgl. Günther Rütter, Bildungsarbeit im vopolitischen Raum — ein Weg zur aktiven Öffentlichkeit, in: Eichholz-Brief Nr. 3/75, S. 29—31.

Es ist die Frage zu stellen, was hier unter „vopolitischen Raum“ verstanden wird. Sicherlich zählt das Angebot, ähnlich wie bei der FES, an Gruppen und Verbände dazu: „Sollten Sie Interesse an einem Seminar für eine geschlossene Gruppe haben, so sind wir gerne bereit, Ihnen bei der Erstellung der Konzeption und der Auswahl der Referenten behilflich zu sein. Die Wahl von Termin, Ort und Leitthematik steht Ihnen frei. Über die Finanzierung werden wir uns sicher verständigen können“. So in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk (Hrsg.), Programm für Baden-Württemberg, 1. Jahresh., S. 5). An eine Zusammenarbeit und Förde-

## Hermann-Ehlers-Stiftung

Die HES ist in finanziell 48) und personell 49) der KAS verbunden, konzeptionell aber unabhängig. Seit 1968 50) ist sie in Schleswig-Holstein, mittlerweile auch in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Berlin tätig.

Die Stiftung ist, nachdem ihre Studentenwohnheime in Osnabrück 51), Oldenburg 52) und Hamburg im Sommersemester 1976 bezugsfertig sind, mit ihren dann fünf Studentenheimen der größte freie Träger von Studentenwohnheimen 53).

Unmittelbar neben den Studentenwohnheimen befinden sich Akademien bzw. Kommunikationszentren (je nach Ausstattung) der Stiftung, in denen Bildungsveranstaltungen angeboten werden. Hier finden Seminare — u. a. werden auch Grundseminare der drei Eichholzer Reihen offeriert — sowie Abendveranstaltungen statt. Letztere werden durch die erwähnten Gesprächskreise vorbereitet, die als Ausdruck und Instrument einer Öffnung der Arbeit über

rung mit und von Bürgerinitiativen ist nicht gedacht; die Gefahren von Aktionismus (was nichts mit politischer Bildung zu tun habe) und Desintegration statt Integration werden angeführt (mdl. Mitteilungen von Heck und Rütter).

48) Die Stiftung hat Gesamteinkommen von rund anderthalb Mio. DM, von denen über die Hälfte aus den Globalmitteln der KAS stammen.

49) Neben v. Hassel gewährleistet durch Bernhard Gebauer, den Leiter der Akademie Eichholz, als Beisitzer im Vorstand der HES, sowie Heinrich Barth, den Leiter des Instituts für Begabtenförderung der KAS, als Vorsitzenden des Kuratoriums der HES, dem mit Günter Rinsche ein weiteres Vorstandsmitglied der KAS und mit Gerd Langguth ein weiterer Mitarbeiter der KAS angehören.

50) Die Satzung wurde am 22. März 1968 gebilligt. Die Stiftung heißt mit vollem Namen „Hermann-Ehlers-Stiftung für staatsbürgerliche Bildung und Begabtenförderung e. V.“, hat aber die in § 2 („Zweck des Vereins“) festgelegten Zwecke c) („begabte und charakterlich geeignete junge Menschen zu fördern“) und e) („wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen“) der KAS überlassen.

51) Nach einem Informationsprospekt der Stiftung konnte das Hermann-Ehlers-Haus Osnabrück ab 1. Mai 1976 erstmals belegt werden. 267 Einzelzimmer, 28 Appartements für Ehepaare und 12 Appartements für Ehepaare mit Kind stehen zur Verfügung. Interessenten haben sich einem Auswahl Ausschuss persönlich vorzustellen.

52) Nach einem Informationsprospekt der Stiftung konnte das Hermann-Ehlers-Haus Oldenburg ab 1. Mai 1976 erstmals belegt werden. Es handelt sich um 164 Einzelzimmer und 13 Appartements für Ehepaare (aktuelle Kosten: 138,60 DM bzw. 252,20 DM).

53) Mdl. Mitteilung durch v. Hassel.

den Parteirahmen hinaus<sup>54)</sup> angesehen werden können.

An der Akademie Kiel gibt es zur Zeit elf solcher Gesprächskreise, von „Agrarpolitik“ über „Ideologiekritik“ bis zu „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die sich in unregelmäßigen Abständen zwischen drei- und neunmal im Jahr zu Beratungen treffen. Sie kooptieren ihre Mitglieder meistens im Einvernehmen mit dem Akademieleiter und planen bei ihren Zusammenkünften Abendveranstaltungen der Akademie. An der Gestaltung des Seminarprogramms hingegen wirken die Gesprächskreise in der Regel nicht mit, denn „ihre Stärke liegt in der Konzeption, nicht in der Durchführung“<sup>55)</sup>.

Das Schwergewicht der Veranstaltungen, mit denen 1975 etwa 16 000 Menschen angesprochen werden konnten, liegt auf den Abendveranstaltungen.

Vereinzelt werden auch Publikationen vorgelegt<sup>56)</sup>.

### Hanns-Seidel-Stiftung

Eigenwilliger als die HES tritt gegenüber der KAS zweifellos die HSS auf. Die Bildungsarbeit dieser Stiftung wird durch das Bildungswerk und, auf anderer Ebene, durch die Akademie für Politik und Zeitgeschehen, wahrgenommen.

Das Bildungswerk „wandert“ alljährlich durch die bayerischen Regierungsbezirke. Es zieht mit einem weitgefächerten Angebot von Themen durch die bayerischen Dörfer und Städte, so daß die Themenangebote ‚flächendeckend‘ erfolgen. Keine andere parteinahe Stiftung erreicht in dieser Beziehung etwas Ähnliches.

<sup>54)</sup> Man bemüht sich um Koordination mit den Landesverbänden. So würden wichtige Personalentscheidungen der Stiftung, wie die Besetzung eines Akademieleiter-Postens mit der Führung der Landespartei abgesprochen (mdl. Mitteilung v. Hassel).

<sup>55)</sup> Schriftl. Mitteilung durch HES-Akademieleiter Walter Bernhardt.

<sup>56)</sup> Für Öffentlichkeitsarbeit sind nur 4% des Etats veranschlagt (schriftl. Mitteilung der Stiftung). So wurde die zur Eröffnung der Hermann-Ehlers-Akademie Hannover am 12. September 1975 von Wilhelm A. Kewenig gehaltene Festansprache publiziert: Hermann-Ehlers-Akademie (Hrsg.), Wilhelm A. Kewenig, Die Universität von heute, Gedanken zur Freiheit der Wissenschaft als Grenze des staatlichen Geltungsanspruchs, Kiel, o. J.

Im Herbst des Jahres haben sich die Möglichkeiten des Bildungswerkes durch die Eröffnung der Bildungsstätte in Wildbad Kreuth erheblich ausgeweitet. Die Rhetorikkurse beispielsweise können nun mit technischem Aufwand<sup>57)</sup> in Wildbad Kreuth durchgeführt werden.

Auf regionaler Ebene hat das Bildungswerk 1975 160 Seminare mit fast 500 Seminartagen durchgeführt. Mehr als die Hälfte der Veranstaltungen (60%) waren als Mehrtages-Seminare angelegt<sup>58)</sup>. 16 Mitarbeiter stehen zur Verfügung.

Das umfangreiche Themenangebot ist in zwei Gruppen unterteilt; in „Fachpolitische Seminare“ und „Arbeitsseminare“. Erstere sind zielgruppenorientiert, letztere sollen politisch Einsatzwillige mit Hilfe von Rhetorik-, Geschäftsordnungs- und Presseseminaren auch politisch einsatzfähig machen. Es ist wohl kein Zufall, daß man 1976, im Wahlkampfjahr, die Kapazität in diesem Bereich um rund 40% ausgeweitet hat.

Inhaltlich möchte man, so heißt es leitmotivisch, „der drohenden Unsicherheit entgegenwirken.“<sup>59)</sup>

<sup>57)</sup> In der Presseberichterstattung zur Eröffnung der „Alpen-Universität der CSU“ (Süddeutsche Zeitung) wurde die technische Ausrüstung des Bildungszentrums ganz besonders hervorgehoben. Vgl. Herbert Riehl-Heyse, Aus den Bergen ruft's: „Wo wir sind, ist oben“, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. Sept. 1975, Hans Wagner, Die CSU-Stiftung zieht ins Wittelsbacher Schloß, in: Die Welt vom 26. Sept. 1975, Ludwig M. Tränkner, Hausputz für die Politik, in: Die Zeit vom 3. Okt. 1975. In den „Mitteilungen für Presse, Funk und Fernsehen“, Nr. 17/75 vom 26. Sept. 1975 berichtet die Hanns-Seidel-Stiftung: „... besonderes Interesse gilt dem mit Kamera und Videorecorder ausgestatteten Rhetorikraum. Hier können Diskussions- und Rednerschulungen durch simulierte Störungen (Scheinwerferlicht, Zwischenrufe usw.) erschwert, nach neuesten Erfahrungen praktiziert werden.“

<sup>58)</sup> Hanns-Seidel-Stiftung, Bildungswerk (Hrsg.), Jahresprogramm 1975, S. 5.

<sup>59)</sup> Fritz Pirkel, bayerischer Staatsminister und Vorstandsvorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, hat sein Vorwort im Jahresprogramm des Bildungswerkes für 1974 mit „Die Bundesrepublik in der Krise“ überschrieben, und spricht von „vielfältigen Unsicherheiten“, die die politische Lage der Bundesrepublik kennzeichneten. Auch 1975 zeigt sich Pirkel in seinem Vorwort beunruhigt: „Nach wie vor ist die politische Lage in unserem Land nur mit zunehmender Besorgnis zu beobachten.“ 1976 bemerkt der Direktor des Bildungswerkes, Christoph Röder, an der gleichen Stelle: „Unser Bürger hat — soweit er politisch zu denken vermag — schlichtweg Angst vor einer schleichenden Veränderung unseres demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaates.“

Die Kommentierung des Seminarangebots verdeutlicht, warum sich die Zusammenarbeit zwischen der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung zunehmend schwieriger gestaltete.

Fast durchgängig durch das Jahresprogramm des Bildungswerkes ziehen sich Bemerkungen, die eine Frontstellung gegen die „Verfechter eines spätmarxistischen Klassendenkens“<sup>60)</sup> anzeigen; in keinem Bildungsprogramm einer anderen parteinahen Stiftung fanden sich so viele Hinweise auf „Kontra-Positionen“.

So sollen die Seminare für Wirtschafts- und Mittelstandspolitik dazu beitragen, daß die berufliche Bildung „kein Tummelplatz für marxistische Ideologen“<sup>61)</sup> wird. Die Agrarseminare sollen mithelfen, daß „das Eigentum in der gesamten Landwirtschaft nicht sozialistischen Systemveränderern durch Propaganda zum Opfer (fällt)“<sup>62)</sup>. 16 Seminare sind hierfür vorgesehen. Sieben weitere wenden sich speziell an die Landjugend.

16 Seminare sind für Polizeibedienstete reserviert, denen die Frage gestellt wird, „ob die innere Sicherheit durch die Liberalisierung des Strafrechtes, die die Verrohung und Brutalität der Gewalttäter gefördert hat, in der Zukunft gewährleistet ist. Die wirtschaftliche Instabilität, die eine kaum für möglich gehaltene Arbeitslosigkeit nach sich zieht, ist ebenso wenig eine Garantie für die Innere Sicherheit wie die Verbrechen der Linksextremisten und Systemveränderer.“<sup>63)</sup>

1975 fanden weitere Seminare für Bedienstete der bayerischen Vollzugsanstalten der Justiz statt, wozu in den Seminarerläuterungen festgestellt wird, die Diskussion über Sinn und Zweck des Strafvollzugs sowie seine Gestaltung werde leider vielfach unsachlich geführt. „Sie dient oft nur als Vehikel beim Versuch, diese Gesellschaft zu zerstören.“<sup>64)</sup>

Ein anderer Schwerpunkt ist die Schülerarbeit. Auch hier wird die SPD/FDP-Politik als extremismusverdächtig vorgestellt. „Die Indoktrination der Schüler von einem möglichst frühen Lebensalter an soll die spätere Bildung

elitärer Revolutionskader vorbereiten. Offizielle Lehrpläne und Lehrmittel in manchen Bundesländern geben dafür erschreckende Beispiele.“<sup>65)</sup> Dagegen stellen sich die Seminare das Ziel, „die jungen Menschen frei von allem ideologischen Nebel zum kritischen, verantwortlichen und rechtsstaatlichem Denken zu erziehen“<sup>66)</sup>.

Neben diesen Aktivitäten des Bildungswerkes der Hanns-Seidel-Stiftung ist noch auf die Tätigkeit der „Akademie für Politik und Zeitgeschehen“ hinzuweisen. Sie trägt eine irreführende Bezeichnung, denn auch nach der Inbetriebnahme der Bildungsstätte in Wildbad Kreuth ist nicht daran gedacht, dort einen Akademiebetrieb nach dem Vorbild der Theodor-Heuss-Akademie, der Politischen Akademie Eichholz oder der Heimvolkshochschulen einzurichten. Wildbad Kreuth wird im wesentlichen als stationäres Schulungszentrum des Bildungswerkes genutzt, während die Akademie, die mit Publikationen und Konferenzen seit der Berufung des früheren Geschäftsführers des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Peter Gutjahr-Löser, an die Öffentlichkeit getreten ist, Wildbad Kreuth nur sporadisch nutzt.

Die von der Akademie, dem Öffentlichkeitsreferat oder unmittelbar dem Stiftungsgeschäftsführer durchgeführten Veranstaltungen zeichnen sich durchweg durch einen hohen Grad „bayerischer Offiziösheit“ aus.

Als ein Beispiel nenne ich ein dreiteiliges Symposium zu den „Kosten im Gesundheitswesen“, das die Akademie in Zusammenarbeit mit dem bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung im Sommer 1975 durchführte, wobei Fritz Pirkl sowohl als Minister als auch als Vorsitzender der Stiftung beteiligt war.

1976 wurde, in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, eine Wanderausstellung „Freistaat Bayern“ gestartet. Man erfährt, daß Bayern nicht nur das älteste Land der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch der älteste Staat des heutigen Europas sei. „Die Ausstellung und der Katalog sollen die weitreichenden Leistungen, die Bayern auf allen Gebieten erbrachte, zeigen. Sie sollen aber auch Verständnis wecken für jene Lebensweise, die das moderne Bayern schuf und seinen Bewoh-

<sup>60)</sup> Jahresprogramm des Bildungswerkes der HSS 1975, S. 22.

<sup>61)</sup> A. a. O., S. 23.

<sup>62)</sup> Jahresprogramm des Bildungswerkes des HSS 1975, S. 18.

<sup>63)</sup> A. a. O., S. 38.

<sup>64)</sup> A. a. O., S. 45.

<sup>65)</sup> A. a. O., S. 46.

<sup>66)</sup> Ebenda.

nern die Individualität ihres Lebens bewahrt.“<sup>67)</sup>

Am bekanntesten dürfte die Stiftung bisher durch eine andere Wanderausstellung, die sich „Angriff auf unsere Demokratie“ nannte, geworden sein. Im Katalog zur Ausstellung hieß es: „Sinn und Zweck der Ausstellung und des Katalogs ist es, die gesamte Bevölkerung auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die aus den Aktivitäten der Verfassungsfeinde erwachsen.“<sup>68)</sup>

### Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung betreibt ihre inländische Bildungsarbeit in erster Linie über ihre Heimvolkshochschulen. Ein im Kern gleiches Programm wird in allen acht Schulen gleich und über das Jahr wiederholend durchgeführt. Für einen Teil dieser Seminare stehen zu Beginn auch schon die Teilnehmer fest; diese Veranstaltungen sind „nur auf besondere Einladung“ zugänglich. Organisationen, mit denen man zusammenarbeitet, entsenden die Teilnehmerkontingente. Als Nachteil einer solchen Regelung könnte man es ansehen, daß auf diese Weise eine Zusammenführung mit Teilnehmern aus anderen Berufen mit anderen Qualifikationen ausbleibt, also eine aus parteilicher Sicht erwünschte Integration nicht ermöglicht wird. Die Vorteile sind aber andererseits nicht zu bestreiten. Derartige Veranstaltungen sind billiger, weil praktisch ohne Werbungskosten durchzuführen. Häufig tragen die entsendenden Organisationen sogar zur Finanzierung bei. Die Dozenten können sich bemühen, innerhalb eines vorgegebenen thematischen Rahmens (z. B. „Demokratischer Sozialismus“, „Europapolitik“) „den rechten Einstieg und die entsprechenden Formen der Vermittlung zu finden, um die Betroffenheit herzustellen und die Teilnehmer zu motivieren.“<sup>69)</sup>

Die Programmplanung ist auf ein Jahr festgelegt<sup>70)</sup>. Die Durchführung soll dem Dozenten

aber eine gewisse Flexibilität belassen. Man arbeitet wenig mit Gastreferenten; viele Wochentagungen werden nur von zwei Personen, einem Dozenten, der Referate hält, und einem weiteren, dem Haus in der Regel aus gleichen oder ähnlichen Tagungen bekannten, Referenten bestritten. Die Referenten werden von den Heimvolkshochschulen nach Absprache mit der Bonner Zentrale angeworben. Zu den verschiedenen Themenbereichen wird festgelegt, wie häufig ein Thema, sei es als Wochen-, sei es als Wochenendseminar, durchgeführt wird, an welchen Schulen, zu welchem Zeitpunkt dies geschieht und ob Teilnehmerkontingente dazu feststehen oder ob die Veranstaltungen für jedermann offenstehen.

An der Häufigkeit, mit der ein Themenbereich, im Vergleich zu anderen und zu den Vorjahren, angeboten wird, kann nicht unmittelbar auf das je unterschiedliche Interesse der Veranstalter an dem jeweiligen Themenbereich geschlossen werden. Denn selbstverständlich können die Angebote nicht vollkommen abgelöst von den Wünschen und Prioritäten der Zielgruppen erstellt werden, wenn auch andererseits ein gewisser Handlungsspielraum vorhanden ist. Zwar haben alle Stiftungen, besonders unter den Bedingungen des nordrhein-westfälischen Weiterbildungsgesetzes, ein Interesse daran, daß ihre Veranstaltungen die unter pädagogischen Gesichtspunkten gerade noch für vertretbar gehaltenen Teilnehmerzahlen auch tatsächlich erreichen. Man legt aber bei der FES<sup>71)</sup>, wie übrigens auch bei der KAS<sup>72)</sup>, Wert auf die Feststellung, daß man mehr Anmeldungen erhalte, als Plätze zur Verfügung stehen, wenn auch eingeräumt wird, daß wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachfrageüberhang abbröckele.

Die Übersicht Nr. 5 zeigt die Zahl der Seminare zu den einzelnen Themenbereichen.

<sup>67)</sup> Siegfried Lengl im Vorwort zum Katalog (dessen Ähnlichkeit im graphischen Bild mit der CSU-Werbung insofern kein Zufall ist, da die Vorlage hier wie dort vom gleichen „Team '70“ konzipiert wurde).

<sup>68)</sup> Hanns-Seidel-Stiftung, Angriff auf unsere Demokratie, München 1974, S. 11.

<sup>69)</sup> Jahresbericht der FES 1974, S. 9.

<sup>70)</sup> Diese Planung dürfte sich im wesentlichen an den Vorschlag der „Kommission für politische Bildung“ beim Parteivorstand halten (Vorsitzender Peter von Oertzen, Stellvertreter: Bruno Friedrich

und Alfred Nau). Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1973—75), S. 288: „Schwerpunkte der vom Parteivorstand auf Vorschlag der Kommission politische Bildung für die Jahre 1973 und 1974 beschlossenen Bildungsprogramme bildeten Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik, der Gesellschaftspolitik und der Theorie des demokratischen Sozialismus. ... Die Durchführung der Bildungsveranstaltungen erfolgte wie bisher mit befreundeten Bildungseinrichtungen, insbesondere den Heimvolkshochschulen der Friedrich-Ebert-Stiftung.“

<sup>71)</sup> Mdl. Mitteilung Siegbert Heidt, Leiter der Abteilung „Politische Bildung“ der FES.

<sup>72)</sup> Mdl. Mitteilung Norbert Chauvistré, Akademie Eichholz.

Themenbereiche und Angebotsdichte (nach Zahl der Veranstaltungen) in den Heimvolkshochschulen der FES 1974 bis 1976 (für 1976: Planzahlen)

Themenbereich (Stichwort)	Zahl der Veranstaltungen			
	1974	1975	1976	
1. Außenpolitik	90	56	64	(46 <sup>1)</sup> /18) <sup>2)</sup>
2. BRD/DDR-Vergleich	195	125	99	(87/12)
3. EG-Probleme	3	45	15	(10/ 5)
4. Friedensforschung	3	17	6	( 6/—)
5. Entwicklungshilfe	33	17	7	( 7/—)
6. Reform/Lebensqualität	71	64	56	(34/22)
7. Mitbestimmung	108	66	70	(60/10)
8. Sozialpolitik	78	78	43	(30/13)
9. Wirtschaftspolitik	119	211	83	(77/ 6)
10. Bildungspolitik	51	65	16	(11/ 5)
11. Kommunalpolitik	72	75	41	(32/ 9)
12. Geschichte Sozialismus	54	37	30	(28/ 2)
13. Politische Ideen	27	14	8	( 8/—)
14. Strukturprobleme moderner Mitgliederparteien	—	18		unbekannt
15. Öffentlichkeitsarbeit und Aktionstechniken	—	—		unbekannt
16. Rednerschulung	61	76	77	(77/—)
17. Sonstiges <sup>3)</sup>	49	168	25	
Gesamt	984	1 152	640 + ?	
Teilnehmer	26 264	31 204		

Quellen: Nach den Jahresberichten der FES 1974 und 1975 sowie den Seminarankündigungen zusammengestellt.

<sup>1)</sup> Die erste Zahl in Klammern ist die Anzahl der Mehrtages- d. h. in der Regel Wochenseminare.

<sup>2)</sup> Die zweite Zahl in Klammern gibt die Anzahl der Wochenendveranstaltungen an.

<sup>3)</sup> Unter „Sonstiges“ sind nicht nur Einzelveranstaltungen, sondern auch Veranstaltungsreihen untergebracht, die nur in einem Jahr abgehalten wurden und einem anderen Themenbereich sinnvoll nicht zuzuschlagen waren. Ein Beispiel: 1976 fand erstmals eine Seminarreihe unter dem Titel „Erfahrung mit Politik machen“ (15 Wochenseminare) statt, die hier unter „Sonstiges“ subsumiert wurde.

Neben der Rednerschulung dürften die Veranstaltungen „Strukturprobleme moderner Mitgliederparteien“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Aktionstechniken“ in besonderer Weise parteibezogen und wahlkampfrelevant sein. Zu den beiden Veranstaltungstypen, letztere ist 1976 neu im Programm, wurde 1976 nur auf besondere Einladung gebeten, und es wurden, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten der Stiftung, auch Termine und Orte nicht genannt, so daß auch nicht bekanntgemacht war, wie viele derartige Veranstaltungen im

Jahr der Bundestagswahl stattfanden. Dabei fällt auf, daß nach der Seminarplanung 1976 gegenüber 1975 in fast allen übrigen Bereichen weniger Veranstaltungen angeboten wurden, so daß auf diese Weise fast die Hälfte der Kapazitäten offensichtlich für „praktische“ Themen geräumt wurden, worauf Alfred Nau im Vorwort zum Seminarprogramm 1976 der FES hinwies:

„Die Seminarreihen wurden anhand der gemachten Erfahrungen weiterentwickelt bzw. neu konzipiert. Stärker noch als bisher wird

die politische Praxis betont. Es wird im konkreten Seminarprogramm dafür gesorgt, daß der Bezug zur aktuellen politischen Situation herausgestellt wird.“

Hierzu gehören auch eine (unbekannte) Anzahl von bildungspolitischen Veranstaltungen mit SPD-Untergliederungen. Die Finanzierung dieser Aktivitäten dürfte wohl ebenfalls über öffentliche Mittel („Globalzuschüsse“), nicht aber über die Bundes- und Landeszentralen möglich sein. Ein Beispiel sind Seminare unter der Leitung eines Mitarbeiters der Bundesgeschäftsstelle in Bergneustadt mit SPD-Angehörigen aus Hessen-Süd über die Herstellung von SPD-Ortsteil- und Betriebszeitungen <sup>73)</sup>.

Übrigens besteht innerhalb der Stiftung Konsens darüber, daß mit der Arbeit in einer Heimvolkshochschule als Dozent die Mitgliedschaft in der SPD verbunden sein soll, in der Regel aber eine Übernahme politischer Ehrenämter über die kommunale Ebene hinaus nicht erwünscht ist; wird ein Mitarbeiter beispielsweise zum Landtags- oder Bundestagsabgeordneten gewählt, so ruht seine Mitarbeit in der Stiftung.

Eine Ausnahme stellte Bruno Friedrich dar, der auch noch als Bundestagsabgeordneter das Haus Frankenwarte führte, dessen Betreuung freilich juristisch selbständig durch die Gesellschaft für politische Bildung geschieht. Dieses Haus hat sich neben einer besonderen Ausrichtung auf den fränkischen Bezirksverband der SPD früh um Kontakte nach Polen bemüht.

Zur Aufgabe einer Heimvolkshochschule gehört neben der Bildungsarbeit „das Herstellen von Kontakten zu neuen Interessenten, Zielgruppen und Organisationen“ <sup>74)</sup>.

Mit dieser Aufgabenzumessung soll die regionale Verankerung der Schulen ermöglicht werden. Die geographische Lage schreibt einigen Stätten spezielle Aufgaben ohnehin zu, wie der Schule in Ahrensburg Kontakte in den skandinavischen, und der Schule in Saarbrücken Kontakte in den französischen Raum. Die Georg-von-Vollmar-Akademie erhielt sich ein besonderes Stück Unabhängigkeit unter ihrem Leiter Waldemar von Knoeringen.

<sup>73)</sup> Vgl. Michael Opozynski, Der Gegner wird nervös: SPD-Blätter kommen, in: Sozialdemokrat (Frankfurt), Nr. 4/1976. Vgl. auch: Werner Herminghaus, SPD-Betriebszeitung, in: Die neue Gesellschaft, 23. Jg. (1976), Nr. 7 sowie o. Verf., Betriebszeitungen/„Politik macht kaputt“, in: Der Spiegel vom 2. 2. 1976.

<sup>74)</sup> Jahresbericht der FES 1975, S. 7.

Die Erinnerung an von Knoeringen gibt das Stichwort für einen Aspekt einer zusammenfassenden Einschätzung: Die Heimvolkshochschulen haben in den letzten Jahren im Zuge einer Zentralisierung und Effektivierung der Arbeit allem Anschein nach an Individualität eingebüßt. Es überwiegen die standardisierten, beliebig oft wiederholbaren Veranstaltungen. Es gibt nur noch wenige Sonderveranstaltungen. 1975 beispielsweise fand in Bergneustadt eine einzige große internationale Tagung statt. Andererseits aber kann die Seminarplanung — wie gezeigt — flexibel jahrespolitischen Erfordernissen angepaßt werden; der Internatsbetrieb scheint nicht hinderlich, wenn es darum geht, für praktische Erfordernisse nützliche politische Bildung zu vermitteln.

Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen (Tab. 6) zeigt, wie sehr man bei der FES auf das Instrument der Heimvolkshochschulen gesetzt hat.

Tabelle 6

Entwicklung der Teilnehmerzahlen in den Heimvolkshochschulen der FES

Jahr	1966	1968	1971	1973	1975
Teilnehmer	3 900	5 426	21 411	27 320	31 204

Quelle: Jahresberichte der Stiftung

Kürzer und auf die speziellen Bedürfnisse der Teilnehmer möglicherweise unmittelbarer bezogen ist das Bildungsangebot der Abteilung „Gesellschaftspolitische Information“. Sie bietet Veranstaltungen beim „Kunden“ an, auch sog. Endverbrauchern. „Den Kern der Zielgruppenliste bilden Arbeitnehmer in Industriegebieten, Gewerkschaftler wie z. B. Vertrauensleute, Mandats- und Funktionsträger insbesondere der kommunalen Körperschaften, Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, Bildungsobleute, Frauen, Familien und Jugendliche.“ <sup>75)</sup> Der Schwerpunkt der Aktivitäten dieser Abteilung liegt in Nordrhein-Westfalen. Erst 1975 wurde das Angebot über die Landesgrenzen ausgedehnt.

Bei diesen Seminaren, die mit über 100 Partnerorganisationen durchgeführt werden <sup>76)</sup>,

<sup>75)</sup> A. a. O., S. 24.

<sup>76)</sup> Ebenda.

haben diejenigen Veranstaltungen den größten Zuwachs, „die auch praktische Arbeitshilfen vermitteln.“<sup>77)</sup>

Dabei geht es — häufig aus Anlaß aktueller politischer Vorgänge<sup>78)</sup>, also beispielsweise drohender Wahlerfolge von Kommunisten gegen Sozialdemokraten bei Betriebsratswahlen — um Themen wie die Planung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Rednerschulung („rhetorische Hilfestellungen“)<sup>79)</sup>.

Unter dem Stichwort „Extremismus, sowohl in der historischen als auch in der aktuellen Dimension“<sup>80)</sup>, wird u. a. über die Bekämpfung des Vordringens der DKP in die Gewerkschaftsarbeit informiert und diskutiert — Aufgaben, die die gewerkschaftliche Bildungsorganisation „Arbeit und Leben“ nicht allein erfüllen könne; sie beschränke sich auf gewerkschaftliche Themen im engeren Sinne<sup>81)</sup>.

So leistet die FES mit dieser Bildungsarbeit einen Beitrag zur Verschränkung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in den Betrieben.

### Friedrich-Naumann-Stiftung

Allen liberalen Institutionen steht nur eine eigene Tagungsstätte mit Übernachtungsmöglichkeit (70 Betten gegenüber knapp 200 bei KAS und HSS sowie rund 750 in den Heimvolkshochschulen der FES) und Küche zur Verfügung. Es handelt sich um die *Theodor-Heuss-Akademie* in Gummersbach, die zur FNS gehört, aber auch häufig mit Veranstaltungen der WDS belegt ist. Die Akademie wurde 1967 eröffnet. Ihr Direktor ist seit 1968 der Schriftsteller Rolf Schroers, der auch die Zeitschrift „liberal“ leitet.

Von Anspruch und Programm her stehen die Theodor-Heuss-Akademie und die Heimvolkshochschulen an den entgegengesetzten Enden einer Skala, in deren Mitte die Politische Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung rangiert. Denn während in den Heimvolkshochschulen ganz überwiegend politische Bildung „von der Stange“ angeboten wird, müht man sich in der Theodor-Heuss-Akademie um individuelle Maßarbeit. Jedes

Thema wird nur einmal abgehandelt. Dazu werden nach Möglichkeit nicht nur mit den Referenten, sondern auch im Publikum die jeweiligen Spitzenleute versammelt. Schroers widerstrebt es denn auch, die Arbeit der Akademie als politische Bildung zu klassifizieren. Keinesfalls jedoch verstehe sich die Akademie „als Schulungsstätte für vorfabrizierte Politik, die nun in die Köpfe eingetrichtert wird.“<sup>82)</sup>

Erstrebt wird eine „informationsorientierte Aktivierung der Teilnehmer“<sup>83)</sup>, wobei „Mitbestimmung als Prinzip“<sup>84)</sup> gilt.

Aus dem gesamtpolitischen Bereich werden Fragestellungen destilliert, deren Beantwortung „liberale Problemlösungskapazität“<sup>85)</sup> erhöhen soll.

Insbesondere die Wochenendveranstaltungen sind als „Fachkonferenzen“ auch in sprachlicher Hinsicht anspruchsvoll gekennzeichnet. Ein solcher hochgesteckter Versuch birgt Risiken. Der vergleichsweise große Kostenaufwand für die über 60 Veranstaltungen mit zweieinhalbtausend Teilnehmern fordert Fragen nach der Effizienz heraus, wobei über die Füllung dieses Begriffes weitgehende Unklarheit herrscht. Auch eine Präzisierung in Richtung „Parteinützlichkeit“ trägt wenig zur Klärung bei, wenn man wohl auch davon ausgehen kann, daß ein reines Schulungsprogramm (Schroers: „Schwarzbrot-Tagungen“) im Regelfall bei der Parteiführung weniger anecken dürfte als ambitionierterer Unternehmungen, zu denen Vorwürfe wie „intellektuelle Spiegelfechtere“ oder „Nestbeschmutzung“ erhoben werden.

Spiegelbild der Vorwürfe sind die Chancen, die eine solche Konzeption birgt. Die Theodor-Heuss-Akademie (THA) bot in der sich über mehrere Jahre hinziehenden Auseinandersetzung in der FDP um Führung und Programmatik der Anti-Mende-Gruppe innerhalb der Partei unter Hans Wolfgang Rubin und Karl-Hermann Flach Schutz und Hilfestellung bei der Suche nach neuen Ufern; in

77) A. a. O., S. 23.

78) Ebenda.

79) A. a. O., S. 24.

80) Ebenda.

81) Mdl. Mitteilung von Heinz Putzrath, dem Leiter der Abteilung „Gesellschaftspolitische Information“ der FES.

82) Rolf Schroers, Politisch bilden — zum Wagnis ermutigen, in: Offene Gesellschaft, Zeitschrift der FNS, Rundbrief Nr. 3, 1968, S. 3. (Es handelt sich um die Antrittsrede von Schroers in Gummersbach.)

83) Formulierung aus einem Selbstverständnis-Papier der Dozenten der Akademie „Praxis der politischen Bildung“, vervielf. Ms., 24 S., o. J. (1 + 69/70), S. 2.

84) Ebenda.

85) Aus dem Vorwort von R. Schroers zum Jahresprogramm der THA 1976.

der Akademie wurden die Pfähle zu den „Freiburger Thesen“ gesteckt.

In letzter Zeit wurde in Partei und Stiftung vernehmlich eine Standortverlagerung der Akademie nach Bonn erwogen <sup>86)</sup>. Bisher ist jedoch unklar, ob es hierbei lediglich um einen Ortswechsel geht oder ob auf diese Weise Kompetenzen und Konzeptionen gewandelt und Personen ausgetauscht werden sollen. Jedenfalls haben die Anhänger einer Fortführung der Akademie in ihrer bisherigen Form in einer Reihe von Untergliederungen der FDP bis hin zu Landesverbänden erfolgreich Resolutionen eingebracht, in denen betont wird, daß gerade die relativ parteiunabhängige und um ein hohes Anspruchsniveau bemühte Arbeit der Theodor-Heuss-Akademie der liberalen Sache besonders nütze.

Zwar bildet die THA innerhalb der Stiftung, die seit 1971 ohne Gesamtgeschäftsführer auskommt, neben der FNS-Ausland und der FNS-Inland einen eigenständig geführten Bereich, aber im Falle allzu kontroverser Beziehungen innerhalb der Stiftung und zur Parteispitze — die FNS-Inland wird in Personalunion durch den Bundesgeschäftsführer der FDP geführt — bleibt die Parteiführung, solange sie in dieser Frage einig handelt, am längeren Hebel. Denn sie kann, wie die anderen Parteiführungen auch, im äußersten Konfliktfall mit ihrer Stiftung die öffentlichen Exklusivmittel („Globalzuschüsse“) in eine von ihr neugegründete Stiftung umlenken.

Insoweit ist sichergestellt, daß sich keine Stiftung einer, zumindest im inländischen Bereich, entscheidenden Mitsprache ihrer Partei entziehen kann. Treten Spannungen auf, so werden die Lösungen meist in einer engeren Anbindung gesucht, wobei andererseits zu beobachten ist, daß eine Akzeptierung der relativen Unabhängigkeit der Stiftungen durch alle Parteigliederungen eine enge personelle

<sup>86)</sup> Nachdem den Stiftungsgremien (Vorstand und Kuratorium) bekannt wurde, daß der FDP-Schatzmeister H. H. Karry, der in der Stiftung ohne Amt ist, mit potentiellen Interessenten bereits den Verkauf der Akademie sondierte, haben sich die Führungsgremien der Stiftung mehrfach mit diesem Thema befaßt und schließlich einer Verlegung unter der Maßgabe zugestimmt, daß die THA-Konzeption im wesentlichen erhalten bleiben solle. Zum 1. April 1976 meldete die örtliche „Oberbergische Volkszeitung“ ihren Lesern bereits die feierliche Übergabe des THA-Schlüssels an DGB-Chef H. O. Vetter. Vgl. Bernd Steffler, Aprilscherz gleich zum Feiern benutzt, in: Oberbergische Volkszeitung vom 2. 4. 1976.

Verknüpfung der Führungen von Partei und Stiftung zur Voraussetzung hat.

Zu diesem Fragenbereich ist die Entwicklung der *FNS-Inland*, der die hausungebundene, regionale Bildungsarbeit der Stiftung obliegt, interessant. Seit der bereits erwähnten organisatorischen Umstellung von 1971 gab es unterhalb der zentralen Führungsebene nur eine geringe personelle Verkoppelung in die FDP hinein. Die Aufgliederung in drei Zentralbereiche mit Büros in Hannover, Mainz und München, denen dann jeweils weitere Außenstellen, besetzt mit hauptamtlichen und teilweise auch nebenamtlichen Mitarbeitern, unterstellt waren, stärkten die eher bundesländer-übergreifenden Tendenzen. Daraufhin fühlten sich besonders die hauptamtlichen Parteimitarbeiter auf Landesebene nicht hinreichend berücksichtigt. Sie, vor allem an bestmöglicher Erfüllung kurzfristiger Aufgaben interessiert, konnten überdies nicht immer verstehen, warum „liberale Ressourcen“ für allenfalls mittelfristige Zielsetzungen verwendet wurden. So bildete die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen bei den meisten Außenstellen der FNS einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten, obwohl die Gruppen häufig nicht parteibezogen arbeiteten und eine parteipolitische Festlegung — allein um der Erreichung ihrer Ziele willen — oft auch nicht wünschten.

Besonders bekanntgeworden unter sehr vielen medienwirksamen Aktionen ist die 1974/75 bundesweit durchgeführte „Aktion Aktivspielplatz“. Damit sollten Elterninitiativen angeregt und gefördert werden, sogenannte Aktivspielplätze zu gründen und professionelle pädagogische Betreuung aus öffentlichen Mitteln zu sichern. Motto der Aktion war: „Das Spiel des Kindes ist kein Kinderspiel“. Wichtige Bedürfnisse der Kinder sollten durch diese Aktion befriedigt, für die Gemeinschaft insgesamt förderliche Fähigkeiten vermittelt werden. Denn „der Aktivspielplatz soll durch sein Angebot das Bedürfnis des Kindes, im Spiel freie Aktivitäten zu entfalten, befriedigen und seine Selbstverwirklichung fördern.“ <sup>87)</sup>

Während das erste Ziel, nämlich die Initiierung von Elterngruppen, oft erreicht wurde, wurde das zweite, nämlich die dauerhafte Einrichtung derartiger Kinderspielplätze in den Gemeinden, häufig verfehlt. Gleichwohl

<sup>87)</sup> Friedrich-Naumann-Stiftung, *Aktivspielplätze für unsere Kinder — eine Anleitung zum Handeln*, Broschüre 24 S., Bonn, o. J., hier S. 6.

blieb das Echo auf die Informationsveranstaltungen, Diskussionen, Demonstrationstage und Seminare beachtlich, und es zeigte sich beispielhaft, daß Bürgeraktionen durchaus Chancen als eine Art neuen Vereinslebens haben<sup>88)</sup>

Parteiunmittelbarer ist der 1975 zusammen mit den Jungdemokraten bundesweit gestartete Versuch, der CDU-nahen „Schüler-Union“ entgegenzuwirken. Mittlerweile hat sich die „Liberale Schüleraktion“ (LISA) in einer Reihe von Bundesländern gut entwickelt.

Die letzte organisatorische Umstellung innerhalb der FNS betraf im Herbst 1975 die FNS-Inland. Man löste die Zentralbüros auf und paßte die Organisation somit dem Parteaufbau an. Zusätzlich wurde durch die Berufung von ehrenamtlich tätigen Landesbeauftragten der Stiftung für eine stärkere personelle Verknüpfung in die Partei hinein auch auf regionaler Ebene gesorgt. Ob diese „Harmonisierung“ der Bildungsarbeit ihre Spezifika einebnen wird, ist kaum zu entscheiden. Die vorher geleistete Bildungsarbeit zeichnete sich bis an die Grenze der Konzeptionslosigkeit durch „Bürgernähe“ aus; man „machte“ etwas vor Ort und vertraute auf eine dem Liberalismus dienliche Entwicklung der Lernprozesse. Die Bürgerinitiativen hatten, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kinder, Städtebau und Umweltschutz einen fairen und engagierten Ansprechpartner.

### Wolfgang-Döring-Stiftung

Möglicherweise entwickelt sich die Bildungsarbeit der FNS nun stärker nach dem Vorbild der zweiten, aber nur im regionalen Raum, genauer: ausschließlich in Nordrhein-Westfalen tätigen Institution, der *Wolfgang-Döring-Stiftung*. Sie ist, man darf es wohl so formulieren, ein Instrument der politischen Bildung, das, so eng es die Vergaberichtlinien erlau-

<sup>88)</sup> Vgl. Ulrich von Alemann (Hrsg. für die Studiengruppe Partizipationsforschung, Bonn), Partizipations-Demokratisierung-Mitbestimmung. Problemstand und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, Opladen 1975. Siehe auch Bernt Armbruster/Rainer Leisner, Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Nr. 54, Göttingen 1975.

ben, zum Nutzen des Landesverbandes der FDP in diesem Bundesland eingesetzt wird. Die Stiftung entstand 1967, weil Willi Weyer, damals Landesvorsitzender, heute weiterhin Vorsitzender des Stiftungsvorstands, offenkundig das Bildungsangebot der FNS nach innen nicht effizient genug fand, und nach dem Parteienfinanzierungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1966 die politische Bildungsarbeit unmittelbar durch die Partei nicht länger mehr aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren war. Das Geld, das Weyer für die neue Stiftung erschloß, fehlte der Friedrich-Naumann-Stiftung fortan im Etat. Zunächst wurden nämlich Überschußmittel des Westdeutschen Rundfunks umgelenkt, mittlerweile wird der WDS-Haushalt — jährlich unter 1 Mio. DM — in erster Linie über das neue Weiterbildungsgesetz in NRW bestritten<sup>89)</sup>.

Über 70 Veranstaltungen, zumeist Wochenendseminare, werden jährlich angeboten. Da geht es, dem Programm für 1976 zufolge, beispielsweise um die „Ordnung des Wasserhaushaltes als vorrangige politische Aufgabe“, um „Aktuelle Schwerpunkte praktischer Kommunalpolitik“, und um die „Weiterentwicklung erfolgreicher Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen“, alles großrahmige Themen, die eine ausgiebige Prüfung der FDP-Vorstellungen hierzu erlauben. Die Referenten haben dabei eine gute Chance, sich auf diese Weise bei Parteimitgliedern und Sympathisanten in Erinnerung zu halten oder erstmalig bekanntzumachen.

<sup>89)</sup> Vgl. zu diesem Gesetz Reinhard Grätz, Haben sich die Erwartungen erfüllt? Ein Jahr 1. Weiterbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen, in: Materialien zur Politischen Bildung, Jg. 4 (1976), H. 1, S. 17—23, der darlegt (Tab. 1 und 2, S. 18), daß die Leistungen des Landes mit dem Weiterbildungsgesetz von 35 Mio. DM (1974) auf über 120 Mio. DM (1976) anstiegen, wobei die eigentliche Leistungssteigerung bei den Aufwendungen für nichtöffentliche Träger gelegen habe. Zu den Regelungen der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen in den Bundesländern im Zusammenhang mit der Verabschiedung neuer Weiterbildungsgesetze vgl. die Nummern der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, Loseblattmaterialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V., Haager Weg 44, 53 Bonn.

## V. „Flankierende“ Maßnahmen zum Bildungsangebot: Forschung und Publikationswesen

Unter „flankierenden“ Maßnahmen sind solche Aktivitäten der Stiftungen zu verstehen, die die inländische politische Bildungsarbeit stützen und ergänzen.

Zumindest die beiden großen Stiftungen verfügen über ein erhebliches Forschungspotential. Dies ist bei der *Konrad-Adenauer-Stiftung* vor allem im *Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut* (SFK) konzentriert, das unter der Leitung Werner Kaltefleiters, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kiel, besonders auf dem Gebiet der Wahlforschung einen guten Ruf erlangte<sup>90)</sup>.

Freilich ist es schwierig, genau anzugeben, inwieweit die Forschungsergebnisse der SFK die politische Bildungsarbeit der Stiftung formen, wenn auch festzustellen ist, daß Kaltefleiter selber sowohl die Publikations- als auch die Referentenmöglichkeit an der Politischen Akademie Eichholz nutzte. Insgesamt enger scheint der Kontakt zwischen Eichholz und dem *Institut für Kommunalwissenschaften* (IFK) zu sein. Impulse sind auch aus dem im Aufbau befindlichen *Archiv* der Stiftung für *Christlich-demokratische Politik* zu erwarten. Bei nun jährlich über 1 000 Stipendiaten, die das *Institut für Begabtenförderung* (IBK) betreut, leuchtet ein, daß ein Großteil der Dozenten und Referenten, die in der politischen Bildungsarbeit eingesetzt werden, ehemalige Stipendiaten sind, denen während ihrer Studienzeit durch das IBK ein studentenspezifisches Bildungsprogramm angeboten wird, von dem ein gewisser Anteil als Pflicht zu absolvieren ist.

Schließlich sollte noch erwähnt werden, daß man sich in Eichholz um eine regelmäßige auch wissenschaftliche Dozentenfortbildung bemüht (1975 beispielsweise auf fünf Tagungen) und daß daneben seit 1974 innerhalb einer Arbeitsgruppe Politische Bildung/Weiterbildung vier Kommissionen wurden, die folgende Themen bearbeiten: a) Erarbeitung eines Katalogs über Zielvorstellungen der politischen Bildung, b) Bildungsurlaub, c) Erarbeitung eines Curriculumansatzes als Grundlage zur Ausbildung von Erwachsenenbildnern, d) Vorbereitung der Diskussion über ein politisches Konzept zur Weiterbildung.

Als letztes Beispiel für die Aktivitäten in diesem Bereich sei auf das Curriculum-Projekt „Wirtschaft und Gesellschaft“ hingewiesen, das ebenfalls zeigt, daß man sich in Eichholz bemüht, als Ansprechpartner für andere politische Träger noch wichtiger zu werden. Das Curriculum-Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert, die u. a. auch für parallele Projekte der FNS und FES Mittel zur Verfügung stellt.

Neben der wissenschaftlichen Zuarbeit dürfte für die politische Bildungsarbeit im Bereich der „flankierenden“ Maßnahmen insbesondere das Publikationswesen wichtig sein. Bei der KAS besteht hier gegenüber den anderen Stiftungen eine Besonderheit, denn die einzelnen Institute haben alle ihre eigenen Schriftenreihen. Man kann aber vermuten, daß die dort erscheinenden Publikationen in Eichholz mit besonderer Aufmerksamkeit registriert werden.

Das wohl wichtigste Instrument der politischen Bildung in schriftlicher Form dürfte der vierteljährlich in einer Auflage zwischen 18 000 und 20 000 Exemplaren erscheinende „Eichholz-Brief“ sein. Er wird unter der Verantwortung des Akademieleiters vom Dozentenkollegium erstellt und richtet sich an alle ehemaligen Teilnehmer von Veranstaltungen in Eichholz. Neben Berichten aus der Seminar- und Tagungsarbeit, Personalien (Vorstellung neuer Mitarbeiter) und Ankündigungen von Veranstaltungen sowie Namen der Seminarabsolventen sind in den Heften Buchbesprechungen und unter der Rubrik „Unser politisches Thema“ jeweils ein wissenschaftlicher Aufsatz nachzulesen. Daneben werden von Eichholz aus — veröffentlicht im „Eichholz-Verlag“ — unmittelbar zur Bildungsarbeit wichtige „Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit“ (1975 insgesamt 8) sowie „Handbücher der Politischen Akademie Eichholz“, im Untertitel als Lehrbücher gekennzeichnet, herausgegeben. Das Spektrum wird durch „Tagungsbeiträge“, sowie eine Vierteljahreszeitschrift „Die Frau in der offenen Gesellschaft“ abgerundet.

Das sozialwissenschaftliche Forschungspotential der *Friedrich-Ebert-Stiftung* ist im *Forschungsinstitut* der Stiftung zusammengefaßt, das einen etwa doppelt so starken Etat besitzt wie die beiden Forschungsinstitute der KAS (1974 bei der FES über 12 Mio. DM),

<sup>90)</sup> Kaltefleiter führte das SFK 1970 bis 1975. Sein Nachfolger ist Dieter Oberndörfer, Professor der Politikwissenschaft an der Universität Freiburg.

nach Mitarbeitern hingegen kaum stärker besetzt ist (etwa 100 Mitarbeiter im Forschungsbereich der FES gegenüber 90 bei KAS (SFK, IFK und Archiv). Das Institut ist in folgende Abteilungen untergliedert:

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
- außenpolitische Fragen und DDR-Forschung
- Entwicklungsländerforschung
- Regionalpolitik, Raumordnung und Stadtentwicklung
- Arbeitskräfteforschung
- Hochschulforschung (ab 1976 eingestellt)
- Bibliothek und Archiv der Sozialen Demokratie

Die einzelnen Abteilungen betreuen eine Reihe von Publikationen (Bücher, Zeitschriften, Broschüren).

Unmittelbare Zuarbeit leistet beispielsweise eine „Arbeitsgruppe für innerdeutsche Beziehungen“ des Forschungsinstituts. Sie hat bis Ende 1975 insgesamt 30 Hefte einer Reihe „Die DDR, Realitäten — Argumente“ und 55 Stichwortkarten einer Reihe „Schnell informiert für den innerdeutschen Dialog“ in einer Auflage von je 20 000 Exemplaren, gefertigt. Den von der FES verantworteten Broschüren können die anderen Stiftungen nichts Vergleichbares an die Seite stellen. Bei den meisten Broschüren steht das parteipolitische Moment fast völlig im Hintergrund.

Ich stelle als Beispiel vier Bücher aus der Reihe „Praktische Demokratie“, jeweils erschienen im Verlag „Neue Gesellschaft“, vor. Alfred Dietel, Kurt Gintzel und Werner Plitt schrieben 1971 die 130 Seiten starke Broschüre „Die politische Versammlung“. Die Autoren sind Polizeiräte und Richter. Sie stellen die Grundzüge des Versammlungs- und Demonstrationsrechts dar und schildern die Rechte und Pflichten der Beteiligten (Veranstalter, Leiter, Ordner, Teilnehmer, Berichterstatter, Polizei). Denn, so heißt es im Vorwort: „Es geht darum, die Regeln zu kennen, die unnötigen Streit ausschließen. Damit werden die für eine Demokratie notwendigen Auseinandersetzungen, das Ringen um die jeweils beste Lösung anstehender Probleme, nicht verhindert. Die Auseinandersetzungen werden humanisiert. Das ist das Anliegen der Verfasser.“

Über die DKP informieren zwei Broschüren, nämlich Winfried Ridder/Joseph Scholmer, Die DKP, Programm und Politik, 1970<sup>2</sup>, sowie Heinrich Appelhans/Christian Bockemühl/Werner Plitt/Günter Wehrmeyer, Die DKP — Keine Alternative für Demokraten, 1975. Im Vorwort der neueren Schrift wird zur Zielgruppe und der daraus folgenden Konsequenz Stellung genommen: „In der Reihe praktische Demokratie und in anderen Veröffentlichungen bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit langem Argumentationshilfen zu Problemen unserer Gesellschaft an. Dieses Material ist für die Teilnehmer an politischen Bildungsveranstaltungen ebenso wie für sonstige Interessenten der Arbeit dieser Stiftung bestimmt. Deshalb wird stets berücksichtigt, daß es sich bei den Lesern ganz überwiegend um Arbeitnehmer handelt und nicht um Akademiker (was den Aussagewert auch der hier vorliegenden Broschüre in keiner Weise schmälert). Dadurch wird eine Veröffentlichung in dieser Form bewußt so verständlich wie möglich geschrieben, einem breiten Leserkreis zugänglich und damit ihre beabsichtigte Wirkung erhöht.“

Ergänzend sei auf eine Broschüre in der gleichen Reihe hingewiesen, die sich mit der NPD beschäftigt, nämlich Adolf Noll/Werner Plitt/Winfried Ridder, Die NPD, Programmatik und politisches Verhalten, 1970<sup>2</sup>.

Die Veröffentlichungen hingegen, die weniger direkt zur Unterstützung der politischen Bildungsarbeit der Stiftung angelegt sind, sondern als sozialwissenschaftliche Forschungsbeiträge gekennzeichnet sind, repräsentieren stärker Standpunkte der Sozialdemokratie. Dabei ist auch eine parteiinterne Absicht unübersehbar: Die maßgeblich von den Jungsozialisten initiierte „Theoriediskussion“ in der Partei wird direkt von Mitarbeitern des Forschungsinstituts aufgegriffen. Dabei wird der Versuch, das sozialdemokratische Programm als neomarxistische Theorie zu offerieren, zurückgewiesen<sup>91</sup>).

<sup>91</sup> Vgl. Georg Lührs/Thilo Sarrazin/Fritjof Speer/Manfred Tietzel (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, 1975. Auch: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 1973; Georg Lührs (Hrsg.), Beiträge zur Theoriediskussion, Bd. I und II, 1974; Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Kleine Geschichte der SPD, Bd. 1, 1974; Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, Kleine Geschichte der SPD, Bd. 2, 1974; Heiner Flohr/Klaus Lompe/Lothar F. Neumann (Hrsg.), Freiheitlicher

Erwähnenswert sind als „flankierende“ Maßnahmen darüber hinaus die Aktivitäten der Gesprächskreise „Wirtschaft und Politik“ und „Politik und Wissenschaft“, die, betreut vom Forschungsinstitut, als Veranstalter großer nationaler und internationaler Kongresse auftreten und einige der Vorträge in Broschürenform veröffentlichen. So fanden beispielsweise im Herbst 1974<sup>92)</sup> und 1975<sup>93)</sup> Konferenzen mit Vertretern multinationaler Konzerne statt, zu denen der von Ernst Wolf Mommsen geleitete AK „Wirtschaft und Politik“ einlud.

Der AK „Politik und Wissenschaft“ hat sich u. a. im Vorfeld der Debatten um den Orientierungsrahmen '85 um Brückenschläge zwischen dem „offiziellen“ Bonn (die sozialdemokratisch gesonnene Ministerialbürokratie eingeschlossen) und „SPD-Linken“ bemüht<sup>94)</sup>. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Planungsbüro des Orientierungsrahmens '85 seinen Sitz in der Stiftung hatte<sup>95)</sup> und, eigener Aussage zufolge, im Bemühen um „Versachlichung der öffentlichen Diskussion über den Orientierungsrahmen '85“ zu diesem Komplex neben publizistischer Tätigkeit auch eine „umfassende Seminararbeit“<sup>96)</sup> aufnahm.

Die Stiftung hat, anders als die KAS und die FNS, am ehesten vergleichbar mit den geschilderten Bemühungen der HSS in Bayern, die Chancen offenbar gut genutzt, die durch die Regierungsbeteiligung ihrer Partei auf der zentralen Ebene erwachsen. Ihre großen Kongresse haben quasi regierungsoffiziösen Charakter, ohne daß die Regierung oder die SPD-Führung unmittelbar für Einladung, The-

sozialismus, 1973. Alle Bände erschienen in Bonn-Bad Godesberg. Sie erreichen zusätzliche Wirkung durch die Verteilung über Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung.

<sup>92)</sup> Vgl. die von der FES erstellte Broschüre „Friedrich-Ebert-Stiftung 1925—1975“, a. a. O., S. 81.

<sup>93)</sup> Dieser Kongreß erregte öffentliche Aufmerksamkeit vor allem dadurch, daß seitens der FES deren Kuratoriumsmitglied Eberhard Günther, damals Präsident des Bundeskartellamtes, trotz seines ausdrücklichen Wunsches nicht eingeladen wurde und dieser daraufhin verärgert aus dem Kuratorium der Stiftung ausschied. Vgl. O. Verf. (Fk.), Streng geheim, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 11. 1975.

<sup>94)</sup> Vgl. Horst Ehmke, Demokratischer Sozialismus und demokratischer Staat, Broschüre, 23 S., herausgegeben vom „Gesprächskreis Politik und Wissenschaft“ innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1973.

<sup>95)</sup> Jahresbericht der FES 1975, S. 60.

<sup>96)</sup> Ebenda.

men und Tagungsablauf verantwortlich zu machen sind. Im unverfänglicheren Rahmen der Stiftung können auf diese Weise gerade der Sozialdemokratie zurückhaltend gegenüberstehende Gruppierungen auf höchster Ebene mit den führenden Sozialdemokraten zusammengebracht werden.

Wieweit die hierbei erzielten Ergebnisse und Kompromisse in die praktische politische Bildungsarbeit eingehen, ist schwer zu beurteilen.

Ähnlich wie bei der KAS stammt, darauf sei abschließend hingewiesen, der Großteil der Dozenten und Referenten in der politischen Bildungsarbeit der Stiftung aus dem Kreis der ehemaligen Stipendiaten. Über 1 400 Stipendiaten hat die Stiftung mittlerweile jährlich, das ergibt ein stattliches Reservoir. Das studentenspezifische Bildungsangebot ist bei der FES bewußt, wie man sagt, kleiner gehalten als bei der christdemokratischen Konkurrenz; bei der FES werden die Studenten vielmehr aufgefordert, an der politischen Bildungsarbeit der Heimvolkshochschulen zu partizipieren. Die Studenten könnten auf diese Weise nicht nur sachlich, sondern auch in sozialer Hinsicht lernen<sup>97)</sup>.

Die *Friedrich-Naumann-Stiftung* verfügt über kein eigenes Forschungsinstitut. Von 1967 bis 1973 hat sie eine Reihe von Gutachten beim „Institut für politische Planung und Kybernetik“ (IPK) in Auftrag gegeben, die sie nach erfolgreichem Abschluß häufig in einer eigenen Schriftenreihe veröffentlichte. Einer der Gesellschafter des IPK war Hans Wolfgang Rubin. Die Stiftung hatte vor, das Institut, das zur Hälfte kommerziell, zur Hälfte als ausgelagerter Planungsstab der Bundespartei arbeitete, zu übernehmen. Es wurde dann aber wegen finanzieller und personeller Probleme eingestellt.

Zur Zeit bekommt *Ipos*, Mannheim, eine Reihe von Aufträgen zur Meinungsforschung. Im Gespräch ist auch eine Wiederbelebung des IPKs, wobei die organisatorische Frage — ob selbständig oder als Teil der FNS — noch völlig offen ist.

Im Rahmen der erwähnten, von der Bundeszentrale für politische Bildung finanzierten Curriculum-Projekte, arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung am Thema „Bürgernahe Aktion und Umweltgestaltung“. Die Akti-

<sup>97)</sup> So übereinstimmend der jetzige Leiter der Abteilung Studienförderung, Friedrich-Wilhelm Witt, und sein Vorgänger, Egon Erwin Müller, jetzt Leiter der Heimvolkshochschule Bergneustadt.

wissenschaften überzeugend reagiert hatte, stellen sich nun Aufgaben, die vermutlich ungleich schwerer zu lösen sind.

Denn es gilt, will man die Spur des Reformismus nicht verlieren, einen in seinem genauen Verlauf mühsam festzulegenden und nicht risikolosen mittleren Weg zwischen Lenkung und Überlassung, aber auch zwischen Rationalität und Emotionalität einzuschlagen. Dabei, das zeigen beispielhaft schon die geringen Erfahrungen mit Bürgerinitiativen<sup>111)</sup>, bröckelt es an den herkömmlichen Definitionsbarrieren zwischen politischer Bildung und politischer Aktion<sup>112)</sup>.

Wieder aber sind die parteinahen Stiftungen gegenüber diesen neuen Herausforderungen im Vergleich zu anderen Institutionen der politischen Bildung gut gerüstet. Denn die parteinahen Stiftungen wissen, was sie meinen,

---

<sup>111)</sup> In diesem Bereich hat von den parteinahen Stiftungen die Friedrich-Naumann-Stiftung die weitestgehenden Erfahrungen. Für die Bundeszentrale für politische Bildung gilt eine bereits ausgesprochene Zuwendung als verwirkt, „wenn die vorausgesetzte Entscheidungsfreiheit der Teilnehmer durch für sie bindende Beschlüsse mit dem Ziel politischer Aktionen in der Weise aufgehoben wird, daß dadurch der Bildungscharakter der Veranstaltung verlorengeht.“ (Merkblatt für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung, Stand: 15. Okt. 1972, S. 2). Vgl. hierzu: Dokumentation Politische Bildung — Politische Aktion, Diskussionsbeiträge zum Thema auf der Partnertagung 1974, in: Materialien zur Politischen Bildung, Jg. 3 (1975), H. 1, S. 101 ff.

<sup>112)</sup> Aus der umfänglichen Literatur seien als Eckpunkte genannt: Hermann Giesecke u. a., Politische Aktion und politisches Lernen, München 1970; Bernhard Sutor/Hermann Giesecke, Zur Parteilichkeit politischer Bildung, in: Materialien zur Politischen Bildung, Jg. 2 (1974), H. 4, S. 85 ff.; Peter Gutjahr-Löser/Hans-Helmuth Knütter (Hrsg.), Der Streit um die politische Bildung, Was man von Staat und Gesellschaft wissen und verstehen sollte, München 1975.

wenn sie von „Praxis“, „Parteilichkeit“ und „politischem Engagement“ sprechen.

Ich möchte sogar einen Schritt weitergehen und behaupten, daß die parteinahen Stiftungen auch bisher schon die Leistungsfähigkeit des hiesigen Parteiensystems erhöht haben. Für dieses Argument ist die bemerkenswerte Tatsache anzuführen, daß es in den letzten Monaten trotz bedeutsamer ökonomischer Schwierigkeiten nicht zu 1966/67 ff. vergleichbaren Veränderungen des Parteiensystems (seinerzeit: Entstehung und rascher Bedeutungszuwachs von APO und NPD, Wandlung der FDP) gekommen ist<sup>113)</sup>. Damals war man gerade dabei, die parteinahen Stiftungen entscheidend finanziell zu stärken. Dieses Mal scheinen die etablierten Parteien, sicher auch dank ihres ausgebauten Vor- und Umfeldes von Gruppen und Institutionen, in denen die Stiftungen häufig noch vor ihren Parteien erster Bezugspunkt sind, integrationsfähiger.

Eine monokausale Erklärung der Stabilität (und somit — solange die wechselseitige und organisationsinterne Konkurrenz gesichert ist — auch der Lernfähigkeit) des Parteiensystems wäre aber sicherlich verfehlt.

Verdeutlicht aber sollte mit den vorstehenden Überlegungen die Aussage werden, daß die parteinahen Stiftungen einen eigenständigen Gegenstand der westdeutschen Parteienforschung bilden und folglich nicht, wie bisher geschehen, als „Briefkasten-Institutionen“ der Parteien eingeordnet werden können.

---

<sup>113)</sup> Wieweit die schließlich doch nicht vollzogene Fraktionstrennung von CDU und CSU der These von der Stabilität des Parteiensystems widerspricht, läßt sich noch nicht absehen. Der Aufsatz wurde vor dem Beschluß von Wildbad Kreuth abgeschlossen. Er zeigt gleichwohl, daß die CSU, gespiegelt an der Ausrichtung ihrer Stiftung, im Falle einer bundesweiten Ausdehnung keineswegs ungerüstet wäre.

## **Helmut Keim/Dietrich Urbach: Erwachsenenbildung in Deutschland 1933—1945**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/77, S. 3—27

Die NSDAP hatte vor der Machtergreifung die Erwachsenenbildung kaum beachtet, und auch nach 1933 fand die Erwachsenenbildung vorerst weder einen institutionellen Rahmen ihre Arbeit noch eine ideologische Legitimation. Nahezu alle Vertreter der traditionellen Erwachsenenbildung wurden bis 1935 aus ihren Ämtern verdrängt; traditionsreiche Erwachsenenbildungsinstitutionen mußten sich auflösen oder wurden gleichgeschaltet.

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft gab es keine festen Zuständigkeiten für die Erwachsenenbildung: Im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war die Erwachsenenbildung in den Bereich der allgemeinen Kulturpflege eingeordnet. Die NSDAP sah die Erwachsenenbildung in erster Linie unter dem Aspekt der „Schulung“ und ordnete sie dem Reichsschulungsamt zu; in der „Nationalsozialistischen Gemeinschaft“ „Kraft durch Freude“ (KdF) übernahm das Amt für Ausbildung die Betreuung der Erwachsenenbildung. Die Städte unterhielten — in verschiedenen Rechtsformen — eigene Volkshochschulen. Seit 1936 wurde die Erwachsenenbildung weitgehend zentral gesteuert, 1938 das „Deutsche Volksbildungswerk“ gegründet und 1939 mit der Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung die Bezeichnung „Erwachsenenbildung“ für alle nicht parteiamtlichen Institutionen und Veranstaltungen verboten. Trotz der Einflußnahme der Partei blieben die Inhalte der Erwachsenenbildungsarbeit oft neutral; besonders in den Kriegsjahren wurden die Volkshochschulen von der Bevölkerung als Stätten unparteilicher Wissensvermittlung genutzt.

## **Henning von Vieregge: Zur politischen Bildungsarbeit der parteinahen Stiftungen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/77, S. 28—54

In der Bundesrepublik Deutschland sind vier bundesweit und international tätige parteinahe Stiftungen mit politischer Bildungsarbeit befaßt:

- die christdemokratische Konrad-Adenauer-Stiftung
- die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung
- die liberale Friedrich-Naumann-Stiftung
- die christlich-soziale Hanns-Seidel-Stiftung

Die Haupttätigkeitsbereiche dieser Institutionen sind: gesellschaftspolitische Bildungshilfe im Inland sowie in den Ländern der „Dritten Welt“, politische Koordinationstätigkeit in Westeuropa, sozialwissenschaftliche Forschung, Archivierung von Dokumenten der Institutionen und Personen des jeweiligen politischen Umkreises, Herausgabe von Büchern, Broschüren und Faltblättern sowie Studienförderung.

Die Finanzierung dieser vielfachen Aktivitäten — die Gesamtetats der vier Stiftungen addieren sich zu einer Summe von etwa 200 Mio. DM jährlich — erfolgt überwiegend aus öffentlichen Mitteln.

Bei der Bewertung dieser im internationalen Vergleich einzigartigen Institutionen ist deren Bedeutung für die Stabilität und Innovationsfähigkeit des Parteiensystems hervorzuheben. Dabei ist festzustellen, daß die parteinahen Stiftungen in der Literatur bisher fälschlich als „Briefkasten-Institutionen“ ihrer Parteien eingeordnet und folglich in ihrer tatsächlichen Eigenständigkeit unterschätzt worden sind. Somit blieben sie bisher bei Analysen des Parteiensystems der Bundesrepublik gerade auch im internationalen Vergleich weitgehend unberücksichtigt. Aber auch ein anderer wichtiger Aspekt, nämlich die Bewertung der staatlich finanzierten Hilfstätigkeiten der Stiftungen für ihre Parteien, ist bisher zu kurz gekommen, obwohl beispielsweise eine Untersuchung der Frage, inwieweit das Parteienfinanzierungsurteil von 1966 mittlerweile durch die massive staatliche Stützung der parteinahen Stiftungen praktisch unterlaufen wird, als hinreichend interessant erscheinen müßte. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß diese Finanzierungsregelung in der Tat rechtlich keineswegs unbedenklich ist, andererseits aber die dadurch ermöglichten Aktivitäten der Stiftungen einer „Vitalisierung“ des Parteiensystems dienen.